



Parlamentssitzung vom 11. November 2019

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19:00 – 22:15 Uhr

Vorsitz

Mathias Rickli (Grüne), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Cathrine Liechti (SP), 1. Vizepräsidentin
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), 2. Vizepräsidentin
Katharina Gilgen-Studer (SVP), Stimmenzählerin
Lucas Brönnimann (GLP), Stimmenzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Claudia Cepeda Fria (SP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (CVP)
Lydia Feller (SP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Ippen (FDP)

Andreas Lanz (BDP)
Michael Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
David Müller (Junge Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Arlette Mürger-Stauffer (SP)
Christian Roth (SP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Casimir von Arx (GLP)
Käthi von Wartburg (SP)
Iris Widmer (Grüne)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Gemeindeschreiber

Pascal Arnold

Entschuldigt

Beat Haari, FDP
Heinz Nacht, SVP

PAR 2019/101

Traktandenliste und Mitteilungen

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Geschätzte Parlamentarier und Parlamentarierinnen, geschätzter Gemeinderat, liebe Gäste, ich begrüsse euch zur zweiten November-Sitzung. Wir schafften es an der ersten Sitzung nicht durch alle Traktanden und haben darum heute die zweite November-Sitzung.

Eine Süssigkeit haben Bernhard Zaugg und Christian Roth auf ihrem Tisch gefunden. Die beiden Jubilaren haben heute Geburtstag. Herzliche Gratulation euch beiden. Alles Gute und einen schönen Parlamentsabend wünsche ich euch im Namen des Parlaments.

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung: Heinz Nacht und Beat Haari. Sandra Röthlisberger wird etwas später eintreffen und auch Gemeinderat Hans-Peter Kohler wird etwas verspätet zu uns stossen. Im Moment sind 35 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend. Das Parlament ist beschlussfähig. Wir haben an der letzten Sitzung beim Traktandum 7 aufgehört. Das heisst, wir fahren heute mit Traktandum 8 weiter. Gibt es Anträge oder Voten zu diesem Vorgehen?

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/102

V1911 Motion (Grüne, SP) „Fussgänger/innenstreifen in Tempo-30-Zonen“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vortrittsverhältnisse für Fussgänger/innen im Bereich von Schulen und Heimen zu verbessern, indem er

- a) als prioritäre Massnahme in Tempo-30-Zonen Fussgänger/innenstreifen (FSG) belässt oder sie neu anbringt oder
- b) in begründeten Ausnahmefällen andere Massnahmen trifft, welche die Vortrittsverhältnisse von Nutzenden verbessert.

Er trifft die nötigen Massnahmen, um den Vortritt sicher zu gestalten.

Begründung

Tempo 30 erhöht grundsätzlich die Sicherheit und die Wohnqualität in Quartieren, und wurde folgerichtig in den vergangenen Jahren auch in Köniz zunehmend und erfolgreich in verschiedenen Ortsteilen eingeführt. Innerhalb einer Tempo-30-Zone werden keine FGS angebracht. Fussgänger/innen können die Strasse an jedem beliebigen Ort queren. Auto- und Velofahrende haben jedoch Vortritt.

Für jüngere Kinder und andere Personen mit besonderen Schutzbedürfnissen ist es in Tempo-30-Zonen aber herausfordernd oder nicht möglich, die Strasse selbstständig sicher zu queren. Es ist je nach Alter für Kinder nicht möglich, die Situation im Strassenverkehr richtig einzuschätzen, wenn Fahrzeuge in Bewegung sind. Die von der Kantonspolizei propagierte wichtige Verkehrsinstruktion «Rad steht – Kind geht», welche die Kinder lernen und welche auch für mobilitätseingeschränkte Personen jeglichen Alters hilfreich ist, ist in Tempo-30-Zonen ohne FGS hinfällig.

Dies sieht auch der Bundesrat so. In seiner Postulatsantwort 99_3115 präzisiert er: «Der Verzicht auf das Anbringen von Fussgängerstreifen auf verkehrsberuhigten Strassen ist nur dort empfehlenswert, wo keine besonderen Schutzbedürfnisse für Fussgängerinnen und Fussgänger bestehen. Besondere Schutzbedürfnisse können insbesondere im Bereich von Schulhäusern oder Altersheimen vorhanden sein oder dort, wo das Verkehrsaufkommen erheblich ist.» In der Antwort des Bundesrates auf die parlamentarische Anfrage Kiener Nellen 04.1090 heisst es ferner: «Fussgängerstreifen können in Tempo-30-Zonen aber dort angebracht werden, wo ein besonderes Bedürfnis nachgewiesen ist. Dies kann in der Nähe von Schulen und Heimen (...) sein.» Auch gemäss der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) sollten FGS bei besonderen Vortrittsbedürfnissen der Fussgänger/innen, wie bei Schulen und Heimen, beibehalten werden.

Aus Sicht der Bevölkerung, insbesondere der Eltern, ist die Situation in Köniz in Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern vielerorts sehr unbefriedigend. Besonders kritisch ist die Situation in jenen Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern (Schulwegsicherheit) und Altersheimen,

- in denen mehrmals täglich hohe Verkehrsaufkommen zu verzeichnen sind, welche zeitgleich mit Schulbeginn und -schluss stattfinden (Rush Hours);
- in denen Rückstaus entstehen z.B. aufgrund von Ampelkreuzungen am Ausgang der Zone;
- in zu kleinräumigen Tempo-30-Zonen, in denen die Ein- und Ausfahrgeschwindigkeit aufgrund der kurzen Distanz nicht ausreichend gedrosselt wird;
- in Situationen, in welchen nicht überall eine genügende Sichtweite zum sicheren Queren vorhanden ist;
- in Situationen, in denen aufgrund der räumlichen Enge ein Verdrängungskampf stattfindet (Auto auf Velostreifen -> Velo auf Trottoir).

Der Schulweg ist ein wichtiges Stück Lebensweg für Kinder. Der Artikel „Der verfassungsmässige Anspruch auf einen zumutbaren Schulweg“ (Sandor Horvath), welcher im Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht ZBI 12/2007 veröffentlicht wurde und seither regelmässig von der Rechtsprechung zitiert wird, sieht den „Schulweg, resp. der Weg zum Kindergarten [...] als ein wichtiges Stück Lebensweg und für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder von grosser Bedeutung. Grundsätzlich soll der Schulweg von den Kindern selbstständig zurückgelegt werden können. Kinder lernen auf dem Schulweg ihre Umwelt kennen, sie spielen, knüpfen Kontakte und tragen ihre sozialen Konflikte ohne die Beteiligung von Erwachsenen aus“.

Köniz sollte so gestaltet sein, dass Kindergarten- und Schulkinder wie auch ältere Menschen im Alltag selbstständig und sicher unterwegs sein können. Denn eine Gemeinde, welche sowohl ihre Altersfreundlichkeit, ihre dezentralen Schulstandorte wie auch die Förderung des Langsamverkehrs zu ihren Pluspunkten zählt, soll auch bei der Sicherheit von Fussgänger/innen mit besonderen Schutzbedürfnissen vorbildlich sein. Sie soll die Empfehlung des Bundesrates umsetzen und in Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulhäusern und Altersheimen FGS in der Regel belassen oder neu anbringen.

Eingereicht

18. März 2019

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Tanja Bauer, Casimir von Arx, Franziska Adam, Astrid Nusch, Christian Roth, Vanda Descombes, Arlette Mürger, Markus Willi, Lydia Feller, Ruedi Lüthi, David Müller, Elena Ackermann, Iris Widmer, Dominique Bühler, Bernhard Zaugg, Toni Eder, Andreas Lanz, Lucas Brönnimann, Mathias Rickli, Cathrine Liechti, Heidi Eberhard, Erica Kobel, Dominic Amacher, Mathias Robellaz,

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag. (Beilage 1)

2. Ausgangslage

Im Vorstoss wird verlangt, dass die Vortrittsverhältnisse in Tempo-30-Zonen „für Fussgänger/innen im Bereich von Schulen und Heimen zu verbessern“ sind. In der Begründung werden verschiedene Argumente aufgeführt mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit mittels aufmalen von Fussgängerstreifen (FGS) zu erhöhen. In den Grundsätzen können zahlreiche im Vorstoss aufgeführten Überlegungen vom Gemeinderat geteilt werden. So ist etwa unbestritten, dass das Temporegime 30 wesentlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beiträgt. Weiter gibt es keine Differenzen zum Grundsatz, dass der Schulweg wichtig ist und Schulkinder diesen daher selbstständig zurücklegen sollen. Massnahmen gemäss Abs. b im Vorstosstext, welche ohne FGS die Sicherheit bei Querungen erhöhen, werden heute schon in Form von aufgemalten Füssen, Trottoirnasen (Horizontalversätze), Leitmarken oder zusätzlichen Strassenpfosten umgesetzt. Nicht einig geht der Gemeinderat mit den Schlussfolgerungen im Vorstoss, dass die Verkehrssicherheit mit dem Anbringen von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen erhöht werden kann und nun generell bei Schulhäusern und Altersheimen im Gemeindegebiet solche aufgemalt werden sollen. In diesem Punkt geht der Gemeinderat mit der aktuellsten Motionsbeantwortung 12.3068 des Bundesrats aus dem Jahr 2012 einig, welcher den weitestgehenden Verzicht auf Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen unterstützt:

"In Tempo-30-Zonen auf Quartierstrassen und anderen siedlungsorientierten Strassen wird auf Fussgängerstreifen weitestgehend verzichtet. Das Queren der Strasse soll überall möglich sein. Die Fussgänger sollen nur ausnahmsweise verpflichtet werden, einen Fussgängerstreifen zu benutzen. Die Beurteilung, ob im Einzelfall die Voraussetzungen für eine Ausnahme vorliegen und besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger einen Fussgängerstreifen erfordern, obliegt der örtlich zuständigen Behörde. Diese Regelung bedarf keiner Präzisierung oder Anpassung."

Somit herrscht Konsens darüber, dass die Verkehrssicherheit, insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmende, besondere Aufmerksamkeit erfordert. Kein Konsens herrscht darüber, mit welchen Mitteln Verkehrssicherheit geschaffen wird.

3. Grundlagen

In zahlreichen Gesetzen und Verordnungen finden sich Regelungen zum Thema. Für die Schulwege kann auf die Bundesverfassung verwiesen werden, die den Anspruch auf ausreichend und unentgeltlichen Grundschulunterricht garantiert. Nach geltender Rechtsprechung des Bundesgerichts kann daraus auch der Anspruch auf einen „zumutbaren“ Schulweg abgeleitet werden.

Im Folgenden werden die wichtigsten Artikel im Strassengesetz, der Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen sowie der Verkehrsregelnverordnung zitiert.

Strassenverkehrsgesetz (SR 741.01)

Art. 33 Pflichten gegenüber Fussgängern

¹ Den Fussgängern ist das Überqueren der Fahrbahn in angemessener Weise zu ermöglichen.

² Vor Fussgängerstreifen hat der Fahrzeugführer besonders vorsichtig zu fahren und nötigenfalls anzuhalten, um den Fussgängern den Vortritt zu lassen, die sich schon auf dem Streifen befinden oder im Begriffe sind, ihn zu betreten.

Art. 49 Fussgänger

¹ Fussgänger müssen die Trottoirs benutzen. Wo solche fehlen, haben sie am Strassenrand und, wenn besondere Gefahren es erfordern, hintereinander zu gehen. Wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen, haben sie sich an den linken Strassenrand zu halten, namentlich ausserorts in der Nacht.

² Die Fussgänger haben die Fahrbahn vorsichtig und auf dem kürzesten Weg zu überschreiten, nach Möglichkeit auf einem Fussgängerstreifen. Sie haben den Vortritt auf diesem Streifen, dürfen ihn aber nicht überraschend betreten.

Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen (SR 741.213.3)

Art. 4 Verkehrsrechtliche Massnahmen

² Die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig. In Tempo-30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger dies erfordern, namentlich bei Schulen und Heimen.

Verkehrsregelnverordnung (SR 741.11)

Art. 6 Verhalten gegenüber Fussgängern und Benützern von fahrzeugähnlichen Geräten

(Art. 33 SVG)

¹ Vor Fussgängerstreifen ohne Verkehrsregelung muss der Fahrzeugführer jedem Fussgänger oder Benützer eines fahrzeugähnlichen Gerätes, der sich bereits auf dem Streifen befindet oder davor wartet und ersichtlich die Fahrbahn überqueren will, den Vortritt gewähren. Er muss die Geschwindigkeit rechtzeitig mässigen und nötigenfalls anhalten, damit er dieser Pflicht nachkommen kann.

² Bei Verzweigungen mit Verkehrsregelung haben abbiegende Fahrzeugführer den Fussgängern oder Benützern von fahrzeugähnlichen Geräten für das Überqueren der Querstrasse den Vortritt zu lassen. Dies gilt bei Lichtsignalen nicht, wenn die Fahrt durch einen grünen Pfeil freigegeben wird und kein gelbes Warnlicht blinkt.

³ Auf Strassen ohne Fussgängerstreifen hat der Fahrzeugführer im Kolonnenverkehr nötigenfalls zu halten, wenn Fussgänger oder Benützer von fahrzeugähnlichen Geräten darauf warten, die Fahrbahn zu überqueren.

⁴ Unbegleiteten Blinden ist der Vortritt stets zu gewähren, wenn sie durch Hochhalten des weissen Stockes anzeigen, dass sie die Fahrbahn überqueren wollen.

Art. 47 Überschreiten der Fahrbahn

(Art. 49 Abs. 2 SVG)

¹ Die Fussgänger müssen, besonders vor und hinter haltenden Wagen, behutsam auf die Fahrbahn treten; sie haben die Strasse ungesäumt zu überschreiten. Sie müssen Fussgängerstreifen, Über- oder Unterführungen benutzen, wenn diese weniger als 50 m entfernt sind.

² Auf Fussgängerstreifen ohne Verkehrsregelung haben die Fussgänger den Vortritt, ausser gegenüber der Strassenbahn. Sie dürfen jedoch vom Vortrittsrecht nicht Gebrauch machen, wenn das Fahrzeug bereits so nahe ist, dass es nicht mehr rechtzeitig anhalten könnte.

³ Bei Fussgängerstreifen ohne Verkehrsregelung, die durch eine Verkehrsinsel unterteilt sind, gilt jeder Teil des Überganges als selbständiger Streifen.

⁵ Ausserhalb von Fussgängerstreifen haben die Fussgänger den Fahrzeugen den Vortritt zu lassen.

„Zumutbarer Schulweg“, „angemessene Weise“, „es dürfen Fussgängerstreifen angebracht werden“, die Gesetzgebung lässt den Vollzugsbehörden bei der Ausgestaltung ihrer Strassenräume einigen Spielraum zu. Nicht zuletzt auch aufgrund der sehr guten Erfahrungen mit dem Tempo-30-Regime im Zentrum von Köniz, will der Gemeinderat auch in Zukunft auf die Markierung von FGS in Tempo-30-Zonen verzichten. Der folgende Blick in die Unfallstatistik liefert Argumente dafür.

4. Unfallstatistik

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass auf dem gesamten Schweizer Strassennetz die Anzahl der Verkehrsunfälle abnehmend ist. Bund, Kantone und Gemeinden sind bestrebt, die Unfälle weiter zu reduzieren, dies trotz zunehmender Bevölkerungszahl und steigenden Verkehrsleistungen.

Schaut man sich die Unfallstatistik mit Beteiligung von Zufussgehenden der letzten zehn Jahre von 2009-2018 in der Gemeinde Köniz an, so zeigt sich bei der Auswertung der polizeilich gemeldeten Ereignisse folgendes Bild:

- Insgesamt gab es in diesem Zeitraum 92 Unfälle mit Beteiligung von Zufussgehenden.
- Davon ereigneten sich 57 Unfälle beim Überqueren der Fahrbahn (alle im Innerortsbereich).
- Davon ereigneten sich 47 Unfälle auf (40) oder unmittelbar neben (7) einem FGS. Bei einem Unfall verlor eine Person ihr Leben.
- 10 Unfälle gab es beim Queren der Strasse auf Strecken ohne vortrittsberechtigten Querungen für den Fussverkehr.

Somit ereigneten sich rund 83% aller Unfälle mit Zufussgehenden beim Überqueren der Fahrbahn auf oder in unmittelbarer Nähe von Fussgängerstreifen. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich im gleichen Zeitraum im Kanton Bern. Bei Querungsunfällen ereignen sich zwei Drittel auf Fussgängerstreifen und ein Drittel auf Strecken, wo der Fussverkehr keinen Vortritt hatte.

Diese Zahlen zeigen, dass der FGS für den Fussverkehr keinen tatsächlichen Schutz bieten kann. Er regelt zwar den Fussgängervortritt auf der Strasse, bei Nichtbeachtung kann es zu schweren Unfällen kommen. Die um das Jahr 2012 ungewöhnlich gehäuft aufgetretenen Unfälle auf FGS haben damals für Schlagzeilen gesorgt. Als Folge wurden die entsprechenden Normen angepasst und die Übergänge nach Bedarf nachgerüstet, auch in der Gemeinde Köniz. Trotzdem sind Unfälle, die sich auf FGS ereignen, immer noch sehr häufig. So ereignete sich der letzte Unfall mit Fussgängerbeteiligung auf dem Abschnitt der Kirchstrasse Lerbermatt-Seftigenstrasse vor sechs Jahren auf einem Fussgängerstreifen.

Grundsätzlich sind die gefahrenen Geschwindigkeiten, die bei einer Kollision verletzen oder töten. Werden Verkehrsinfrastrukturen mit Niedrigtemporegimes akzeptiert, entsprechend gestaltet und betrieben, so wirkt dies fehlerverzeihend (nicht jeder Fehler führt zum Unfall) und allfällige Unfallfolgen sind deutlich geringer oder treten gar nicht ein.

5. Erhöhte Achtsamkeit und Freiheiten für den Fussverkehr

Neben den Unfallzahlen sprechen die zwei folgenden Argumente für den Verzicht auf FGS in Tempo-30-Zonen.

Erhöhte Achtsamkeit ohne FGS

Die Gesetzgebung regelt, wie bereits erwähnt, mit dem FGS die Vortrittsverhältnisse bei Querungen zugunsten des Fussverkehrs. Als Folge ist nachvollziehbar, dass Fahrbahnquerungen von Zufussgehenden auf FGS mit etwas weniger Aufmerksamkeit erfolgen, als wenn eine Fahrbahn ohne FGS gequert wird. Es sind demnach mindestens vier aufmerksame Augen, die das Geschehen bei Querungen ausserhalb von FGS wahrnehmen und entsprechend reagieren können. Auf Ihrer Webseite umschreibt die Beratungsstelle für Unfallverhütung das Thema so:

Falls diese Bedingungen (für das Anbringen eines FGS) nicht erfüllt werden können, suchen Sie nach alternativen Lösungen, um die Fussgängerquerung sicherer zu gestalten, z. B. mit einer Mittelinsel ohne Fussgängerstreifen. Eine solche Lösung ist für die Fussgänger manchmal weniger gefährlich, da sie sich bewusst sind, dass sie keinen Vortritt haben. Dadurch überqueren sie die Strasse mit der nötigen Vorsicht.

Freie Wegwahl ohne FGS

Mit der „50-Meter-Regel“ in der Verkehrsregelverordnung muss in einer Entfernung von max. 50 m der FGS benützt werden, Umwege sind damit für den Fussverkehr nicht zu vermeiden. Gerade bei Quartierstrassen wie auch in viel frequentierten Ortszentren entspricht jedoch das Queren „dort wo der Weg für mich am kürzesten ist“ einem grossen Bedürfnis. Unplausible Umwege geniessen beim Fussverkehr eine geringe Akzeptanz, die entsprechende Regel wird daher oft und gerade bei Kindern, Jugendlichen oder umwegsensiblen Menschen missachtet.

Das Anbringen eines Fussgängerstreifens kann somit die Querungsmöglichkeiten anderer einschränken oder gefährden, da die Aufmerksamkeit der Autofahrenden zu wenig auf Bereiche abseits der Fussgängerstreifen gerichtet ist.

6. Kinder werden geschult

Ein wesentliches Element im Themenbereich der Verkehrssicherheit ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. Während insgesamt 24 Lektionen, verteilt auf die gesamte Schulzeit, werden die Kinder stufengerecht von Fachpersonen der Kantonspolizei im Bereich des Verkehrsunterrichts geschult. Details dazu finden sich in der Beilage 2. Dieses Papier ist noch nicht an die Sprachregelungen des Lehrplans 21 angepasst, der Ausbildungsinhalt bleibt sich jedoch gleich. Dem Alter des Kindes entsprechend werden die Themen Verhalten und Gefahren im Verkehr theoretisch und praktisch vermittelt.

Die Abteilung Verkehr und Unterhalt steht in engem Kontakt mit dem zuständigen Verkehrsinstruktor für die Könizer Schulen. Insbesondere in den ersten Schuljahren wird besonderer Wert darauf gelegt, die Kinder bei den Querungen auf ihrem Schulweg vor Ort zu instruieren. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass in diesem Bereich äusserst professionelle Arbeit mit einer guten Wirkung geleistet wird.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang fest zu halten, dass die Verantwortung für den Schulweg, trotz aller Bemühungen seitens der Behörden, bei den Eltern liegt. Sie bestimmen, wann und wo die Kinder ihren Schulweg zurücklegen und ob dies mit oder ohne Begleitung zu erfolgen hat. Gemäss Empfehlung des Verkehrsinstructors der Kantonspolizei kann es je nach Wegstrecke und Altersgruppe auch sinnvoll sein, in der ersten Zeit des Schuleintritts einen Pedibus durchzuführen (Kinder legen den Schulweg zusammen in der Gruppe zurück und werden durch eine erwachsene Person begleitet) oder wie etwa im Könizer Spiegelquartier eine Strassenquerung durch Verkehrslotsenpersonal zu begleiten. Dabei muss der kürzeste nicht immer der sicherste Schulweg sein. Kleinere Umwege, welche eine höhere Verkehrssicherheit gewähren, sind den Schülerinnen und Schülern zuzumuten.

7. Fazit

Bezüglich der Verkehrssicherheit herrscht über alle Grenzen Konsens, jeder Unfall ist einer zu viel. In grundsätzlichen Fragen, wie die Bedeutung des Schulweges für die Kinder oder das Temporeduktionen Unfälle vermeiden können, gibt es keine Differenzen zu den Begründungen im Vorstoss. Es ist unbestritten, dass schwächere Verkehrsteilnehmende mit verschiedenen Massnahmen wie aufgemalten Füsschen, Leitmarken usw. bei Strassenquerungen unterstützt werden können.

Anders als im Vorstoss gefordert, sieht der Gemeinderat die weitere Erhöhung der Verkehrssicherheit in Tempo-30-Zonen nicht mit der zusätzlichen Markierung von Fussgängerstreifen. Dabei spielen zahlreiche Gründe eine Rolle, nicht zuletzt weil der Fussgängerstreifen bei tiefen Tempi nur ein Vortrittsrecht anzeigt und damit noch nichts für die tatsächliche Erhöhung der Verkehrssicherheit bewirken kann.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 12. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 2. April 2019
- 2) Kantonspolizei Bern: Ziele und Inhalte Verkehrsunterricht

Diskussion

Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, Grüne: Die vorliegende Motion verlangt, dass in Köniz in Tempo-30-Zonen die Vortrittsregelung für Fussgängerinnen und Fussgänger verbessert wird und zwar in Zonen, wo es Schulen und Heime gibt. Der Gemeinderat wird aufgefordert, von dieser im Gesetz vorgesehenen Ausnahmeregelung für die Tempo-30-Zone Gebrauch zu machen und Streifen anzubringen oder andere Massnahmen zu treffen. Diese Motion verlangt nichts kostspieliges, sie verlangt nichts, was ausserhalb des gesetzlichen Rahmens ist und es entspricht einem grossen Bedürfnis der Bevölkerung. Und trotzdem lehnt der Gemeinderat dies ab.

Dies bedauern die Grünen sehr und ich kann die Begründung des Gemeinderats inhaltlich nicht nachvollziehen. Ich möchte darum hier einige Gründe des Gemeinderats widerlegen und spezifisch auf das Thema Schulwegsicherheit eingehen. Zum Thema *Kinder im Strassenverkehr* wird sich dann noch die Mitmotionärin Tanja Bauer näher äussern: Die Regelung im Strassenverkehrsgesetz, in der Verordnung zur Tempo-30-Zone wie auch in den bundesrätlichen Antworten auf Motionen, welche es auf diesen Ebenen gegeben hat, sind ausführlich dargelegt. Ich verzichte darauf, diese hier nochmals zu wiederholen. Was jedoch nicht schlüssig dargelegt wurde, ist die Antwort auf die Frage, warum der Gemeinderat in Köniz nicht von dieser Ausnahmeregelung Gebrauch machen will. Es dürfen Fussgängerstreifen angebracht werden. Die Gesetzgebung lässt hier den Vollzugsbehörden den vollen Spielraum. Der Gemeinderat verweist auf die Unfallstatistik. Es ist sehr bedauerlich, dass es auf und direkt neben Fussgängerstreifen zu vielen Unfällen mit Fussgänger und Fussgängerinnen kommt. 47 Unfälle in der Gemeinde Köniz – quasi jede Woche einen Unfall – das ist zu viel. Da besteht meines Erachtens klarer Handlungsbedarf, um die Leute, welche zu Fuss unterwegs sind, besser zu schützen.

Die zentrale Frage für diese Motion hier ist aber, was man von dieser Statistik ableiten kann und darf. Die Unfallzahlen wurden sicherlich seriös erhoben, das möchte ich nicht in Frage stellen, aber es sind reine Fallzahlen. Statistisch korrekt kann man hier nicht einfach einen Zusammenhang interpretieren, wie dies hier suggeriert wird. So wie der Gemeinderat dies darstellt, heisst dies nämlich: Mehr Unfälle bei diesen Fussgängerstreifen, gleich höheres Unfallrisiko. Darum weg mit diesen Fussgängerstreifen, dann kommt es gut. Wenn man methodisch korrekt bleiben möchte, dann müsste man über einen bestimmten Perimeter – zum Beispiel Köniz – und über eine bestimmte Dauer – einen Monat oder ein Jahr oder was auch immer – die gesamte Zahl der Strassenüberquerungen bei Fussgängerstreifen und die gesamte Zahl von Strassenüberquerungen irgendwo sonst, berechnen oder schätzen und dann das Verhältnis von heilen Überquerungen und verunfallten Überquerungen analysieren. Es könnte dann nämlich sein, dass man feststellt, dass in absoluten Zahlen, viel mehr Leute bei Fussgängerstreifen oder über Fussgängerstreifen über die Strasse gehen, als an anderen Orten und darum kommt es dort real zu mehr Unfällen, proportional aber eben nicht.

Das nächste Argument ist die erhöhte Achtsamkeit: Diese ist ganz sicher wichtig und verhindert Unfälle. In den Tempo-30-Zonen wird aber die Verantwortung für die erhöhte Achtsamkeit voll auf die Fussgängerinnen und Fussgänger abgewälzt. Wie das Paradigma hinter der Tempo-30-Zone ist: Jene, welche zu Fuss gehen, haben keinen Vortritt, das heisst, sie müssen selber schauen, wie sie über die Strasse kommen. So ist es nur logisch, dass dort die schwächsten und ungeschütztesten Verkehrsteilnehmer sehr aufmerksam schauen müssen, wie sie heil über die Strasse kommen. Hier stellt sich für uns die Frage, ob wir dies so akzeptieren wollen, dass die Schwächsten einfach selber schauen müssen. Soll der Strassenraum rund um Schulen oder Heime einfach den Autos gehören und alle anderen haben sich anzupassen? Faktisch führt dies dazu, dass zum Beispiel in der Kirchstrasse Wabern – und dort hat ja mitunter diese Diskussion zu dieser Motion begonnen – dass dort jüngere Schülerinnen und Schüler begleitet werden müssen um zur Schule zu gelangen. Dass ältere Leute, welche beispielsweise mit Rollatoren unterwegs sind, gar nicht mehr dort über die Strasse gehen oder wie uns auch berichtet worden ist, blinde Personen grösste Schwierigkeiten haben, weil nämlich der trainierte Blindenhund nicht mehr weiss, wo er über die Strasse soll. Wir haben an der vorletzten Parlamentssitzung über die Grüne Interpellation diskutiert, was Köniz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen macht. Die Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen sind ein konkretes Beispiel, dass man zu wenig macht und dass man ganze Gruppen von Leuten, welche in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, einfach wieder vergisst.

Bezüglich der erhöhten Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmenden, ist auch die ganz konkrete Strassensituation sehr wichtig. Und dort hinkt der Vergleich mit dem Tempo-30-Regime im Zentrum Köniz und er hinkt auch, wenn man die Situation in ruhigen Quartierstrassen mit dem Anliegen der Motion vergleicht. Die Tempo-30-Zone im Zentrum von Köniz funktioniert sehr gut, weil es dort den ganzen Tag lang viel Mobilität aller Gruppen von Verkehrsteilnehmenden hat.

Es hat Autos, es hat Leute welche zu Fuss gehen, es hat Fahrräder und es hat alles andere. Es ist eine belebte Strasse und alle werden zur Aufmerksamkeit gezwungen. Von allen wird Langsamkeit und Aufmerksamkeit verlangt. In keiner Art und Weise fordert die Motion hier, dass in dieser Zone wieder Fussgängerstreifen angebracht werden. Auch in vielen ruhigen Quartieren, wo es wenig Verkehr hat, funktioniert es ohne Fussgängerstreifen recht gut. Dort kann man sich in der Regel ziemlich entspannt bewegen. Mal abgesehen von den Verkehrsspitzenzeiten: Da kann man durchaus mit kleineren Kindern länger am Strassenrand stehen und das, was diese gelernt haben, nämlich „Rad steht, Kind geht“ ist reines Wunschdenken. Und auch hier geht es der Motion nicht darum, in diesen ruhigen Quartierstrassen wieder diese Fussgängerstreifen anzubringen. Hingegen geht es in der Motion um Zonen, in welchen gewisse Bedingungen herrschen, wie ich sie ja bereits schon ausgeführt habe: Sehr hoher Durchgangsverkehr zu Spitzenzeiten, Rückstaus wegen Ampeln, eingangs und ausgangs dieser Zonen, zu kleinräumige Tempo-30-Zonen, fehlende Sichtweite und das Ganze rund um Schulen und Heimen, wo es nun mal spezifische Bedürfnisse hat. Wenn hier keine Fussgängerstreifen angebracht werden oder noch schlimmer – und das droht uns nämlich auch, wenn die Gemeinde so weiter macht – wenn bestehende Fussgängerstreifen weggenommen werden, dann schaffen wir unmögliche Verkehrssituationen für die schwächsten Verkehrsteilnehmenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist für die Bevölkerung in den beschriebenen Zonen ein grosses Anliegen, es sind viele Stimmen auf uns zugekommen und ich wiederhole, es kostet beinahe nichts und es ist absolut im Rahmen der Gesetzgebung, wenn wir diese Motion nun überweisen und dadurch die Gemeinde dazu bringen, dass sie von dieser doch etwas starren Haltung wekommt. Ich möchte euch deshalb bitten, dem Gemeinderat nicht zu folgen und diese Motion nicht abzulehnen.

Fraktionssprecherin Mitte-Fraktion, Katja Niederhauser, EVP: Es ist 08.05 Uhr: Eine Gruppe Schulkinder von Kindergarten bis 3. Klasse warten an der Strasse und möchte überqueren. Da es in einer 30er Zone ist, ist kein Fussgängerstreifen vorhanden. Ein Auto, zwei Autos, drei Autos, vier Autos, fünf Autos, sechs Autos, sieben Autos ... ja, das siebte Auto hält doch tatsächlich an und lässt die Kinder über die Strasse gehen. Genau diese Situation habe ich vor einigen Wochen vor meinem Haus vom Küchenfenster aus beobachtet. Und solche Situationen gibt es noch viele.

Das Thema, die Strassen möglichst sicher zu gestalten, gerade vor Schulhäusern, ist sehr komplex. Sicherheit entsteht vor allem dadurch, dass alle Verkehrsteilnehmer aufmerksam und rücksichtsvoll sind. Das ist aber einfacher gesagt, als gemacht und sieht im Alltag leider oft anders aus. Dass Eltern von schulpflichtigen Kindern, Bedenken und Sorgen haben, kann sehr gut nachvollzogen werden und ist verständlich. So ist doch gerade der Schulweg, nicht irgendein Weg. Auf diesem Weg wird unter den Kindern Geschichte geschrieben. Die Welt wird auf ihre Weise entdeckt, Freundschaften geschlossen und vieles mehr. Kinder werden auf diesem Stück Weg in ihrem Leben geprägt. Und ja, ganz klar, es ist wunderbar, dass dieses Stück Weg in einer 30er Zone liegt. Und auch klar ist, dass dies zur Sicherheit beiträgt und unglaublich wichtig ist. Doch reicht das? Kinder lernen schon früh „Rad steht, Kind geht“. Was aber, wenn in der 30er Zone das Auto Vortritt hat? Wenn Auto um Auto nicht anhält? Nicht anhalten, weil sie wissen, dass sie dies nicht müssen und dass dies gesetzlich in Ordnung ist? Kinder werden ungeduldig. Sie schauen kurz rechts und links und rennen los. Abstände korrekt abwägen und Geschwindigkeiten richtig einschätzen, ist noch nicht möglich. Kinder vergessen die Gefahren, wenn sie die Geduld verlieren, gerade im Wissen, dass die Schule schon bald beginnt.

Es gibt viele verschiedene konkrete Situationen und Beispiele, wie ich sie zu Beginn erzählt habe, nur sind diese nicht so leicht miteinander vergleichbar. Wirklich belegbare Statistiken zur Frage, ob nun mit oder ohne Fussgängerstreifen mehr Sicherheit besteht, liegen nicht vor. Die hier in der Antwort vom Gemeinderat erwähnte Unfallstatistik, dass auf Fussgängerstreifen mehr Unfälle passieren als daneben, kann auch sehr hinterfragt werden. Wenn ich dieses Bild auf meinen Berufsalltag übertrage, ist es für mich auch nicht wirklich verwunderlich, dass bei uns auf der Palliativstation mehr Patienten sterben, als auf einer Bettenstation. Zudem hängt die Sicherheit stark von der konkreten Ausgestaltung von der Strassenüberquerung ab.

Wie schon gesagt, Sicherheit entsteht vor allem dadurch, dass alle Verkehrsteilnehmenden aufmerksam sind. Der Vorstoss verlangt nicht einfach das Aufmalen von Fussgängerstreifen. Der Vorstoss ist flexibler formuliert. Er lässt andere Massnahmen zu, welche die Vortrittsverhältnisse für den Fussverkehr verbessern sollen und fordert eine sichere Ausgestaltung dieser Massnahmen. Sollte das in Einzelfällen mit verhältnismässigem Aufwand nicht möglich sein, ist der Auftrag unerfüllbar.

Dieser Vorstoss ist in unserer Mitte-Fraktion rege diskutiert, analysiert und erneut diskutiert worden. Das Resultat ist: Stimmfreigabe. Wie ich stimme, das kann man nach meinem Votum wohl erahnen.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Die Fraktion FDP. Die Liberalen setzt sich ebenfalls für die Überweisung der Motion ein. Die Schulwegsicherheit ist uns ein grosses und wichtiges Anliegen. Die Antwort des Gemeinderats ist umfassend und weist auch auf verschiedene Gesetzes-, Verordnungs- und Regelungstexte zum Thema Schulwegsicherheit hin. Auch die wichtigsten Artikel des Strassengesetzes, die Verordnung über die Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen sowie die Verkehrsregelungsordnung werden zitiert. Dieser Gesetzgebung wollen wir auch nicht widersprechen. In Art. 4 steht denn auch, dass die Anordnung von Fussgängerstreifen in den 30er-Zonen unzulässig ist. In Tempo-30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger und Fussgängerinnen dies erfordern. Namentlich bei Schulen und Heimen. Es ist somit erkannt, wie wichtig dies genau dort ist.

Fussgänger – und bei Schulen insbesondere die jüngsten Fussgängerinnen und Fussgänger – dürfen sich aber trotzdem nicht in falscher Sicherheit wiegen, nur weil ein Fussgängerstreifen da ist. Die Verkehrsinstruktion „Rad steht, Kind geht“ haben wir schon gehört. Für mich eine Variante zum seit meiner Schulzeit proklamierten: „Warte, luege, lose, loufe – lieber länger läbe“. Ich glaube, dies haben die Kinder auch etwas besser verinnerlicht, als „Rad steht, Kind geht“. Kinder, wie auch Erwachsene dürfen die Strasse erst überqueren, wenn die Fahrzeuge still stehen, das ist eigentlich klar.

Wichtig scheint uns, dass die Eltern und die Schulen, wie sie dies hier in Köniz auch in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei machen, den Kindern das richtige Verhalten im Strassenverkehr lehren. Nur so können Unfälle mit Kindern oder auch mit Heimbewohnenden verhindert werden. Schulwege, wie hier in der Antwort des Gemeinderats erwähnt, sind nicht immer der sicherste Weg. Der kürzeste Weg ist nicht immer der sicherste. Vorgängig zum ersten Schultag sollen die Eltern mit ihren Kindern den Weg ablaufen. So bekommt das Kind Routine. Dies anstelle mit dem Fahrrad begleiten, im Fahrradanhänger oder mit dem Auto chauffieren. Die Kleinsten sind oft noch etwas verspielt und sind sich der Gefahr der Strasse auch nicht bewusst. Deswegen sind hier auch die Eltern in der Pflicht. Egal ob Fussgängerstreifen in der Tempo-30-Zone oder andernorts. Als alternative Massnahme zur Schulwegsicherheit könnten wir uns auch vorstellen, eine Tempo-40-Zone mit Fussgängerstreifen zu schaffen. Diese Zone ist dann aber zusätzlich mit einem Radargerät auszustatten, so wie dies im Schulhaus Spiegel oder beim Buchseeschulhaus der Fall ist. Dies bringt nämlich auch schon einiges. Die realisierten Massnahmen sind spätestens nach einem Jahr auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Allenfalls könnte man noch zusätzliche Massnahmen ergreifen.

Trotz der Nennung dieser Alternative unterstützt die FDP. Die Liberalen, wie bereits erwähnt, die Motion Fussgänger/innenstreifen in Tempo-30-Zonen. Wir lehnen folglich den Antrag des Gemeinderates ab.

Fraktionssprecherin Lydia Feller, SP: Auch in unserer Fraktion haben wir eine intensive Diskussion zu den geforderten Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen geführt. Mehrheitlich wird die Motion von uns unterstützt.

Es geht hier primär um die Sicherheit von Kindern und älteren Leuten. Also um eine besonders schutzbedürftige Personengruppe. Tempo-30-Zonen, in welchen Auto und Fahrräder Vortritt haben, vor Schulhäusern oder Heimen, sorgt besonders bei Kindern und bei älteren Leuten für Unsicherheit. Wir alle finden die Tempo-30-Zonen in den Quartierstrassen und in siedlungsorientierten Strassen grundsätzlich eine ideale Lösung, um einen sicheren und flüssigen Verkehr zu gewährleisten. Allerdings finden wir es auch wichtig, dass man im Verkehr situationsbedingte Massnahmen trifft. Das heisst, dass man schwächere Verkehrsteilnehmer besser und stärker schützt. Der Verkehr hat deutlich zugenommen und er wird auch in Zukunft noch mehr zunehmen. Und darum ist diese Motion eine richtige Reaktion auf zunehmend schwierige Strassensituationen.

Auch räumlich werden Strassen immer enger und unübersichtlicher durch den zunehmenden Fahrrad, E-Bike und Autoverkehr. Gerade um Schulhäuser und Heime können so neuralgische Situationen entstehen, wenn Kinder und ältere Personen Schwierigkeiten haben, über die Strasse zu gehen. Für Familien sind dies Belastungen und diese reduzieren das Wohlbefinden in der Wohngemeinde. Jüngere Kinder sind nicht in der Lage, das Tempo von Fahrrädern, E-Bikes und Autos richtig einzuschätzen. Und darum sehe ich in einem Fussgängerstreifen vor einem Schulhaus eine sinnvolle Lösung. Aber auch ältere Leute haben Probleme, sich in ihrer Umgebung mühelos zu bewegen, weil sie meistens mehrfach eingeschränkt sind. Sie sehen schlecht, sie hören schlecht, sie können nicht mehr so schnell über die Strasse, weil sie mobilitätseingeschränkt sind und viele von ihnen haben Angst vor Stürzen, was sie zusätzlich beeinträchtigt. Warum nicht ein Fussgängerstreifen vor so einem Heim? Die Bewegung und die sozialen Kontakte sind für ältere Leute besonders wichtig und schwierige Strassenverhältnisse wirken hier einschränkend.

In der Fraktion ist das Gegenargument gekommen, dass der Fussgängerstreifen falsche Sicherheit vermittele und die Achtsamkeit der Kinder dadurch reduziert werde. Studien und Untersuchungen in Tempo-30-Zonen mit oder ohne Fussgängerstreifen gibt es keine. Aber ganz grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass Kinder und ältere Personen als schwächere Verkehrsteilnehmer vor allem in ihrem Radius, also vor einem Heim oder vor einem Schulhaus, Vortritt vor allen anderen Verkehrsteilnehmern verdienen.

Im Namen der Motionäre bitte ich euch, diese Motion zu unterstützen.

Fraktionssprecher David Burren, SVP: Fussgängerstreifen geben wohl schon so lange zur Diskussion Anlass, seit diese erfunden worden sind. Einmal ist er am falschen Ort, einmal ist er überflüssig, einmal fehlt er, ist nicht beleuchtet oder die Vortrittslage muss neu geregelt werden, wie in der vorliegenden Motion hier. Ich danke dem zuständigen Gemeinderat für die doch ausführliche Stellungnahme zu dieser Motion. Auch ich begrüsse es, wenn Kinder ihren Schulweg selbständig zurücklegen können. Ich habe selber vier Kinder und wir sind wirklich auch froh, wenn sie den Schulweg selber meistern können. Dies kommt uns sehr entgegen.

Durch verschiedene Verkehrsmassnahmen, kann die Sicherheit auf der Strasse erhöht werden, was sicherlich im Interesse aller ist. Wie aus den Unterlagen zu entnehmen ist, haben die Gemeinden hierzu verschiedene Werkzeuge, welche die Verkehrssicherheit erhöhen. Eine davon ist eine 30er-Zone mit flächigem Überqueren der Strasse. Die Gemeinde hat sich jetzt vielerorts für diesen Weg entschieden und ist mit diesem Vorgehen bis jetzt gut gefahren.

Seit ich mich erinnern kann, ist im Zentrum von Köniz – dies wurde bereits angesprochen und ist hier etwas speziell – trotz anfänglicher Skepsis, die beste Verkehrsführung entstanden, welche ich wohl je erlebt habe. Die gegenseitige Rücksichtnahme klappt sehr gut. Es ist hier aber sicherlich zu erwähnen, dass beispielsweise genügend Platz vorhanden ist und eine sehr gute Übersicht besteht. Auch Punkto Sicherheit sprechen die Daten von einer 30er-Zone eine ziemlich klare Sprache. Schaut man die Unfallstatistik oben auf Seite 5 der Unterlagen an, so spricht diese doch in meinen Augen ziemlich klare Worte. Jetzt wieder eine Vermischung von verschiedenen Systemen zu machen, erzeugt Unsicherheit und Unklarheit für alle Verkehrsteilnehmer. Geben wir doch diesem System eine Chance und versenken dieses nicht bereits, kaum dass es angefangen hat. Es ist erwiesen, dass die Aufmerksamkeit bei den Fussgängern und auch bei Autofahrern beim Queren der Strasse ohne Streifen viel höher ist, als mit Fussgängerstreifen. Dies ist einfach so. Wenn ich mich achte – ich bin selber Autofahrer – wie teilweise einfach auf die Fussgängerstreifen hinaus gelaufen wird, dann ist dies sehr bedenklich. Und das auch noch mit dem Handy vor dem Kopf.

Zum Beispiel Kirchstrasse ist zu sagen, dass seit dem Betrieb vor zwei Jahren kein Unfall passiert ist, was sehr zu begrüssen ist und hoffentlich bleibt dies auch so. Und ich denke, dass es bei Unsicherheiten oder bei hohem Verkehrsaufkommen dem Fussgänger auch zumutbar ist, dass der einen etwas längeren Weg in Kauf nimmt und die Strasse über den signalisierten Fussgängerstreifen quert. Das Thema mehr Bewegung für Schulkinder würde so auch etwas entschärft.

Es ist nicht alles gut, mich stört auch etwas und das ist teilweise die Gestaltung dieser 30er-Zonen. Nicht an allen Orten, aber gerade beim Beispiel in der Kirchstrasse wäre es in meinen Augen dienlich, bei knappem Platzangebot auf Bäume und unnötig breite Inseln mit scharfen Bordkanten auf der Strassenmitte zu verzichten. Dieser Hindernislauf ist für Autofahrer und Velofahrer nämlich sehr herausfordernd und ist sicherlich der Verkehrssicherheit nicht förderlich. Kleinere und schmalere Baukörper in weniger grosser Anzahl wären in meinen Augen völlig ausreichend. Ich denke, man könnte zu diesem Thema endlos philosophieren. Auch im Strassenverkehr ist es einfach so: Jedes System hat gewisse Vor- und Nachteile. Wie ich zuvor schon erwähnt habe: Lassen wir dieses System doch noch etwas laufen und versenken dieses nicht bereits wieder, denn dies schafft mehr Unsicherheit.

Auch wenn ich in einigen Punkten absolut mit den Motionären einig gehe, überwiegen doch bei unserer Fraktion vor diesem neuen System die Unsicherheit und die Bedenken. Und darum folgen wir dem Antrag des Gemeinderats und lehnen diese Motion ab.

Noch etwas zum Schluss: Auch wenn ich jetzt in meinem Votum immer wieder von Fussgängern gesprochen habe; selbstverständlich dürfen natürlich auch Fussgängerinnen über die Strasse

Tanja Bauer, SP: Meine Mitmotionärin Christina Aebischer ist bereits auf viele wichtige technische Aspekte eingegangen. Ich möchte noch etwas aus der Perspektive der Kinder und der schutzbedürftigen älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung sagen. Tempo-30 wird immer mehr zur Norm. Früher waren es eher so ruhige Quartierstrassen, in welchen Tempo-30 eingeführt worden war und heute wird dies immer öfters auch auf viel befahrenen Strassen gemacht. Und das hat Vorteile, welche wir zum Teil schon von meinem Vorredner gehört haben.

Es ist für den Verkehr gut, welcher flüssiger wird, und für Fussgängerinnen und Fussgänger, welche im Vollbesitz ihrer Fähigkeiten und erwachsen sind. Aber es gibt Ausnahmen und um diese geht es hier. Wir wollen nämlich mit diesem Vorstoss, dass die Gemeinde die Perspektive wechselt und die Verkehrssituation aus Sicht der Kinder, älteren Menschen und Menschen mit Einschränkungen betrachtet, denn diese haben besondere Schutzbedürfnisse. Das zeigt auch die aktuelle Kampagne „Achtung, Kinder überraschen“, welche vom bfu lanciert wird. Ihr könnt dort mit dem Handy simulieren, wie ihr die Strassensituation aus Sicht der Kinder sehen würdet. Es ist recht eindrücklich, denn man merkt so, dass man ganz andere visuelle Fähigkeiten hat. Bis 10 Jahre, also bis zur 4. Klasse ungefähr, kann ein Kind die Geschwindigkeit eines herannahenden Fahrzeuges nicht einschätzen. Kinder können wegen ihrer geringen Grösse die Strasse auch nicht so gut überblicken wie Erwachsene und ihr Blickwinkel ist sehr viel kleiner. Aber auch für ältere Menschen ist es schwierig, die Strasse zu queren. Mich hat ein Sehbehinderter aufgrund dieser Motion angerufen und mir gesagt, wie dankbar er ist, dass diese Diskussion geführt wird. Denn er hat wirklich Mühe, über die Strasse zu kommen, da sein Blindenhund nicht darauf trainiert ist.

Natürlich können wir, wie David Burren vorgeschlagen hat, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung Umwege laufen lassen. Aber ist es wirklich das, was wir wollen? Unser Vorstoss will die Regeln nicht allgemein ändern. Er will Ausnahmen, welche die Regeln bestätigen. Es geht eben gerade nicht darum, alle 30er Zonen anders zu regeln, sondern es geht nur um jene Zonen, welche in der Nähe von Schulen und Heimen sind. Das sieht, wie schon mehrmals gehört, auch der Bundesrat so: Er hat in seiner Postulatsantwort auf das Postulat 99_3115 präzisiert, dass der Verzicht auf das Anbringen von Fussgängerstreifen auf verkehrsberuhigten Strassen nur dort empfehlenswert ist, wo keine besondere Schutzbedürfnisse vorliegen. Besondere Schutzbedürfnisse können insbesondere im Bereich von Schulhäusern und Altersheimen vorhanden sein oder einfach dort, wo das Verkehrsaufkommen sehr erheblich ist. Auch die Beratungsstelle bfu sagt dasselbe und findet, dass die Vortrittsbedürfnisse der Fussgänger wichtig sind. Und nicht unbedingt die 30er-Zone an und für sich.

Dass Eltern mit Kindern schauen müssen, wie diese lernen, sicher unterwegs zu sein, ist klar. Es gibt aber bei diesem Verkehrsunterricht eine sehr wichtige Partnerin und das ist die Polizei. Diese geht in die Schulen und macht einen wichtigen Teil der Verkehrserziehung. In ihrem Unterrichtsmaterial, welches Könizer Kinder in der ersten Klasse erhalten, ist eine Strasse enthalten, eine Situation und auch dort ist in einer 30er-Zone vor einer Schule ein Fussgängerstreifen aufgemalt. Und das ist das offizielle Unterrichtsmaterial der Kantonspolizei.

Andere Gemeinden machen dies übrigens auch, zum Beispiel in Bern oder in unserer Nachbargemeinde Belp gibt es auch Fussgängerstreifen in 30er-Zonen im Bereich von Schulhäusern. Köniz soll so gestaltet sein, dass Kindergarten- und Schulkinder und auch ältere Menschen im Alltag selbständig und sicher unterwegs sein können. Denn eine Gemeinde, welche altersfreundlich sein möchte, dezentrale Schulstandorte hat und Langsamverkehr fördert, soll auch die Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern mit besonderen Schutzbedürfnissen vorbildlich regeln. Sie soll die Empfehlung des Bundesrates umsetzen und die Ausnahme von der Regel zulassen.

Wir bitten euch darum im Interesse der Kinder und der schutzbedürftigen Menschen zu entscheiden und diese Motion anzunehmen.

Roland Akeret, glp: Fussgänger/innenstreifen in Tempo-30-Zonen. Für mich als Verkehrspolizist der Kantonspolizei Bern in einer Kaderfunktion ist dies das wichtigste Thema heute Abend. Es geht um Verkehrssicherheit und, das mag jetzt pathetisch klingen, es geht unter Umständen um Leben und Tod.

Die meisten werden nun erstaunt darüber sein, was ich hier erzähle: Das Thema Verkehr und Verkehrssicherheit ist im Volk und in der Politik sehr emotional aufgeladen. Jeder Mann und jede Frau nimmt am Verkehr teil und alle sind Spezialistinnen und Spezialisten und alle haben ihre ganz persönliche Meinung zum Thema Verkehr und Verkehrssicherheit. Die vorliegende Motion suggeriert, dass es um die Schulwegsicherheit in der Könizer Tempo-30-Zone schlecht bestellt ist. Konkrete Fakten sind aber nicht genannt worden, sondern es wird einfach behauptet, dass die Schulwegsicherheit mit Fussgängerstreifen - und ich wähle hier nun den gesetzlichen Ausdruck, nämlich *Fussgängerstreifen* - in Tempo-30-Zonen verbessert würde.

Und auch ich zitiere die Beratungsstelle für Verkehrssicherheit, welche zum Thema Fussverkehr das Sicherheitsdossier Nr. 11 publiziert hat: Gemäss diesem Dossier verunfallen weitaus am meisten zu Fuss Gehende beim Überqueren von Strassen innerorts. Ein wichtiger Grund und um das geht es mir heute Abend, ist eine fehlerhafte Infrastruktur. Als fehlerhaftes Element, werden beispielsweise Fussgängerstreifen genannt, welche aus Gründen der Verkehrssicherheit im Grunde gar nicht dort sein sollten, wo sie sind.

Als Gründe für solche realisierten Fussgängerstreifen oder Infrastrukturen werden politische Forderungen genannt, fehlende Ressourcen, Unkenntnisse der Normen oder ungenügende Platzverhältnisse. Im Dossier kann auf Seite 49 entnommen werden, dass im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 - es liegt schon einige Jahre zurück, ist aber immer noch aktuell - beim Queren der Strasse 535 Personen schwer verletzt oder getötet worden sind. Abseits der Fussgängerstreifen waren es 237 Personen und auf den Fussgängerstreifen 298. Wie schon der Gemeinderat ausgeführt hat, kann also nicht davon ausgegangen werden, dass Fussgängerstreifen per se sicher sind. Speziell ist mir dann die Statistik auf Seite 52 ins Auge gestochen: Als Hauptunfallursache für solche Fussgängerstreifenunfälle ist das Missachten der Anhaltepflicht genannt worden. Das heisst, das Auto hat nicht angehalten, obwohl es dies hätte tun müssen. Von den 0 bis 17jährigen waren 10% all dieser Unfälle betroffen, 18 bis 64jährige 37% und bei den über 65jährigen zu 45%. Wir sehen also, je älter wir werden, umso sorgloser geht man auf den Fussgängerstreifen hinaus. Ich habe dann die Zahlen aus dem Jahr 2018 in der Tempo-30-Zone angeschaut und diese zeigen dasselbe Bild: Wir hatten fünf Fussgängerstreifenunfälle, davon war ein Kind 9 Jahre alt, eine Person 29jährig und 3 Senioren 61 bis 68jährig. Also: Kinder bis 9 Jahre und Senioren haben ein überdurchschnittliches Risiko, als zu Fuss Gehende zu verunfallen. Wir haben es bereits gehört, alters- und entwicklungsbedingte Defizite haben dabei eine hohe Relevanz. Und jetzt scheinen Seniorinnen und Senioren auf Fussgängerstreifen besonders exponiert zu sein. Das bfu-Dossier sagt, dass diese Personen für die Strassenquerung mehr Zeit brauchen und darum der Gefahr länger ausgesetzt sind. Auch haben sie Mühe, Geschwindigkeiten der Fahrzeuge richtig einzuschätzen. Man kann davon ausgehen oder es ist sehr wahrscheinlich, dass sie sich auf dem Fussgängerstreifen sicher fühlen, obwohl sie es eigentlich nicht sind.

Wie man der Sonntagspresse am 15. September 2019 entnehmen konnte, sind die Unfallzahlen seit 2011 für Fussgängerinnen und Fussgänger stark rückläufig. Ein wichtiger Faktor dürfte sein, dass seit dem Jahr 2012, als wir viele Fussgängerstreifenunfälle hatten, viele Fussgängerstreifen saniert worden sind. Das heisst, sie wurden aufgehoben oder verschoben. Aber auch die vermehrt eingeführte Tempo-30-Zone dürfte zu einem Sicherheitsgewinn beigetragen haben.

Mein Fazit: Gerade jene in der Motion genannten Sicherheitsdefizite von Tempo-30-Zonen werden nicht gelöst. Ich spreche zum Beispiel die Kleinräumigkeit an, wir kommen jetzt langsam zur Kirchstrasse. Speziell das Anbringen von Fussgängerstreifen bei ungenügenden Sichtweiten - und das ist an der Kirchstrasse der Fall - würde zu brandgefährlichen Situationen führen. Es würde keine Rolle spielen, wenn das Kind warten würde, wenn es das Auto zu spät sieht, da die Distanz vom Auto zum Fussgängerstreifen zu wenig ist. Dann kommt es einfach unter die Räder, der Autofahrer hat keine Chance zu warten.

Ich befürchte, dass die Annahme der vorliegenden Motion die Sicherheitssituation in der Tempo-30-Zone in Köniz tendenziell wieder verschlechtern würde. Ich bin auch der Meinung, dass künftig jeder Fussgängerstreifen im Einzelfall von den Fachleuten und ohne politischen Druck beurteilt werden sollte und empfehle darum mit Nachdruck, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und die Motion abzulehnen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich begrüsse Ronald Sonderegger zur Sitzung. Das Parlament zählt nun 36 Personen.

Casimir von Arx, glp: Ich mache wieder einmal darauf aufmerksam, dass ich als Co-Präsident von Fussverkehr Kanton Bern amte. Es überrascht wahrscheinlich nicht, dass ich diese Motion, die den Fussgängerinnen und Fussgängern höhere Priorität einräumt, befürworte. Dennoch möchte ich zur Einordnung der Motion noch ein paar Sätze sagen:

- Der Gemeinderat möchte, dass die Motion abgelehnt wird. Er verweist dafür auf die europaweit bekannte Tempo-30-Zone im Zentrum von Köniz. Die funktioniert tatsächlich sehr gut ohne Fussgängerstreifen - jedenfalls zwischen Coop und Migros. Ein paar Meter weiter, zwischen Denner und Valiant Bank, funktioniert sie schon nicht mehr so gut, weil hier weniger Fussgänger über die Strasse wollen. Aber der Gemeinderat hat insofern recht, dass es nicht immer ein Fussgängerstreifen sein muss. Die Motion trägt dem aber Rechnung, indem sie mit Buchstabe b) auch andere Massnahmen zulässt. Sie ist ausreichend flexibel formuliert, ohne aber den Kerngedanken zu verwässern, nämlich eine höhere Priorisierung des Vortritts für den Fussverkehr bei Schulen und Heimen.

- Zur Frage der Sicherheit wurde bereits einiges gesagt: Der Gemeinderat hat eine Statistik gemacht, anhand der man sieht, dass auf oder neben Fussgängerstreifen Unfälle passieren. Das ist so. Es wäre unklug zu meinen, dass Fussgängerstreifen per se sicher sind oder eine physisch geschützte Zone darstellen. Die Frage der Sicherheit ist aber komplex, und die Statistik des Gemeinderats sagt letztlich nicht viel aus über die Frage, ob nun Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen die Sicherheit vergrössern oder verkleinern. Christina Aebischer hat es gesagt, dazu müsste man die Wahrscheinlichkeit und die Risiken erheben und man müsste die Querungssituationen in vergleichbare Kategorien aufteilen, zum Beispiel Situationen mit oder ohne Mittelinsel. Diese notwendigen statistischen Daten gibt es meines Wissens nicht. Mir ist klar, dass es aufwändig wäre, sie zu erheben. Aber bei der Statistik des Gemeinderats ist nicht einmal klar, ob die erwähnten Unfälle in Tempo-30-Zonen geschahen, denn nur darum geht es ja in dem Vorstoss.
- Allgemein gesprochen kann man davon ausgehen, dass Massnahmen, die die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer erhöhen, hilfreich sind. Oder auch Mittelinseln und -streifen, da sie erlauben, dass man sich als Fussgänger vor allem auf eine Fahrbahn konzentrieren kann. Die Motion fordert den Gemeinderat ja auch explizit auf, derartige Massnahmen zu treffen. Der Satz „Er trifft die nötigen Massnahmen, um den Vortritt sicher zu gestalten“ ist Bestandteil des Motionsauftrags. Die Idee ist nicht, dass man einfach einen Fussgängerstreifen aufmalt und dann meint, es sei jetzt besser.
- Ich sage aber auch: Sollte der Gemeinderat eine Situation bei einem Heim oder einer Schule vorfinden, wo es schlichtweg nicht oder nur mit völlig unverhältnismässigem Aufwand möglich wäre, die Vortrittsverhältnisse für Fussgänger zu verbessern und gleichzeitig für Sicherheit zu sorgen, würde ich akzeptieren, wenn der Gemeinderat nach anderen Lösungen sucht, die möglichst nahe an der Motion sind. In solchen Situationen wäre ja der Motionsauftrag unerfüllbar.
- In einem Punkt gebe ich dem Gemeinderat Recht: Sicherheit ist nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern zu einem grossen Teil auch des Verhaltens. Die Infrastruktur hat auch einen Einfluss auf das Verhalten. Der Gemeinderat hat Beispiele genannt, die seinen Antrag untermauern. Ich bringe ein anderes Beispiel: Wenn Fussgänger ohne Vortritt mehr als eine halbe Minute warten müssen, um die Strasse zu queren, tendieren sie dazu, es zu tun, auch wenn die Lücke nicht reicht.
- Schulung und Kenntnis der Verkehrsregeln sind wichtig. Nicht nur bei Kindern. Art. 47 Abs. 2 der Verkehrsregelnverordnung – der Gemeinderat hat ihn in seiner Antwort zitiert – ist, bis auf die Sache mit dem Tram, eigentlich gesunder Menschenverstand, aber man sollte diesen Absatz öfter erwähnen: „Auf Fussgängerstreifen ohne Verkehrsregelung haben die Fussgänger den Vortritt, ausser gegenüber der Strassenbahn. Sie dürfen jedoch vom Vortrittsrecht nicht Gebrauch machen, wenn das Fahrzeug bereits so nahe ist, dass es nicht mehr rechtzeitig anhalten könnte.“ Für Kinder, die Geschwindigkeiten nicht gut einschätzen können, ist die Regel „Rad steht, Kind geht“ wohl klarer. Klare Regeln helfen, aber man darf nicht blind darauf vertrauen, dass die anderen diese Regeln einhalten. Kinder sollten das im Verkehrsunterricht und im Alltag von ihren Eltern lernen. Kinder, die das noch nicht verstehen können, sollten begleitet werden.

Christina Aebischer, Grüne: Ich danke Casimir von Arx für die Einordnungen. Er hat einige Punkte bereits vorweg genommen, doch ich möchte trotzdem noch auf einige Sachen eingehen, welche gesagt worden sind. Insbesondere von David Burren: Ja, das Strassenverkehrsgesetzeswerk gibt es und das wollen wir ja nicht grundsätzlich ändern, sondern die Ausnahmeregelung ist dort in diesem Strassenverkehrsgesetz vorgesehen und wir wollen, dass die Gemeinde diese nutzt und umsetzt, denn dies ist eine freie Entscheidung, welche die Gemeinde treffen kann. Die Gemeinde hat sich bis dato für etwas anderes entschieden und wir möchten dies gerne ändern, da dies ein grosses Bedürfnis ist, insbesondere eben in der Kirchstrasse.

Und sicherlich gibt es fehlerhafte Fussgängerstreifen, Roland Akeret, welche mehr Gefährdung als Sicherheit bringen. Ich hoffe nicht, dass Köniz viele dieser fehlerhaften Fussgängerstreifen hat oder plant, solche zu machen. Denn sonst hätten wir ein massives Problem. Grundsätzlich ist es aber schon so, dass für Waberer und Wabererinnen die Kirchstrasse aus verschiedenen Perspektiven und verschiedenen Nutzern ein Problem darstellt und da möchten wir für die Schülerinnen und Schüler eine Lösung bieten, damit diese dort besser über die Strasse kommen.

Dann vielleicht noch kurz zu den Zahlen: Es ist ein sehr plakatives Beispiel, doch man kann auch sagen, in Köniz werden mehr Personen von Hunden gebissen, als von Krokodilen. Was kann man daraus ableiten? Sind Hunde gefährlicher als Krokodile und muss man Hunde deshalb verbieten? Nein, dort ist allen klar, dass es darum geht, wie viele Hunde und wie viele Krokodile wir in der Gemeinde haben und wie viele werden überhaupt gebissen.

Und dann muss man dies in Relationen setzen, was eine Unfall- oder Bissquote ergibt. Doch das ist ja dann immer noch kein Risiko. Denn Risiko hat mit Wahrscheinlichkeit zu tun. Mit Schadenspotential. So viel Kopfrechnen kann ich nicht, um euch dies hier vorzurechnen. Doch man muss mit diesen Zahlen vorsichtig umgehen.

Was diese Motion will, ist - wie Casimir von Arx dies bereits gesagt hat - eine Priorisierung rund um Schulen, rund um Heime und nirgendwo anders. Also den Fussgängerinnen und Fussgängern Priorität geben. Und das kostet nicht viel, ist legal und man könnte dies einfach lösen. Für mich persönlich ist nicht nachvollziehbar, warum die Gemeinde dies nicht will. Ich sehe keinen valablen Grund.

Gemeinderat Christian Burren: Ich danke für die engagierten Voten. Ich möchte vorweg nehmen, dass ich die Ängste und Sorgen von Eltern um ihre Kinder verstehe. Ich verstehe die Ängste um Gehbehinderte und um betagte Personen. Aber wenn ich diese Debatte verfolgt habe, dann habe ich doch ein etwas komisches Gefühl bekommen: Es suggeriert nämlich, dass die Verkehrsplaner von Köniz, die Fachleute, der Sicherheit nicht oberste Priorität beimessen. Sondern dass sie, obwohl sie gesetzlichen Möglichkeiten hätten, diese beinahe fahrlässig nicht nutzen. Und dem möchte ich mich doch verwehren.

Ich muss euch einfach vor etwas warnen: Heute Abend habe ich das Gefühl, dass wir hier mindestens 30 Verkehrsplaner haben, welche probieren, meine Fachleute zu übersteuern. Übernehmt ihr in Zukunft die Verantwortung? Ihr übersteuert hier die Fachleute, da sind wir uns einig. Ich nehme dies so zur Kenntnis. Die gesetzlichen Möglichkeiten lassen es offen, dass man Fussgängerstreifen in 30er-Zonen anbringen kann, da habt ihr absolut Recht. Aber das ist eine Frage der Priorisierung. Ein Fussgängerstreifen per se ist nicht eine Frage der Sicherheit. Es ist rein eine Frage des Vortritts und da geben die Unfallzahlen ein klares Bild ab.

Etwas, was mich von den Motionären erstaunt, ist, dass niemand über die 50m-Regel gesprochen hat. Zum Beispiel gerade in Wabern, an der Kirchstrasse: Wer nicht über den Fussgängerstreifen geht, welcher hier ultimativ gefordert wird und möglicherweise nicht einmal die Sichtweite einhält – ich möchte an die nahe Kurve erinnern – wer sonst quert, quert illegal. Die Kosten sind nicht hoch, man kann etwas gelbe Farbe aufmalen. Dort ist aber eine 30er-Zone mit flächigem Queren angedacht. Diese bleibt ja bestehen. Was passiert dann mit jenen, welche diesen Umweg zum Fussgängerstreifen nicht auf sich nehmen? Man hört, gerade schlecht mobile Leute, machen nicht gerne Umwege. Wo queren diese? Der Autofahrer wird sich auf den Fussgängerstreifen fokussieren und wird umso mehr erstaunt sein, wenn ihm zuvor schon jemand auf die Strasse läuft. Und diese Verantwortung, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die möchte ich in eurer Situation nicht übernehmen. Diese möchte ich weiterhin bei den Fachleuten lassen.

Ich habe heute mehrfach den Satz gehört: „Rad steht, Kind geht“. Das ist doch eine Regel, welche überall gilt, nicht nur vor dem Fussgängerstreifen. Das gilt absolut überall und gerade in einer 30er Zone, wo flächiges Queren ist, absolut auch. Es wurden Motionsantworten aus dem Bundesparlament zitiert. Selbstverständlich hat der Bundesrat gesagt, ja, man kann das. Und die Motionärinnen haben ja selbstverständlich auch nicht die aktuellsten Antworten auf die aktuellsten Vorstösse zitiert, sondern nur jene, welche ihrem Anliegen entsprechen. Doch der Bundesrat hat zu einem späteren Zeitpunkt auf einen gleichen Vorstoss die gleiche Haltung vertreten, wie wir als Gemeinderat und hat gesagt, lasst das System, wie es ist. Macht Fussgängerstreifen nur im äussersten Notfall.

Vom System, welches hier in Köniz praktiziert wird, war ich übrigens früher kein Freund. Ich hatte diesen 30er-Zonen keine grossen Chancen beigemessen, doch ich habe mich überzeugen lassen, dass diese effektiv einen Beitrag zur Sicherheit leisten und ich glaube, die Unfallstatistiken in der Gemeinde, zeigen dies auch. Wir haben keine nennenswerten Unfälle in der 30er-Zone ohne Fussgängerstreifen. Und ich gebe euch Recht, es besteht Unsicherheit. Aber es besteht Unsicherheit für alle Verkehrsteilnehmer und genau das ist der Grund und das System, dass eben jeder Verkehrsteilnehmer sich dies bewusst wird und aufmerksam ist.

Jetzt noch zu den jüngsten Verkehrsteilnehmern: Ob mit oder ohne Fussgängerstreifen, wenn ein Kind noch nicht so weit ist, dass es seinen Schulweg selber bestreiten kann, braucht dieses Begleitung. Und ich wage sogar zu behaupten, wenn es mein Kind wäre - ob Fussgängerstreifen ja oder nein - wenn ich nicht sicher bin, dass es die Geschwindigkeit und den Verkehr einschätzen kann, dann würde ich es nicht alleine gehen lassen.

Aus all diesen Gründen bitte ich euch, lasst doch die Verantwortung bei den Fachleuten und vertraut diesen. Übersteuert diese nicht. Ich warne euch eindringlich vor der Verantwortung, welche ihr hier heute Abend übernehmt. Darum folgt dem Antrag des Gemeinderats und lehnt die Motion ab.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 26 für erheblich Erklärung, 8 für Ablehnung)

PAR 2019/103

V1706 Postulat (SP, Ruedi Lüthi) „Verbesserung der Nachtbus-Angebote – mehr Freiheit für Nachteulen auch in Köniz“

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

1. Formelles

Der Vorstoss (SP, Ruedi Lüthi) „Verbesserung der Nachtbus-Angebote – mehr Freiheit für Nachteulen auch in Köniz“ wurde als Motion eingereicht und an der Parlamentssitzung vom 21. August 2017 als Postulat erheblich erklärt (Erstbeantwortung Beilage 1).

Mit diesem Geschäft wird dem Parlament die Abschreibung des Postulates beantragt.

2. Ausgangslage

Im Postulat beauftragt das Parlament den Gemeinderat, sich bei den zuständigen Instanzen dafür einzusetzen, dass die Nachtbus-Angebote auf dem Gemeindegebiet Köniz verbessert werden. Als Ziel werden insbesondere vier Punkte genannt:

1. Angebotsverdichtung in der Kernregion Bern (Libero-Zonen 100 und 101)
2. Direktere Linienführung und Erschliessung aller Ortsteile/Quartiere der Kernregion
3. Anrechnung bzw. reduzierte Moonliner-Tarife für Abo-Besitzerinnen und –Besitzer
4. Optimierung der Anschlüsse auf die letzten Fernverkehrszüge

In der Region Bern existiert seit 1997 die Nachtliniengesellschaft NLG, welche ein Nachtbusangebot unter dem Markennamen MOONLINER betreibt. Aktuell sind zehn Transportunternehmen daran beteiligt und betreiben 43 Linien, die an den Wochenenden (Fr, Sa) in den Regionen Bern, Biel, Solothurn, Thun und Berner Oberland die Nachtschwärmer sicher nach Hause bringen. In der Region Bern besteht zusätzlich ein reduziertes Angebot in den Donnerstagnächten. Seit der Gründung der Nachtliniengesellschaft nimmt BERNMOBIL die Geschäftsführung wahr.

3. Realisierte Massnahmen

Seit dem Verfassen des Postulats wurde eine wesentliche Änderung im gesamten Moonliner-Angebot realisiert, welche einen Bezug auf das Postulat aufweist:

Auf Antrag im regionalen Angebotskonzept 2018-2021 hat der Kanton im Rahmen des Angebotsbeschlusses 2018-2021 im Dezember 2017 (per Fahrplanwechsel 2018) die Verlängerung des Tagesbetriebes auf dem städtischen Gebiet und auf einigen Agglomerationslinien bestellt. Dies bedeutet, dass die Betriebszeit des Tages-ÖV bis ca. 01:15 Uhr nachts ausgedehnt wurde. Die Busse verkehren bis zu diesem Zeitpunkt im vom Kanton bestellten ÖV-Grundangebot (Abonnemente sind gültig, Betrieb durch Bernmobil). Mit der aktuell letzten Abfahrt im Grundangebot werden die Fern- und Regionalverkehrszüge am Bahnhof Bern abgenommen, welche ca. um 01:00 Uhr nachts dort eintreffen.

4. Laufende Massnahmen

Im August 2018 hat die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) einen Projektauftrag lanciert mit dem Ziel, das aktuelle Moonliner-Angebot zu verbessern. Ursache dafür sind rückläufige Fahrgastzahlen und eine Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit auf vielen Moonliner-Linien. Die Gemeinde Köniz ist mit dem Leiter der Abteilung Verkehr und Unterhalt im Begleitgremium dieses Prozesses aktiv vertreten.

Aktuell wird in diesem Prozess ein Konzept erarbeitet, mit dem das Angebot und die Wirtschaftlichkeit des Nachtangebots deutlich verbessert werden kann. Der Schlussbericht des Auftrags wird im Verlauf dieses Sommers 2019 durch die Kommission Verkehr der RKBM genehmigt werden und geht anschliessend vom 2. September bis 18. Oktober 2019 in die öffentliche Mitwirkung.

Folgende Eckpunkte kennzeichnen das neu erarbeitete Konzept:

- Betrieb des Nachtnetzes (01:00-05:00) durch Busse.
- Betriebs- und potenzialorientiertes Angebot (Bedienung der Aussenbereiche mit bedarfs- und nachfragegerechtem Busangebot). Die Optimierung gelingt durch effiziente Busumläufe im (Halb-)Stundenintervall.
- Stündlich fahren, wo Potenziale vorhanden sind und effizienter Betrieb möglich ist.
- Netzstruktur nachts soweit möglich gleich wie das Tagnetz (Wiedererkennung). Dies wird zu einer deutlichen Verbesserung des Angebots in der Kernregion Bern führen. Grosse Umwegfahrten und "Schleifen" in Köniz werden mit der Umsetzung des Konzepts der Vergangenheit angehören.
- In Köniz fahren die Tagnetz-Linien 9, 10, 17 und 19 neu auch im Nachtnetz und neu stündlich. Im Zentrumsbereich Köniz und Morillon/Wabern ergibt sich durch versetztes Fahren verschiedener Nachtbuslinien neu gar ein Halbstundentakt.
- Die Fernverkehrsankünfte um ca. 02:00 Uhr nachts können durch die geplanten Abfahrten der Linien nach Köniz und Wabern um 02:15 direkt abgenommen werden.
- Neu ist die Einbindung in den Tarifverbund und die Anerkennung der Abos (Libero, Halbtax, GA usw.) geplant. Abfahrten während der Zeiten des Nachtbetriebs sind zuschlagspflichtig (in der Schweiz "üblicher" Nachzuschlag von CHF 5.- pro Fahrt).

5. Finanzielle Auswirkungen

Der bisherige, maximale Defizitbetrag der angeschlossenen Gemeinden für den Betrieb des Nachtnetzes soll gegenüber heute unverändert bleiben. Die Gemeinde Köniz bezahlte im Jahr 2018 CHF 35'928.60 als Defizitbeitrag für die Nachtlinien.

Erfahrungen anderer Schweizer Agglomerationen zeigten, dass eine klare Angebotsverbesserung im Nachtangebot bereits nach wenigen Monaten bis Jahren eine deutliche Steigerung der Passagierzahl bringen kann. Sofern dies auch für das geplante Konzept in der Kernregion Bern zutrifft, könnte sich der Defizitbeitrag in Zukunft reduzieren.

6. Fazit

Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Parlamentsantrags ist das neue Nachtbus-Konzept vom seitens der RKBM beauftragten Bearbeiterteam noch nicht definitiv fertiggestellt und noch nicht öffentlich. Im Rahmen der Mitwirkung ab dem 2. September 2019 werden das neue Angebotskonzept für das Nachtnetz und dessen Finanzierungsmodell aber im Detail ersichtlich sein.

Sollte die Mitwirkung positiv verlaufen und sind die verbleibenden technischen und regulativen Hürden gemeistert, bringt das neue Nachtnetz-Angebot in der Kernregion Bern und in der Gemeinde Köniz Verbesserungen in einem Rahmen, wie sie im vorliegenden Postulat gefordert sind: (1) eine Angebotsverdichtung, (2) eine direktere Linienführung und Erschliessung, (3) die Anrechnung der Abos und (4) Abnahme der Anschlüsse der Fernverkehrszüge.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 19. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Parlamentsantrag Erstbeantwortung

Diskussion

Erstunterzeichner Ruedi Lüthi, SP: Ich beginne zuerst mit einem Rückblick: Der Vorstoss wurde seinerzeit von 26 Parlamentsmitglieder unterzeichnet und der ehemalige Gemeinderat hat im August 2017 trotzdem den Vorstoss abgelehnt. Hauptgrund war, dass es sich bei der Nachtbuslinie um eine freiwillige Aufgabe handelt. Der Vorstoss wurde dann einstimmig als Postulat überwiesen. Drei aktuelle Gemeinderatsmitglieder, welche damals noch im Parlament waren, haben den Vorstoss übrigens auch unterzeichnet.

Der Gemeinderat Köniz hat nun eine Studie mitgestaltet, mitgearbeitet. Dafür möchte ich der Direktion Planung und Verkehr und den Mitarbeitenden, welche hier mitgeholfen haben, ganz herzlich danken. Die Studie hat vier Varianten hervorgebracht: Und zwar die sogenannten Varianten 2 und 3, „Bahn plus“ und „Bahn kurz“, welche weiter bearbeitet werden sollen. Und diese sind auch schon der Bevölkerung zur Mitwirkung vorgelegt worden. Im Vorstoss enthalten waren vier Forderungen. Drei dieser vier Forderungen sind in beiden Varianten, welche weiterverfolgt werden, erfüllt bzw. könnten umgesetzt werden. Das sind die Forderungen nach der Verdichtung des Moonliner-Netzes, nach möglichst direkten Linien in alle Ortsteile und nach reduzierten Gebühren für jene, welche ein Abonnement haben. Noch unsicher ist die Forderung Nummer vier, welche verlangt, dass die Moonliner-Anschlüsse mit den letzten Fernverkehrszügen am Bahnhof garantiert wären.

Da dies nun nur noch ein Postulat ist, möchte ich trotzdem noch kurz auf diese Sache eingehen. Trotz allem gibt es nämlich auch noch Verschlechterungen: Am Donnerstagabend sollen die Nachtlinien wegfallen. Es soll zwar weiterhin eine gewisse Flexibilität da sein, wie zum Beispiel während der Fasnacht, an Silvester, bei Sportveranstaltungen, bei welchen man dieses Angebot trotzdem weiterführen würde.

Und auch an den Wochenenden wird es leider bereits wieder eine Verschlechterung geben: Wir wissen seit Januar 2019, dass die Linienbusse, welche in der Kernzone bis 01.15 Uhr fahren, nur noch bis 00.45 Uhr fahren werden. Danach sollen ab 01.15 Uhr die Nachtbusse zum Einsatz kommen, welche Gebührentulage verlangen. Die Nachtlinien werden weiterhin durch Billetgelder, Sponsoring und durch die Gemeinde bezahlt. Der Kanton beteiligt sich daran nicht. Man kann sagen, dass der einzige, welcher davon profitiert, der Kanton ist.

Was wird nun gemacht? Vorerst soll die Variante „Bahn Plus“ umgesetzt werden. Das sind vor allem jene Linien, welche man heute auch kennt und welche mit Bussen am Abend und in der Nacht betrieben werden. Doch diese Variante bringt zum Teil für die Bevölkerung in Köniz noch nicht so gute Verbesserungen, wenn ich an das Steinhölzli, Gurten, Spiegel oder Neumatt, Neuhausplatz denke, dort hat man beispielsweise den Anschlusszug um 01.15 Uhr oder 02.15 Uhr nicht. Um ins Steinhölzli zu gelangen fährt man nun nicht mehr 40 Minuten lang über Schliern, sondern man wartet nun am Bahnhof 45 Minuten bis der Bus kommt, welcher dann nur noch 10 Minuten Fahrt hat. Die Lösung wäre die Variante 3, also „Bahn kurz“. Das wären Nachtlinien mit der S-Bahn. Dort würden alle Züge um xx.15 Uhr auch fahren und das ist eine Kombination, welche man zum Beispiel auch in anderen Regionen kennt. So in Zürich, Basel oder Luzern.

Fazit: Alle Forderungen des Vorstosses wurden geprüft – das ist sehr gut, merci hierfür. Es liegen zwei Varianten vor, welche weiter verfolgt werden können und die Variante „Bahn kurz“ würde sogar alle Forderungen umsetzen. Die Variante „Bahn plus“, welche nun kommt, kann schneller umgesetzt werden, darum haben wir auch nichts dagegen, wenn dies so gemacht wird. Aber wir bitten den Gemeinderat dafür zu sorgen, dass die Variante „Bahn kurz“, welche alle Forderungen erfüllt, möglichst schnell umgesetzt wird. Und wir sind der Ansicht, dass der Kanton im Grunde auch an die Nachtlinien bezahlen sollte, wie dies in anderen Regionen ja auch der Fall ist.

Diese Wünsche hat die SP auch während der Mitwirkung vorgebracht und die SP-Fraktion wird mit diesem Hinweis das Postulat einstimmig abschreiben.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Wie wir der Antwort des Gemeinderats entnehmen können, ist geplant, dass BernMobil das Angebot bereits extrem ausweitet. Ruedi Lüthi hat zwei Varianten erwähnt, welche ihm gefallen würden.

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland hat im August 2018 den Projektauftrag erteilt, mit dem Ziel, das aktuelle Moonliner-Angebot zu verbessern.

Das neue Nachtbuskonzept des beauftragten Bearbeitungsteams ist sozusagen in der Finisherphase. Es ist aber noch nicht öffentlich. Wir haben von Ruedi Lüthi trotzdem schon etwas gehört. Da Köniz im Begleitgremium dieses Prozesses aktiv vertreten ist, kommen wir zu diesen Informationen, was alles geplant ist. Das entnehmen wir auch den unter 4. aufgeführten Eckwerten und dem Konzept der Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Dort erwähnt sind unter anderem die zeitliche Ausdehnung des Nachtnetzes, wo Potential und effizienter Betrieb vorhanden sind, das stündliche Fahren, die Netzstruktur in der Nacht, welche wenn möglich gleich wie das Tagnetz sein sollte, das Vermeiden von grossen Umfahrten und Schleifen usw.

Der bisherige maximale Defizitbetrag der angeschlossenen Gemeinden für den Betrieb des Nachtnetzes soll gegenüber von heute unverändert bleiben. Das heisst, Köniz wird auch weiterhin um CHF 36'000 berappen. Wir hoffen, dass die Nachtschwärmer das bald schon ausgeweitete Angebot nutzen. Ist die Nachfrage zu gering, kann und sollte der Betrieb wieder eingestellt werden. Es bringt nämlich nichts, wenn man zahlt und niemand es nutzt.

Für uns ist das Postulat erfüllt. Wir folgen dem Antrag des Gemeinderats und schreiben das Postulat ab.

Fraktionssprecher Grüne, Simon Stocker, Junge Grüne: Die Grüne-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat ganz herzlich für die Beantwortung dieses Postulats. Ich habe das Gefühl, Ruedi Lüthi hat hier schon sehr viele wichtige Punkte erwähnt und die erwünschten Varianten beleuchtet. Ich möchte hierzu gar nicht mehr sagen und ich halte mich allgemein kurz.

Ein wichtiger Punkt möchte ich noch erwähnen: Ich wohne selber ja in Oberwangen und es ist mir auch schon passiert, dass ich am Wochenenden nach Mitternacht unterwegs war. Und da muss ich leider sagen, dass sich das Angebot leider noch nicht verbessert hat: Während des Tages fahren hier ja nur Züge und das heisst, der letzte Zug fährt um 00.00h und der erste Moonliner um 02.30h. Das gleiche gilt übrigens auch für die gesamte obere Gemeinde, also alles ab Köniz. Das ist in der Beantwortung vergessen gegangen. Da habe ich mich gefragt, ob hier eventuell Sachen bei der Beantwortung verloren gegangen sind. Auf alle Fälle möchte ich sagen, dass wir erwarten, dass die obere Gemeinde und das Wangental nicht vergessen gehen. Alles in allem wird die Grüne-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Gemeinderat Christian Burren: Vorweg danke ich, dass ihr mit dem Gemeinderat einig seid, dass der Vorstoss abgeschrieben werden kann. Ruedi Lüthi hat es ja gesagt, es war ursprünglich eine Motion, wurde jedoch in ein Postulat umgewandelt, was eine Prüfung erfordert. Alle Punkte sind zum Teil erfüllt oder zumindest geprüft worden. Ich glaube, dann ist es auch richtig, wenn man den Vorstoss abschreibt.

Vielleicht noch eine Korrektur: Der Kanton bezahlt nicht gar nichts. Denn in Zukunft werden ja die Libero-Abonnemente gültig sein und man bezahlt nur noch CHF 5.00 Zuschlag. Und im Libero-Verbund, finanziert der Kanton mit. Es ist also nicht so, dass er gar nichts daran bezahlen würde. Es gibt eine Verbilligung, da die Abonnemente gültig sind.

Und die obere Gemeinde und das Wangental vergessen wir nicht. Aber man hat dort auch ein Problem und das Idealste für uns wäre, wenn die S-Bahn länger fahren würde. Doch dies ist noch kein Thema, wir sind selbstverständlich aber daran.

Ich danke, wenn ihr diesen Vorstoss zum jetzigen Zeitpunkt abschreibt.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich begrüsse an dieser Stelle Hans-Peter Kohler, welcher eingetroffen ist.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2019/104

V1714 Postulat (FDP Die Liberalen Köniz) „Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen“

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

1. Ausgangslage

Das Könizer Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen wurde vom Parlament im Januar 2017 beschlossen und trat am 1. April 2017 in Kraft. Das Reglement stützt sich auf das geänderte Raumplanungsgesetz des Bundes und das revidierte kantonale Baugesetz, wo rechtliche Vorgaben für die Erhebung des Ausgleichs von Planungsvorteilen gemacht werden.

Aufgrund verschiedener Einsprachen, Stellungnahmen und Vorstössen während des Frühling / Sommers 2017 beantragte der Gemeinderat dem Parlament einige Änderungen des Reglements, und das Parlament beschloss diese Änderungen am 18. September 2017. Die Änderungen sind seit dem 1. Dezember 2017 in Kraft.

An der Sitzung vom 18. September 2017 wurden die Punkte a-e des Vorstosses 1714 abschliessend behandelt. Mit diesem Bericht wird lediglich noch der zum Postulat erhobene Punkt f diskutiert und zum Beschluss vorgelegt. Aufgrund eines inhaltlichen Missverständnisses wurde dieser Punkt nicht abgeschrieben, da er nicht explizit im Mehrwertreglement geregelt worden ist.

2. Sachlage

Der Vorstoss 1714 verlangte unter Buchstabe f, dass

die Ausgleichspflicht mit angemessenen Mitteln, bspw. durch eine Anmerkung im Grundbuch für Dritte, erkennbar gemacht werden soll.

Gemeinderat und Verwaltung unterstützen das Anliegen, dass die Ausgleichspflicht für Dritte im Grundbuch erkennbar sein soll, voll und ganz. Das Anliegen ist auch umsetzbar, und zwar gestützt auf kantonales Recht (das heisst ohne dass eine Änderung des Könizer Reglements erforderlich ist): Gemäss dem kantonalen Recht (Art. 109a Bst. d1 EG ZGB) besteht für die Mehrwertabgabe ein gesetzliches Grundpfandrecht, und die Gemeinde Köniz wird diese Grundpfandrechte im Grundbuch eintragen lassen (Art. 109d Abs. 1 Bst. a EG ZGB). Das Grundbuchamt hat zugesichert, dieses Grundpfandrecht mit dem Zusatz „Mehrwertabgabe“ im Grundbuch einzutragen. Somit ist die Ausgleichspflicht für Dritte erkennbar.

Den Grundeigentümerschaften, welche potenziell durch eine Mehrwertabgabeverfügung innerhalb der Ortsplanungsrevision betroffen sind, wurde dieser Umstand mit dem Entwurf der Verfügung zur Kenntnis gebracht.

Die definitiven Verfügungen bezüglich Mehrwertausgleichs können erst versendet werden, nachdem die Planung in Kraft gesetzt worden ist. Dies bedingt nach erfolgreicher Volksabstimmung vom September 2018 in einem ersten Schritt die Genehmigung der Planung durch den Kanton und die abschliessende Bereinigung allfälliger Beschwerden gegen die Genehmigung der Ortsplanungsrevision. Dies wird aller Voraussicht nach noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Sobald die Ortsplanungsrevision oder eine andere mehrwertrelevante Planung in Kraft getreten sein wird, wird die Gemeinde die Mehrwertabgabeverfügungen versenden und die gesetzlichen Grundpfandrechte im Grundbuch eingetragen lassen.

Damit ist die Ausgleichsforderung der Gemeinde für Dritte im Grundbuch ersichtlich und dem Kern des Anliegens der Motionäre wird somit nachgekommen. Der Gemeinderat beantragt deshalb, diesen Buchstaben f der Motion, welcher als Postulat erheblich erklärt wurde, ebenfalls abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat Buchstabe – f) wird abgeschrieben.

Köniz, 18. September 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Beantwortung und teilweise Abschreibung V1714 Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) "Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen" vom 09.08.2017

Diskussion

Zweitunterzeichnerin Heidi Eberhard, FDP: Ich mache es kurz. Geschätzte Anwesende, gern gebe ich als Zweitunterzeichnerin des Vorstosses das Votum der FDP.Die Liberalen bekannt: Wie seinerzeit Hans-Peter Kohler an der Sitzung vom 18. September 2017 als Fraktionssprecher gesagt hat, war die FDP.Die Liberalen schon damals mit der Antwort des Gemeinderats und der Umsetzung der Motion vom 26. Juni 2017 sehr zufrieden. Die Buchstaben a) bis e) wurden im September 2017 abschliessend behandelt. Offen war noch Punkt f), welcher zum Postulat erhoben wurde. Zitat „die Ausgleichspflicht mit angemessenen Mitteln, bspw. durch eine Anmerkung im Grundbuch für Dritte, erkennbar gemacht werden soll. ...“ Der Gemeinderat führt in der Antwort zum heutigen traktandierten Geschäft unter Punkt 2 *Sachlage* in fünf Absätzen die weiteren Schritte und die Vorgaben exakt aus. Ich erspare euch das herunterlesen dieser Punkte. Wir entnehmen der Antwort, dass der Gemeinderat und die Verwaltung das Anliegen, das heisst, dass die Ausgleichspflicht für Dritte im Grundbuch erkennbar sein soll, voll und ganz unterstützt. Das Anliegen ist auch umsetzbar und das gestützt auf kantonales Recht und zwar ohne dass eine Änderung des Könizer Reglements erforderlich wird. Dabei erwähnt wird auch, dass sobald die Ortsplanungsrevision oder eine andere mehrwertrelevante Planung in Kraft tritt, die Gemeinde die Mehrwertabgabenverfügungen verschickt und die gesetzlichen Grundpfandrechte im Grundbuch eintragen lässt. Damit ist die Ausgleichsforderung der Gemeinde für Dritte im Grundbuch ersichtlich und dem Anliegen der Motionäre wird entsprochen und Rechnung getragen. Für die FDP.Die Liberalen ist die Motion resp. das Postulat inkl. Buchstabe f) somit erfüllt und erledigt. Wir danken für die erfolgten weiteren Abklärungen und stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu, das Postulat resp. eben auch den Buchstaben f) abzuschreiben.

Gemeinderat Christian Burren: Nur ganz kurz: Ich danke, dass ihr auch der Meinung seid, dass man dies diskussionslos abschreiben kann. Eigentlich hätte man den Buchstaben f) schon damals abschreiben können, nur war damals die Frage nicht ganz klar. Erfüllt hatte man das damals schon, doch man hatte dies nicht realisiert. Und bei der Geschäftskontrolle haben wir nach zwei Jahren nun festgestellt, dass die Abschreibung dieses Buchstabens f) noch nicht stattgefunden hat. Darum bringen wir dies hier. Formell ist dies alles erfüllt.

Beschluss

Das Postulat, Buchstabe f), wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2019/105

V1913 Interpellation (Grüne) „Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefährdung durch Mikroplastik aus Kunstrasenfeldern“

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Auch in Köniz gibt es bereits Kunstrasenfelder in verschiedenen Sportanlagen, und neue Anlagen sind in Planung. Kunstrasen ist praktisch, weil er ganzjährig bespielbar ist und auch bei hoher Beanspruchung und schlechtem Wetter sehr langlebig ist. Untersuchungen sowie Presseberichte haben in den vergangenen Wochen auf eine bis anhin wenig bekannte Problematik aufmerksam gemacht: Kunstrasenfelder gehören – neben Abrieb von Kunststoff im Strassenverkehr – zu den grössten Mikroplastikverunreinigern. Das eingestreute Plastikgranulat wird durch Regen, Schnee, Wind und Schuhe in die Umwelt getragen und gelangt dort in die Böden und in die Gewässer, wo es von Tieren aufgenommen wird oder liegen bleibt und zu Mikroplastik zersetzt wird. Eine Untersuchung des Bundesamts für Gesundheit hat auch gezeigt, dass Kunstrasen feine Partikel mit gesundheitsgefährdenden Stoffen freisetzt. Die langfristigen Konsequenzen für Fauna, Flora und Mensch, zu dem es über die Nahrungskette gelangt, sind noch kaum abschätzbar.

Angesichts dieser Problematik wird der Gemeinderat gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den bestehenden Studien? Falls ja, welches ist sein Fazit?
2. Sind Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit Kriterien bei der Entscheidungsfindung für Kunst- oder Naturrasen bei den Könizer Sportplätzen?
3. Hat der Gemeinderat bei den aktuell geplanten Sportplatzvorhaben (Ried, OZK, Lerbermatt...) verschiedenen Varianten von Kunstrasen und von Naturrasen auch hinsichtlich Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit geprüft? Mit welchem Resultat?
4. In welchem Verhältnis stehen die Könizer Kunst- und Naturrasenfelder bezüglich der Kosten bei der Erstellung, dem Unterhalt und der Entsorgung?
5. Wieviele Kilogramm Plastikgranulat müssen in Köniz jährlich auf den bestehenden Kunstrasenfeldern wieder aufgefüllt werden?
6. Ist der Gemeinderat im Dialog mit den Berner Gemeinden, welche bezüglich Kunstrasen erste politische Diskussionen gehabt (z.B. Worb, Ostermundigen) und praktische Erfahrungen gesammelt (z.B. Thun, Sportplatz und Strandbad) haben?
7. Ist der Gemeinderat bereit, bei bestehenden Kunstrasenfeldern Schutzmassnahmen zu ergreifen, damit möglichst kein Plastik in die Umwelt gelangt? Falls ja, welche?
8. Ist der Gemeinderat bereit, bei noch nicht erstellten Kunstrasenfeldern entweder Alternativen zu suchen oder von Beginn an bauliche und organisatorische Massnahmen zu planen (z.B. Anpassungen bei Drainage, spezielle Entsorgungsmassnahmen nach Schneeräumungen)?

Eingereicht

29. April 2019

Unterschrieben von 27 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Dominique Bühler, Elena Ackermann, Iris Widmer, David Müller, Matthias Müller, Casimir von Arx, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Heidi Eberhard, Toni Eder, Ronald Sonderegger, Mathias Robellaz, Reto Zbinden, Kathrin Gilgen, Katja Niederhauser, Cathrine Liechti, Mathias Rickli, Vanda Descombes, Christian Roth, Franziska Adam, Astrid Nusch, Tanja Bauer, Markus Willi, Arlette Mürger

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1

Zurzeit liegen keine Detailstudien zu genau diesem Thema „Mikroplastik aus Kunstrasenfelder“ vor. Einige sollen laut Presse in Arbeit sein. Das norwegische Umweltforschungszentrum Framsenteret wurde im Februar 2018 in der Presse zitiert, erhältlich ist diese Studie allerdings nicht. Das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik aus Oberhausen, Deutschland hat eine Konsortialstudie veröffentlicht, die sich mit Kunststoffen (Mikro- und Makroplastik) generell befasst. Darin befindet sich auch eine Aussage zu Kunstrasenfeldern.

Umweltforschungszentrum Framsenteret Norwegen

Auf der Webseite kann ein Bericht zu Gummigranulaten eingelesen werden, der sich allerdings nur zu recyklierten Granulaten aus Autoreifen beschränkt. Es werden nicht die Gummiteile per se kritisiert, sondern deren Auswaschung von Chemikalien durch das Wasser. Die heutigen Granulate verfügen über keine solchen Inhaltsstoffe mehr; siehe unten BAG.

Studie Fraunhofer-Institut

Das deutsche Fraunhofer-Institut hat im Juni 2018 die umfassendste und aktuellste Studie zum Thema, Kunststoffe in der Umwelt, veröffentlicht. In der dreijährigen Untersuchungszeit wurden 30 Verursachergruppen katalogisiert und quantifiziert.

Als Quelle für die Entstehung von Mikroplastik kursieren die Kunstrasen-Fussballplätze auf Platz 5, also relativ weit vorne in der Negativrangliste. Das überraschende Ergebnis, nach dem Hauptverschmutzer Reifenabrieb, ist vor allem dem Kunststoffgranulat geschuldet. Die Kunstrasenoberfläche wird damit verfüllt um die künstlichen Halme zu stützen und die Sportfunktionalität zu gewährleisten. Dieses kann durch Wind, durch die Spieler oder im Winter beim Schneeräumen abgetragen werden.

Bundesamt für Gesundheit (BAG)

Das BAG hat im Mai 2017 ein Faktenblatt mit dem Titel „Gesundheitsgefährdung durch Kunstrasen“ veröffentlicht.

Kein erhöhtes Gesundheitsrisiko, so lautet das Fazit der Risikobeurteilung. Gestützt wird diese Aussage durch die ECHA (Europäische Chemikalienagentur), die in einer eigenen Untersuchung in allen Punkten mit der Schlussfolgerung des BAG übereinstimmt. Wichtig zu wissen ist, dass die Untersuchungen Kunstrasenprodukte mit Gummigranulat aus Altreifen betreffen, die heute nicht mehr verbaut werden (in Köniz nie verbaut wurden). Die heutigen Granulate werden nach den strengen Definitionen des EU-Verbraucherschutzes für Umwelt und Gesellschaft hergestellt (Spielzeugnorm) und sind nicht schädlich.

Fazit

Kunststoffrasen für die Nutzung von Fussballplätzen war in der Vergangenheit bereits mehrfach in der Diskussion. Zu Beginn waren es sportfunktionelle Aspekte wie Hautverbrennungen, höheres Verletzungsrisiko etc., welche Fragen aufgeworfen haben. Vor einigen Jahren kamen dann gesundheitliche Risiken (Inhaltsstoffe), die zu bedenken führten. Die aktuelle Diskussion befasst sich nun mit den Auswirkungen der Verfüllstoffe (Granulate) auf die Umwelt.

Durch die Hilfestellung der FIFA wurden die Qualitätsstandards laufend verbessert und die neuen Kunstrasenprodukte werden bis zu den höchsten Spielklassen und Turnieren zugelassen. Sporttechnische Bedenken und Gesundheitsgefährdungen gehören heute für Bauherren und Planern, die auf dem aktuellen Stand der Technik sind, der Vergangenheit an.

Dagegen ist die Problematik der Granulate (die als Verfüllstoffe im Kunstrasen eingearbeitet werden) auf die Umwelt brandaktuell. Das BAG oder das BAFU haben dazu noch keine Stellungnahme veröffentlicht. Nach Rückfrage beschäftigt sich das BAFU zurzeit mit den Mikroverunreinigungen im Wasser, was eine höhere Priorität zu haben scheint. Allerdings ist die Problematik der Granulate, die sich fast überall finden lassen, offensichtlich. Kurzfristige Massnahmen sollen ergriffen werden.

2. Frage 2

Die Gemeinde versucht die Bevölkerung und im Besonderen die Jugendlichen zu mehr Sport und Bewegung zu animieren. Dies wird nicht zuletzt mit der ausreichenden Versorgung von Sportanlagen gewährleistet. Fussball bleibt nach wie vor die beliebteste Sportart bei Jugendlichen und Kindern. Die Fussball-Vereine boomen und haben alle Wartelisten für Kinder (insbesondere für Mädchen) die gerne ins Training aufgenommen werden würden. Teils liegt es an fehlenden Trainern, aber prioritär an der fehlenden Infrastruktur in Köniz.

Eine andere Aufgabe ist der haushälterische Umgang mit der Ressource Boden und dem Flächenverbrauch für Bauprojekte. Es ist aktuell kaum mehr möglich oder wenn, nur mit beträchtlichem Aufwand, entsprechend weiteres Land für Fussballplätze ein- oder umzuzonen.

Somit verbleibt die Lösung, bestehende Anlagen intensiver zu nutzen und/oder wo möglich auszubauen. Da bietet der Kunstrasen mit seiner höheren Nutzungsmöglichkeit und dem Winterbetrieb, im Vergleich zum Naturrasen, sehr gute Dienste.

Bedarfsermittlung

Bei jedem Investitionsvorhaben stehen am Anfang die Bedarfsermittlung und die Analyse der möglichen Lösungsvarianten. In Köniz existieren bereits Sportanlagenkonzepte die den Fehlbedarf von vier Fussballfeldern, insbesondere an ligatauglichen Fussballfeldern (Grösse 100 x 64 netto) ausweisen.

Aufgrund der vielen Fehlstunden (Trainingseinheiten) durch den Unterbestand an Fussballfeldern, sowie der Tatsache, dass die wenigsten der bestehenden Naturrasenfeldern einen sporttechnischen korrekten (EN-Norm) Aufbau aufweisen (nicht sehr belastbar), ist die Gemeinde Köniz fast gezwungen, die neuen Bauprojekte mit Kunstrasensystemen auszuführen.

Ein Naturrasen hat eine Leistungsgrenze von 700 bis 900 Stunden im Jahr, vorausgesetzt er ist nach einer EN-Norm gebaut. Beim Kunstrasen sind es 1'200 Stunden im Jahr, kann aber auch mehr sein. Er ist wetterunabhängig und kann auch im Winter bespielt werden, was wiederum den Vorteil hat, dass die Sporthallen freigespielt werden.

Vergabekriterien

Bei der Ausarbeitung der Projektgrundlagen werden die aktuellsten EN-Normen und das Qualitätsprogramm der FIFA berücksichtigt. Diese werden als feste Bestandteile in den Submissions- und Vergabeverfahren an die Unternehmer in den Eignungs- und Zuschlagskriterien eingearbeitet. Ein unabhängiges Prüforgan testet die verlegten Produkte dann auf alle geforderten Kriterien. Damit werden Produkte die den Ansprüchen für Umwelt, Gesundheit, Ökologie und Sporttechnik nicht genügen, früh ausgeschlossen resp. gar nicht zugelassen.

3. Frage 3

Bei jedem neuen Projekt werden die verschiedenen Ausführungsvarianten gründlich nach dem aktuellen Stand der Technik überprüft. Wie unter Frage 2 beantwortet stand bei der Systemwahl (Naturrasen vs. Kunstrasensysteme) der Naturrasen nur kurz zur Diskussion, da dieser die Projektziele (Nutzungsgrenze, Verfügbarkeit im Winter) nicht erfüllen kann. Weitere Varianten wurden überprüft:

Winternaturrasen

Ein neueres Produkt, das eine Nutzung im Winter zwar möglich macht (Aufbau mit Lavasand), aber dafür im Frühling regenerieren muss (2-3 Monate). Dieses System könnte eine valable Alternative zum Kunstrasen sein, wenn genügend Fussballfelder vorhanden sind, die während der Regenerationszeit als Ausweichstandort genutzt werden können.

Hybridrasen

Was anfänglich gut ausgesehen hat, ist für den Breitensport noch untauglich. Die Vermischung von Kunststofffasern mit der Rasentragschicht ist fragwürdig und im Unterhalt kaum zu handhaben. Diese Rasenflächen verdichten extrem schnell und können nur durch Profi-Maschinen wieder gelockert werden. Ein mehrmaliger Einsatz pro Jahr ist notwendig. Ausserdem muss man mit Mehrkosten von ca. CHF 400'000 rechnen.

Kunstrasen verfüllt

Sport- und referenztechnisch das beste Produkt. Der Nachteil ist das Granulat. Nicht gesundheitstechnisch sondern die möglichen Emissionen an Mikroplastik für die Umwelt. Neue Granulate aus Kork oder Kokosfasermischungen sind in der Prüfung. Ihre Nachteile sind das leichte Gewicht (werden zu leicht verweht), die Lebensdauer und die Staubentwicklung.

Der zusätzliche Pflegeaufwand und der Wasserverbrauch (Staub) sind bei diesen Systemen beträchtlich. Grosse Füllmengen müssen jährlich hinzugefügt werden. Diese Alternativen sind noch nicht ausgereift und wirken als Schnellschuss.

Kunstrasen unverfüllt

Beim Projekt in Niederscherli Bodengässli im Jahr 2013, waren diese Systeme sporttechnisch nicht befriedigend und erfüllten auch keine sporttechnischen Zertifikate. Heute ist das anders. Die FIFA hat die neuen Produkte zertifiziert, erreichen zwar noch nicht die höchsten Spielklassen, sind aber für Ansprüche der 1. Liga genügend. Die Schul- und Sportanlage im Ried wird mit diesem System ausgerüstet. Damit wird die Problematik des Mikroplastiks, durch den Verzicht der Verfüll-Granulate, auf ein Minimum reduziert.

Das Projekt im OZK wird wiederum separat analysiert und zum Zeitpunkt einer möglichen Ausführung nach neuen Erkenntnissen überprüft.

Die Sportanlage Lerbermatt gehört dem Kanton Bern (Gymnasium Lerbermatt) und erhält keinen Kunstrasen. Das bestehende Naturrasenfeld wird nur auf die Ligatauglichkeit 100 x 64) vergrössert.

4. Frage 4

Die Erstellungskosten eines Fussballfeldes variieren stark nach den örtlichen Begebenheiten und den geologischen Verhältnissen. Aber auch die Ligazugehörigkeit und deren Ausstattung beeinflussen die Projektkosten stark. Unabhängig von diesen projektspezifischen Kosten, können aber zum Aufbau und den Oberflächen eines Rasenfeldes relativ genaue Aussagen gemacht werden. Die nachfolgenden Kosten sind ohne Ausstattung, Sportplatzbeleuchtung und Ballfänge kalkuliert. Die Unterhaltskosten sind ohne die Eigenleistungen der Gemeinde ausgewiesen.

Kunststoffrasenfeld

Für den Bau eines ligatauglichen Feldes sind rund CHF 1'100'000 notwendig.

Im Unterhalt variieren die Kosten je nach Möglichkeit von Eigenleistungen durch die Gemeinde selber. Die beiden bestehenden Kunstrasenfelder in der Gemeinde Köniz werden durch die Hauswarte betreut. Mit der Anschaffung eines Kommunalfahrzeuges im Jahr 2017 können die Synergien zusammen mit anderen Umgebungsarbeiten (Platz- und Wegreinigungen, Schneeräumungen) genutzt werden. Der Kunstrasen Steinhölzli wird einmal im Jahr durch den Spezialisten tiefengereinigt und nachgranuliert. Das weil die Nutzungsstunden extrem hoch sind. Die Vereine lasten den Rasen mit ca. 35h/Woche eigentlich schon alleine aus. Dazu kommen noch die Nutzungen der Schule und den Freizeitsportlern. Die eigentliche Nutzungsgrenze liegt bei ca. 30h/Woche. Die externen Kosten liegen bei durchschnittlich CHF 4'500 im Jahr inkl. nachgranulieren.

Spezielle Entsorgungskosten gibt es im Alltag keine, da die Rückstände via normalen Kehrriech (KVA) entsorgt werden können. Nach einer Nutzungsdauer von ca. 12 bis 15 Jahren (je nach Nutzungsstunden) soll die Nutzfläche gewechselt werden; Kosten CHF 400'000. Die Entsorgungskosten (Verbrennung KVA mit Prüfzertifikat) der alten Spielfläche belaufen sich auf ca. 50'000.

Der Kunstrasen in Niederscherli Bodengässli, braucht heuer nach sechs Jahren Betrieb zum ersten Mal eine externe Pflege und eine Nachgranulierung. Kosten CHF 8'000.

Naturrasenfeld

Die Erstellungskosten liegen hier bei CHF 500'000, also rund der Hälfte gegenüber dem Kunstrasenfeld. Soll der Rasen rasch zur Verfügung stehen (meistens der Fall) kommen noch CHF 150'000 für Rollrasen dazu. Also muss mit CHF 650'000 gerechnet werden.

Die Unterhaltskosten sind hier stark durch die externen Leistungen betroffen. Da die Rasenfelder sehr intensiv genutzt werden, müssen sie entsprechend durch den Profi gepflegt werden. Die Rasenfelder werden jährlich gestriegelt, aerifiziert, gesandet und falls nötig mit einer Nachsaat versehen. Die Kosten liegen bei CHF 16'000 pro Rasenfeld. Dazu kommen 4 bis 5 Düngergaben pro Jahr für CHF 1'200.

Bei den Entsorgungskosten kommen die Grüngutmulden (Rasenschnitt) von insgesamt jährlich CHF 3'000 hinzu.

Lebensdauer versus Kosten

Der Naturrasen kann mit den richtigen Unterhaltsmassnahmen fast „ewig“ am Leben erhalten werden. Dagegen muss beim Kunstrasen nach ca. 15 Jahren die Nutzschicht ersetzt werden.

Berechnet man die beiden Systeme nach einem Zyklus von 45 Jahren (Lebensdauer der Unterbauten), ergeben sich fast identische Kosten pro Spielstunde, da der Kunstrasen rund 30% bis 40% intensiver genutzt werden kann.

Sommermonate wie im letzten Jahr 2018 können einen Naturrasen aber auch plötzlich sehr stark belasten. Ohne professionelle Bewässerung kann die Rasentragschicht rasch einen Totalschaden erleiden. Sanierung und Platzsperrung sind die Folgen.

5. Frage 5

Die errechneten Verlustmengen (500 bis 4'000 Kilogramm pro Platz und Jahr) in der Frauenhofer Studie sind nach Befragungen und Annahmen errechnet worden und scheinen im Vergleich zur Schweiz resp. Köniz extrem hoch. Die Studie untersuchte nicht wo die Emissionen landen, ob im Grundwasser, in der Erde oder im Abfall.

Die Menge, die gegebenenfalls durch Klärwerke und Reinigung zurückgewonnen werden ist nicht bekannt.

Kunstrasen Steinhölzli

Nach Prüfung der Rechnungen der letzten 10 Jahren, ergibt sich eine jährliche Menge von 1'000 Kilogramm. Der grösste Anteil davon wird im Winter durch das Schneefräsen neben den Platz geworfen. Nach der Schneeschmelze kann das Granulat durch die Hauswarte aufgenommen und entsorgt werden.

Kunstrasen Niederscherli

Durch die geringere Nutzung ist der Aufwand in der Pflege wie im Verlust der Granulate deutlich kleiner. Die obere Platzhälfte wurde seit der Erstellung vor 6 Jahren nie nachgranuliert. Die untere Hälfte wird dieses Jahr mit ca. 2 Tonnen nachgranuliert. Ergibt eine Menge von 340 kg pro Jahr.

6. Frage 6

Die Vertreter der Fachstellen Anlagen und Sport, aus den umliegenden Gemeinden, treffen sich einmal im Jahr zum Austausch aktueller Themen. Die Problematik der Kunstrasengranulate wurde bisher noch nicht diskutiert.

Weiter pflegt man einen regen Kontakt mit dem Bundesamt für Sport (BASPO). Das BASPO führt auch Studien durch, die für neue Analysen berücksichtigt werden. Zum Thema Mikroplastik liegt allerdings noch nichts Neues vor.

7. Frage 7

Grundsätzlich werden schon heute Massnahmen gegen die Verwehungen der Granulate gelebt. Die Hauswarte nehmen die neben dem Kunstrasenfeld liegenden Granulate bei der wöchentlichen Reinigung auf und entsorgen diese.

Beim Bau des zweiten Kunstrasenfeldes in Niederscherli wurde eine Tiefenreinigungsmaschine angeschafft, die durch die Hauswarte bedient werden kann. Damit werden jährlich anfallende, externe Kosten gespart und die Rückstände auf den Kunstrasenfeldern aufgenommen und entsorgt.

Durch die Anschaffung des neuen Kommunalfahrzeugs können die Hauswarte auch auf der Strasse fahren und so, mit dem Reinigungsgerät zwischen den Standorten Liebefeld und Niederscherli pendeln.

Das Intervall der Reinigungen könnte intensiviert werden, was sich aber auf die Reinigungsstunden der Hauswarte auswirken würde. Aktuell sollen aber genau diese Reinigungsstunden aus Spargründen linear reduziert werden.

Beim zukünftigen Ersatz der Nutzschicht, sollen unverfüllte Kunstrasensysteme eingebaut werden.

8. Frage 8

Wie in den oberen Fragen bereits beantwortet, wird jedes neue Sportplatzprojekt von Grund auf neu beurteilt. Weitere zu erwartende Fortschritte in der technischen Entwicklung der Rasensysteme, werden in zukünftigen Analysen berücksichtigt werden.

Weitere flankierende Massnahmen für den Betrieb vor Ort, wie zusätzliche Unterhaltsgeräte, müssen nach ihrer Effizienz überprüft werden. Diese belasten allerdings wie unter Frage 7 beantwortet, das Budget der Reinigungsstunden zusätzlich.

Weitere Massnahmen für die Entwässerung (Drainage) der Kunstrasenfelder sind im Moment nicht aktuell. Die Sickerwasser der Kunstrasensysteme sind durch das BASPO in einer Versuchsreihe untersucht worden. Zurzeit gibt es keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Beläge, die nach dem Stand der Technik gebaut werden, die Wasserqualität von Oberflächengewässern oder Grundwasser wesentlich oder gar gravierend beeinträchtigen könnten.

Im Ried wird ein unverfüllter Kunstrasen der neusten Generation verlegt werden (siehe auch Frage 3).

Köniz, 14. August 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Kurzfassung Konsortialstudie Fraunhofer-Institut *auf der Website unter den Parlamentsakten elektronisch verfügbar*
- 2) Faktenblatt Kunstrasen BAG
- 1) Auszug Internetseite Umweltforschungszentrum Framsenteret Norwegen *auf der Website unter den Parlamentsakten elektronisch verfügbar*

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, Grüne: Mikroplastik ist ein ernsthaftes und zunehmendes Problem. Es gibt verschiedene Quellen, aus welchen die Plastikverschmutzung her kommt und Kunstrasenfelder sind eine dieser Quellen. Und es ist eine dieser Quellen, für welche man auf Ebene Gemeinde die Verantwortung trägt und auch aktiv etwas dafür machen kann. Das war der Anlass zu dieser Interpellation und ich möchte dem Gemeinderat für die ausführlichen Antworten herzlich danken.

Es ist uns voll bewusst, dass wir in Köniz zu wenige und extrem ausgelastete Sportfelder haben und dass es immer um eine Abwägung von Bedarf, Kosten und Nutzen geht. Es ist aber auch klar, dass angesichts dieses Potentials von Umweltverschmutzung und auch Gesundheitsgefährdung dieser Aspekt mit in diese Abwägung und in die Planung von neuen oder zu ersetzenden Spielfeldern einbezogen werden soll. Und dass man so den langfristigen und auch ausgelagerten Kosten probieren müsste Rechnung zu tragen. Wir wollten mit dieser Interpellation darauf hin sensibilisieren und wir haben das Gefühl, dass uns dies auch gelungen ist.

Wir stellen fest, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung mit dieser Problematik auseinandergesetzt hat - dass wir dann noch 62 Seiten Studienmaterial im Anhang mit dazu erhalten haben, das hat mich persönlich gefreut, auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass dieses alle gelesen haben. So geht es doch in die richtige Richtung, nämlich dass die Politik auf Faktenbasis passiert und nicht auf Meinungen abstellt. In diesem Sinne bin ich zufrieden mit der Interpellationsantwort, möchte aber noch den einen oder anderen Punkt hervorheben:

Zur Frage 1: Wir sind sehr erfreut, dass es in Köniz keine Felder mit diesen krebserzeugenden PAK-Granulaten gibt und dass sich die Gemeinde dieser Problematik bewusst ist und auch mit relevanten Stellen Kontakt hat. Übrigens sind diese gefährlichen Granulate sehr oft auch in diesen Fallschutzmatten auf Kinderspielplätzen. Das war zwar nicht Teil dieses Fragenkatalogs, doch ich möchte gerne darauf hinweisen, dass auch das ein Problem ist. So arbeitet das BLG dazu und die EU prüft gerade einen neuen Grenzwert. In diesem Sinne möchte ich die Gemeinde anregen, da dran zu bleiben.

- Zur Frage 2 und 3: Der hohe Bedarf ist klar und ein Kunstrasenfeld kann auch Landverschleiss limitieren, zumal ja Naturrasenfelder ökologisch auch nicht sehr wertvolle Zonen sind. Doch wir erwarten, dass die Gemeinde basierend auf den vorliegenden Fakten beim Anlegen von Sportfeldern auch umwelt- und gesundheitsrelevante Kriterien miteinbezieht. Dass im Ried konkret ein unverfüllter Kunstrasen angelegt wird, nehmen wir sehr positiv und erfreut zur Kenntnis und hoffen, dass auch rundherum die zusätzlichen Massnahmen nicht vergessen werden, welche es braucht, damit man den Plastikeintrag in die Umwelt verhindern kann. Und wir hoffen doch auch, dass im OZK die neuesten Erkenntnisse und Möglichkeiten zur Anwendung kommen.
- In der Frage 5 bleiben noch einige Fragezeichen offen: Sind diese Zahlen in dieser Frauenhofer-Studie wirklich zu hoch oder sind die Zahlen der Gemeinde Köniz unvollständig? Lässt sich dieser grosse Unterschied in dieser verlorengegangenen Menge von Granulat zwischen Steinhölzli mit 1'000kg im Jahr und Niederscherli mit 340kg im Jahr nur mit der geringeren Nutzung erklären? Aus unserer Sicht besteht hier langfristig noch Bedarf, dies genauer anzuschauen.
- Und am Schluss geht es auch hier wie bei der Frage 8 um Kosten: Die langfristigen Kosten des Einsatzes von umwelt- und gesundheitsschädigendem Material, aber auch die kurzfristigen Kosten wie Unterhalt und Wiederauffüllung. Diesen Fragen muss sich unsere Gemeinde so wie andere Gemeinden stellen.

Apropos andere Gemeinden: Es gab ja auch die Diskussion in Worb, welche aufgezeigt hat, dass ein unverfüllter Rasen in der Anschaffung zwar knapp 10% teurer ist, in der Langzeitrechnung aber deutlich preiswerter im Unterhalt und in der Entsorgung. Ein Artikel in der Berner Tageszeitung hat im September getitelt: „Worb könnte allen zeigen wie es geht“. Und vielleicht kommen wir ja so weit – und das würde uns freuen – wenn dort eines Tages stehen würde „Köniz zeigt allen wie es geht“.

Gemeinderat Thomas Brönnimann: Vielen Dank Christina Aebischer für die Würdigung dieser Antwort. „Worb könnte allen zeigen wie es geht“, „Köniz zeigt es allen schon wie es geht“. Wir haben den unverfüllten Kunstrasen im Ried schon geplant, bevor in Worb diese Diskussion losgegangen ist und schon bevor ihr diesen Interpellationsvorstoss gemacht habt. Wir sind sensibilisiert – ich und meine Verwaltung. Ich bin dann einfach auch froh, wenn ihr finanziert. An mir soll es nicht liegen, dass ich euch das OZK bringe. Und wenn wir hier noch etwas über die Sportartengrenze hinausdenken, dann könnten wir vielleicht auch die Energieschleuder Schwarzwasserbrücke etwas ökologisch sanieren, doch das kostet dann auch immer etwas und da hoffe ich sehr, dass, falls es mal soweit ist, das Parlament dies dann auch unterstützt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/106

V1917 Interpellation (Grüne) „Wie sieht der neue Gemeinderat die Zukunft des Schlossareals?“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Das Schloss Köniz mit seinem wunderschönen Areal ist einzigartig und das historische Zentrum von Köniz. Mit seinem schier unbegrenzten Potential bietet der bedeutungsvolle Ort mit regionaler und überregionaler Ausstrahlung der Gemeinde Identifikation und einen wichtigen Platz für Kultur und Begegnung.

Die Eigentumsverhältnisse sind komplex (Gemeinde, Verein Rossstall, Kirchgemeinde) und zahlreiche Nutzende verfolgen auf dem Schlossareal ihre unterschiedlichen Interessen (Gemeinde, Verein Rossstall, Kirche, Verein Kulturhof Schloss Köniz VKSK, Musikschule MSK, Schulmuseum smb, Restaurant zum Schloss, Mieter Nebenräume).

Eine sinnvolle und strukturierte Weiterentwicklung des Schlossareals kann nur mit einer zentralen Koordination geschaffen werden. Dabei müssen die unterschiedlichen Ideen der entsprechenden Anspruchsgruppen und Akteurinnen und Akteure konsolidiert werden. Die Gemeinde spielt dabei eine zentrale Rolle.

Weil es zu viele Ansprechstellen gibt, kommt es beim Betrieb im aktuellen Alltag, aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Nutzer und Gemeinde, immer wieder zu Unklarheiten. Wir fragen deshalb den Gemeinderat:

1. Im Schlossareal sind alle Direktionen für unterschiedliche Fragen zuständig. Wie gliedern sich die Zuständigkeiten unter den Direktionen genau auf („wer ist für was auf dem Schlossareal verantwortlich“)?
2. Wie wird die Aufgabenerfüllung der verschiedenen Direktionen auf dem Schlossareal koordiniert? Wäre es aus Sicht des Gemeinderates nicht angezeigt, wenn eine einzige Stelle die verschiedenen Tätigkeiten koordinieren würde? Wenn nein, weshalb nicht?
3. Wie wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen Nutzergruppen des Schlossareals auch rechtzeitig über geplante Projekte der Gemeinde informiert werden, damit sie ihre Aktivitäten mit den Aufgaben der Gemeinde abstimmen können?
4. Hat der Gemeinderat eine Strategie für die Zukunft des Schlossareals? Wenn ja, wie sieht diese aus? Wenn nein, weshalb fehlt eine solche?
5. Welche Rolle kommt dem Kulturhof Schloss Köniz in dieser Strategie zu?
6. Wie fügt sich das Herausbrechen des Restaurants aus dem Leistungsvertrag mit dem Kulturhof Schloss Köniz in diese Strategie ein?

Eingereicht

27.05.2019

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Iris Widmer, David Müller, Elena Ackermann, Christina Aebischer, Ruedi Lüthi, Tanja Bauer, Lydia Feller, Markus Willi, Arlette Mürger, Christian Roth, Franziska Adam, Astrid Nusch, Heinz Nacht, Michael Lauper, Reto Zbinden, Erica Kobel, Dominic Amacher, Heidi Eberhard, Casimir von Arx, Cathrine Liechi, Lucas Brönnimann, Mathias Rickli

Antwort des Gemeinderates

- 1. Im Schlossareal sind alle Direktionen für unterschiedliche Fragen zuständig. Wie gliedern sich die Zuständigkeiten unter den Direktionen genau auf („wer ist für was auf dem Schlossareal verantwortlich“)?**

Für die Gebäude Habermuus, Chornhuus, Schüür und Alti Schryneri ist die Direktion Sicherheit und Liegenschaften **DSL** zuständig. Die Abteilung Liegenschaften vermietet die Räume und ist für den betrieblichen Unterhalt zuständig, die Abteilung Gemeindebauten betreut grössere Renovierungs- und Bauarbeiten an den geschützten Objekten.

Über die Direktion Präsidiales und Finanzen **DPF** laufen zwei Leistungsvereinbarungen mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz: der tripartite Vertrag, der das vom Verein veranstaltete Kulturprogramm definiert, sowie ein bilateraler Vertrag, in dem weitere Konditionen zur Nutzung und Bewirtschaftung der Liegenschaften und gleichwertige Leistungen (Miete und IT) geregelt sind.

Die Direktion Umwelt und Betriebe **DUB** ist zuständig für Betrieb, Pflege und Unterhalt des Schlossparks. Sie hat die Nutzung des Schlossparks in einem separaten Vertrag mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz geregelt.

Die Leistungsvereinbarungen mit dem Schulmuseum und der Musikschule werden durch die Direktion Bildung und Soziales **DBS** betreut. Die Aufsicht liegt bei der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport BSS.

Die Abteilung Verkehr und Unterhalt der Direktion Planung und Verkehr **DPV** unterhält das öffentliche Fusswegnetz zum Schlossareal inklusive Winterdienst und betreibt dort die öffentliche Beleuchtung. Die Planungsabteilung ihrerseits ist für planerischen Grundlagen und die baurechtliche Grundordnung (vgl. Art. 46 Schlosszone inkl. Plan 1 in Anhang II im neuen Baureglement) verantwortlich.

So ist sie bei Anpassungsbedarf bezüglich Art und Mass der Nutzung sowie Gestaltungs- und Erschliessungsfragen einzubeziehen. Das Bauinspektorat ist bei konkreten Bau(vor)anfragen zuständig.

2. Wie wird die Aufgabenerfüllung der verschiedenen Direktionen auf dem Schlossareal koordiniert? Wäre es aus Sicht des Gemeinderates nicht angezeigt, wenn eine einzige Stelle die verschiedenen Tätigkeiten koordinieren würde? Wenn nein, weshalb nicht?

Die zuständigen Abteilungen erfüllen ihre Aufgaben autonom und beziehen die übrigen beteiligten oder betroffenen Abteilungen bei Bedarf mit ein. Ein internes Koordinationsgremium besteht zurzeit nicht, nach Bedarf treffen sich aber die Abteilung Gemeindebauten, die Abteilung Liegenschaften und die Fachstelle Kultur, um anstehende Fragen zu besprechen. Der Gemeinderat anerkennt, dass eine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Gemeindeverwaltung die Zusammenarbeit mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz VKSK vereinfachen könnte.

3. Wie wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen Nutzergruppen des Schlossareals auch rechtzeitig über geplante Projekte der Gemeinde informiert werden, damit sie ihre Aktivitäten mit den Aufgaben der Gemeinde abstimmen können?

Die Informationspflicht gegenüber den Nutzergruppen liegt in der Verantwortlichkeit der zuständigen Direktionen oder Abteilungen. In der Regel funktionieren die Abläufe gut, erforderliche Notreparaturen und bauliche Sofortmassnahmen zur Vermeidung von Folgeschäden resp. Gewährung der Sicherheit müssen jedoch kurzfristig ausgelöst werden können.

4. Hat der Gemeinderat eine Strategie für die Zukunft des Schlossareals? Wenn ja, wie sieht diese aus? Wenn nein, weshalb fehlt eine solche?

Der Gemeinderat hat im vergangenen Winter Gespräche mit dem Verein Rossstall und dem Verein Kulturhof Schloss Köniz geführt, um sich über deren Ideen und Vorstellungen ein Bild machen zu können. Im Anschluss beauftragte er die Fachstelle Kultur in Zusammenarbeit mit der Abteilung Liegenschaften, einen Vorgehensplan für die weitere Entwicklung des Schlossareals vorzulegen. Der entsprechende Antrag wird dem Gemeinderat im Herbst 2019 vorgelegt. Welche Rolle kommt dem Kulturhof Schloss Köniz in dieser Strategie zu?

Die vertraglich geregelte Aufgabe des Vereins Kulturhof Schloss Köniz besteht in der Planung und Durchführung von 50 Kulturveranstaltungen pro Jahr. Der Verein leistet darüber hinaus aber noch wesentlich mehr (mehr Anlässe, Raumvermietungen etc.) und ist erste Anlaufstelle für Anfragen aller Art ist. Durch diese Funktionen ist er ein zentraler Akteur auf dem Areal, dessen Know-How in die zukünftige Planung einbezogen wird. Wie diese Rolle und die Aufgaben des Vereins in Zukunft aussehen, wird im Rahmen der anstehenden Planung und Entwicklung festgelegt.

5. Wie fügt sich das Herausbrechen des Restaurants aus dem Leistungsvertrag mit dem Kulturhof Schloss Köniz in diese Strategie ein?

Das «Herausbrechen» des Restaurants dient der Kostentransparenz. Vorher war es so, dass der Verein die Räumlichkeiten des Restaurants in Gebrauchsleihe (d.h. unentgeltlich) erhielt und diese für einen marktüblichen Zins vermietete. Somit erzielte der Verein die Einnahmen aus dem Restaurant, während die Gemeinde die Ausgaben für Unterhalt und Reparaturen finanzierte. Mit der entsprechenden Anpassung im bilateralen Leistungsvertrag sollten dem Verein daraus keine Nachteile erwachsen.

Köniz, 14.8. 2019

Der Gemeinderat

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichnerin Iris Widmer, Grüne: Vorab möchte ich meine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin selber Vorstandsmitglied des Kulturhofs.

Besten Dank dem Gemeinderat für diese Antworten. Die Antwort auf die Frage 1 zeigt auf, dass alle Direktionen für unterschiedliche Aspekte und Aufgaben im Schloss zuständig sind und das illustriert meines Erachtens den Koordinationsbedarf eindrücklich. In der Antwort auf die Frage 2 schreibt der Gemeinderat, dass die Direktionen autonom seien, jedoch bei Bedarf zusammen arbeiten würden. Immerhin anerkennt der Gemeinderat explizit, dass eine zentrale Anlaufstelle die Zusammenarbeit vereinfachen könnte. Meines Erachtens bedarf es einer solchen Stelle unbedingt. Das Vorgehen, dass man sich nach Bedarf trifft und dann immer wieder zusammen schaut, das funktioniert nicht, wie die Erfahrungen des Kulturhofs zeigen. Dieser hat die Erfahrung gemacht, dass die verschiedenen Tätigkeiten auf dem Schloss nicht immer koordiniert ablaufen, obwohl der Bedarf nach Koordination bestehen würde. Eine Institutionalisierung des Dialogs zwischen den Direktionen ist daher notwendig. Ich möchte dem Gemeinderat sehr ans Herz legen, zusammen mit dem Kulturhof die Errichtung einer solchen Koordinationsstelle anzugehen.

Hinsichtlich der Zukunft des Schlossareals, das war ja die eigentliche zentrale Kernfrage, ergibt sich aus der Antwort auf die Frage 4, dass die Fachstelle Kultur zusammen mit der Abteilung Liegenschaften einen Vorgehensplan für die Weiterentwicklung des Schlosses dem Gemeinderat unterbreiten muss. Dieses Papier sollte im Herbst 2019, also jetzt, entscheidungsreif sein.

In der Vergangenheit war das Schlossareal ja immer wieder ein Thema. Über Jahre hinweg hat man sich schon viele Überlegungen gemacht. Man hat Studien erstellt, hatte viele Ideen vom Hotelbetrieb bis zum Seminarzentrum gehabt und man hat auch über die Organisationsform nachgedacht, wie Stiftung etc. Ich warte sehr gespannt auf die Ergebnisse aus diesem Papier. Ich kann hier keine neuen Fragen stellen, ich weiss, ich bin hier im Rahmen einer Interpellation. Aber vielleicht kann ja der Gemeinderat oder die zuständige Gemeindepräsidentin von sich aus vielleicht noch etwas ergänzen, ohne dass ich jetzt gleich wieder einen Vorstoss machen muss um hier mehr zu erfahren. Was ist beabsichtigt? Was sind die Visionen des Gemeinderats und wie ist der Zeitplan? Vielleicht ergibt sich die Gelegenheit, etwas dazu zu sagen.

Jedenfalls hoffe ich, dass der Gemeinderat bei der Erarbeitung einer Strategie die verschiedenen Eigentümer und Nutzergruppen partizipativ einbezieht.

Nun zur Frage 6: Hier geht es um das Herausbrechen des Restaurants aus dem Leistungsvertrag mit dem Kulturhof. Aus dieser Antwort kann man immerhin herauslesen, dass dies nicht Teil einer übergreifenden Strategie zur Arealentwicklung war, sondern sowohl „banale“ als auch wichtige finanztechnische Gründe hatte. Gemäss dem Gemeinderat sollte dem Verein daraus kein Nachteil erwachsen, dennoch ist das Herausbrechen des Restaurants sicherlich nicht ideal für den Kulturhof. Für den Erfolg beider ist es wichtig, dass diese beiden sehr gut zusammenarbeiten. Zwar kann der Kulturhof bei der Auswahl des Leistungserbringers beim Restaurant mitreden, das ist sicherlich sehr hilfreich, doch es gilt auch genau zu beobachten, wie sich dies entwickelt.

Ich bin teilweise befriedigt von der Antwort. Ich danke bereits jetzt der Gemeindepräsidentin für allfällige weitere Ausführungen zu diesem Thema.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger: Ich beantworte gerne die Fragen, welche zwar nicht gestellt wurden, aber im Raum stehen. Die Antwort des Gemeinderats wurde Mitte August verabschiedet und wir haben an verschiedenen Orten darauf hingewiesen, dass noch Arbeiten am Laufen sind. Und ja, in der Zwischenzeit wurde gearbeitet und darum beantworte ich die Fragen gerne noch etwas aktueller: Bei der Frage 2 haben wir Mitte August geschrieben, dass der Gemeinderat anerkenne, dass eine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung das Leben im und um das Schloss vereinfachen würde. Ich kann hierzu sagen, dass wir dies Ende Oktober im Gemeinderat intensiv diskutiert haben und jetzt den Auftrag an die Fachstelle Kultur gegeben haben, dem Gemeinderat bis Ende März einen Vorschlag vorzulegen, wie man dies angehen könnte. Konkret geht es dort darum zu schauen, dass man innerhalb der Verwaltung besser koordiniert und auch dass es gegen aussen eine einheitliche Anlaufstelle gibt.

Was die Frage 4 bezüglich Strategie für die Zukunft des Schlossareals angeht: Auch hier hat man viel diskutiert und da haben wir festgestellt, dass in den letzten 20 Jahren bereits viel gedacht, geschrieben und studiert wurde. Auch Studien wurden gemacht und wir haben uns dazu entschlossen, dass man dies alles sehr sorgfältig anschaut um zu wissen, welche Grundlagen wir haben, bevor wir den nächsten Schritt machen und wieder ein neues Konzept in Auftrag geben.

Hier haben wir uns vorgenommen, dass dies bis Ende 2020 zusammen mit den Beteiligten auf dem Schlossareal gemeinsam in Workshops erarbeitet werden soll und der Gemeinderat dann aufgrund dieser Ergebnisse die nächsten Schritte entscheidet.

Ich möchte hier noch kurz festhalten, dass auf dem Schloss viel Gutes läuft und ja, es hat hier oben beinahe unbeschränktes Potential. Es gibt auch ganz viele Ideen, was man machen könnte. Wir haben hier aber als Gemeinde auch grosse Verantwortung, denn dies sind alte und historische Gebäude, zu welchen wir Sorge tragen müssen. Ich glaube es hilft hier niemandem, wenn wir hier einfach reinspringen. Darum mag man uns auch verzeihen, dass wir hier nicht etwas sehr innovatives und neuartiges aus dem Boden gestampft haben, sondern das Ganze etwas gemächlicher angehen. Ich glaube, es gilt hier nichts zu übereilen, sondern eine sorgfältige Aufarbeitung zu machen und diese so gut wie möglich zu koordinieren.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

PAR 2019/107

V1918 Interpellation (Mitte Fraktion BDP-CVP-EVP-glp) „Die Gemeinde Köniz und das Notariatswesen“

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Während andere Kantone das sogenannte Amtsnotariat kennen, wird das Notariatswesen im Kanton Bern von selbständigen Notarinnen und Notaren betrieben. Das Berner Notariatswesen ist dennoch stark reguliert. Gegenwärtig wird das Notariatsgesetz revidiert. Unter anderem soll dieses liberaler und marktnäher ausgestaltet werden.

Auch die Gemeinde Köniz bezieht notarielle Dienstleistungen.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie oft bezieht die Gemeinde Köniz Notariatsdienstleistungen? Wie hoch waren in den letzten zehn Jahren die Kosten hierfür?
2. Im Rahmen des heutigen Notariatsgesetzes besteht eine Tarifbandbreite. Nutzt die Gemeinde den diesbezüglichen Spielraum, um ihre Kosten zu optimieren?
3. Wie sieht das Vergabeverfahren der Gemeinde Köniz für Notariatsdienstleistungen aus?
4. Wie viele verschiedene und welche Notar(inn)en hat die Gemeinde Köniz in den letzten zehn Jahren beauftragt? Werden auch ausserkantonale Notar(inn)en beauftragt?
5. Gibt es aus Sicht des Gemeinderats im Berner Notariatswesen einen funktionierenden Markt?

Eingereicht

27.05.2019

Unterschrieben von 15 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Heidi Eberhard, Heinz Nacht, Ruedi Lüthi, Elena Ackermann, Iris Widmer, Christina Aebischer, Bernhard Zaugg, Matthias Müller, Toni Eder, Katja Niederhauser

Antwort des Gemeinderates

Bevor die Fragen beantwortet werden, sind einige Vorbemerkungen nötig:

- Wir beschränken uns bei den Antworten auf den Bereich der Grundbuchgeschäfte. Die Bereiche Erbschaften, Firmengründungen usw. welche auch zum Notariatsgeschäft gehören, werden nicht behandelt. Die Gemeinde hat damit nur selten zu tun und / oder hat keine Entscheidungskompetenz.
- Im Kanton Bern ist es üblich, dass der Käufer, der Baurechtsnehmer eines Grundstücks oder der Dienstbarkeitsberechtigte die Verschreibungskosten bezahlt. Demzufolge kann er auch den Notar bestimmen.
- Die Honorarnote setzt sich aus drei Teilen (Gebühr, Honorar und Auslagen/Drittkosten) zusammen. Die Notariatsgebühr wird aufgrund des Bedeutung des Geschäftes und der übernommenen Verantwortung bemessen. Je nach der beanspruchten Dienstleistung (z.B. Errichtung von Dienstbarkeiten, Übertragung von Grundeigentum: Kauf, Tausch, Schenkung) stellt der Notar dafür Rechnung. Der Betrag muss sich innerhalb einer Bandbreite (Bemessungsgrundlage) bewegen. Ob der obere oder der untere Bereich der Bandbreite in Rechnung gestellt wird, hängt u.a. von der Komplexität und Verantwortung des Auftrags ab. Der zweite Teil der Rechnung besteht aus dem Honorar. Dieses fällt bei aufwendigen Sachverhalten an, und / oder wenn sich die beteiligten Parteien nicht einig sind und der Notar Vertragsverhandlungen führen und zahlreiche Entwürfe herstellen muss. In solchen Fällen kann das Honorar wesentlich höher sein als die Gebühr. Die Stundenansätze, welche die Notare anwenden, sind sehr unterschiedlich. Auf dem Platz Bern reichen sie von ca. 160.-- CHF pro Stunde für den Notar bis deutlich über 300.-- CHF. In den meisten Notariatsbüros werden die erbrachten Leistungen minutiös festgehalten und jeweils der Rechnung beigelegt. Der in Rechnung gestellte Betrag kann dadurch nachvollzogen werden.
- Der dritte Teil setzt sich aus den Auslagen und Drittkosten zusammen wie zum Beispiel die Geometerkosten, Kopien usw. In extremen Fällen können diese mehr ausmachen als die beiden anderen Teile.

Frage 1

Wie oft bezieht die Gemeinde Köniz Notariatsdienstleistungen? Wie hoch waren in den letzten zehn Jahren die Kosten hierfür?

Diese Frage kann man nicht genau beantworten. Die Dienstleistungen des Notars hängen häufig mit einem Bauprojekt zusammen. In den betreffenden Baukrediten wird ein Betrag für Geometer, Notar und Grundbuch eingestellt. Dieser macht in der Regel im Verhältnis zum Gesamtkredit einen sehr kleinen Teil aus. Zudem dauern solche Bauwerke häufig mehrere Jahre und die letzte Rechnung des Notars kommt erst, wenn das Grundbuch das Geschäft verarbeitet hat. Das kann ohne weiteres ein Jahr oder länger dauern.

Man kann von einem durchschnittlichen Auftragsvolumen von 50 bis 100'000.-- CHF pro Jahr ausgehen, verteilt auf 30 bis 50 Einzelaufträge. Diese werden nicht statistisch erfasst, d.h. eine Rekonstruktion über 10 Jahre wäre sehr aufwendig.

Frage 2

Im Rahmen des heutigen Notariatsgesetzes besteht eine Tarifbandbreite. Nutzt die Gemeinde den diesbezüglichen Spielraum, um ihre Kosten zu optimieren?

Die Gemeinde nützt den Spielraum aus, wobei der Notar mit den „billigsten Tarifen“ nicht der günstigste ist, wenn er mehr Instruktionen braucht und Fehler produziert. Die zu teuren Büros, also jene die hohe Honorarstundenansätze und die maximale Bemessungsgrundlagen anwenden sind bekannt und erhalten keine Aufträge.

Bei Grundbuchgeschäften kann, ohne das Geschäft vorgängig genau zu kennen, der erforderliche Aufwand häufig nicht oder nicht genau abgeschätzt werden. Eine Offerte würde sich daher auf den anzuwendenden Tarif und auf den Stundenansatz des Notars und seiner Angestellten beschränken, nicht aber eine Gesamtsumme enthalten. Wenn beispielsweise ein Grundstück zerstückelt wird, müssen die darauf lastenden Dienstbarkeiten entweder übertragen oder gelöscht werden. Dazu muss der Notar die bestehenden Dienstbarkeitsverträge und die dazugehörenden Pläne konsultieren. Viele dieser Verträge stammen aus der Zeit vor dem ZGB (vor 1912), wurden handschriftlich (z. T. in Spitzschrift) abgefasst und Pläne fehlen. Die Verortung der Rechte ist in solchen Fällen eine aufwendige Detektivarbeit. Früher wurden solche Dienstbarkeiten bei Abparzellierungen der Einfachheit halber oft auf alle Grundstücke übertragen. Insbesondere bei Durchleitungsrechten kam dies häufig vor.

Das hat dazu geführt, dass viele Grundstücke mit Dienstbarkeiten belastet sind, welche örtlich nicht zutreffen. Solche "Altlasten" werden heute in der Regel bereinigt.

Frage 3

Wie sieht das Vergabeverfahren der Gemeinde Köniz für Notariatsdienstleistungen aus?

Notariatsgeschäfte fallen einzeln an, und sie werden auch einzeln vergeben. Sie werden freihändig vergeben, da die Schwelle von CHF 150000 (zum Einladungsverfahren) nie erreicht wird. Das Verfahren der freihändigen Vergabe von Notariatsaufträgen ist nicht geregelt (z.B. durch Reglement oder Weisung). Im Folgenden wird beschrieben, was Usus ist.

Der Notar wird nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- Ist er bereits in das Geschäft involviert? (Begründung: Vorkenntnisse erleichtern die Instruktion (Zeitersparnis) und vermeiden Fehler.
- Ist sein Büro geographisch in der Nähe des Objekts? (Begründung: Kurze Wege für alle Beteiligten).
- Passt er zu den anderen Vertragsparteien? (Begründung: Erfolgreiche Notariatsgeschäfte setzen voraus, dass alle beteiligten Parteien dem zu beauftragenden Notar vertrauen. Wenn dies bei einer Partei nicht der Fall ist, lohnt es sich in der Regel, einen anderen Notar auszuwählen).
- Hat er die Fähigkeiten, um das Geschäft möglichst ohne Komplikationen abzuwickeln? (Begründung: Die Leistungsfähigkeit resp. die Fehlerhäufigkeit der verschiedenen Notare ist sehr unterschiedlich).
- Hat das Büro des Notars genügend Kapazität, um ein grösseres Geschäft speditiv abzuwickeln? (Begründung: der günstigste Tarif nützt nichts, wenn das Geschäft jahrelang liegen bleibt).
- Nimmt der Notar überhaupt Aufträge aus dem Bereich Grundbuch / Sachenrecht an? (Begründung: Diverse Notariatsbüros haben sich eher auf Firmengründungen, Nachfolgeregelungen, Erbschafts- und Steuergeschäfte spezialisiert. Wenn Grundbuchgeschäfte nur gelegentlich verarbeitet werden, fehlt die Übung. Es entstehen Fehler und Mehrkosten).
- Welche Aufträge hat das Büro in der letzten Zeit erhalten? (Begründung: gleichmässige Verteilung von aufwendigen und weniger aufwendigen Aufträgen).

Frage 4

Wie viele verschiedene und welche Notar(inn)en hat die Gemeinde Köniz in den letzten zehn Jahren beauftragt? Werden auch ausserkantonale Notar(inn)en beauftragt?

Wir gehen davon aus, dass alle in Köniz ansässigen Notariatsbüros, welche sich überhaupt mit Grundbuchgeschäften befassen, in den letzten 10 Jahren Aufträge erhalten haben. Hinzu kommt eine grössere Anzahl stadtberner Büros und eine kleinere Anzahl stadtnahe. Die Auswahl ist eine Folge der oben erwähnten Kriterien.

An ausserkantonale Büros wurden mit Sicherheit keine Aufträge erteilt.

Frage 5

Gibt es aus Sicht des Gemeinderats im Berner Notariatswesen einen funktionierenden Markt?

Diese Frage kann vom Gemeinderat nicht beantwortet werden. Wie oben erwähnt, ist der Preis einer Dienstleistung nur eines unter mehreren Kriterien. Kenntnisse, Kapazität und Vertrauen sind wichtiger. Was je nach Auffassung noch stört, ist die Quersubventionierung der sog. kleinen Geschäfte durch die grossen. Um dies zu ändern, bräuchte es einen Entscheid auf der Ebene des Kantons.

Köniz, 14. August 2019

Der Gemeinderat

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichner Casimir von Arx, GLP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort zu dieser Interpellation, zu einem Thema, das hier nicht oft diskutiert wird. Ich erkläre mich als von der Antwort befriedigt.

Neben den Ausführungen zum Kernthema der Interpellation, also den Notariatsgeschäften der Gemeinde Köniz, enthält die Antwort auch ein paar erwähnenswerte Zusatzinformationen. Zum Beispiel finden wir unter Frage 2 einen interessanten Exkurs zur Geschichte der Dienstbarkeitsverträge und Grundbucheinträge.

Kommen wir aber von der Vergangenheit zur Gegenwart. Ich fahre gleich mit einer bemerkenswerten Beobachtung fort. Wir erfahren nämlich Folgendes:

1. Der Gemeinderat kennt die „zu teuren“ Notariatsbüros, „also jene die hohe Honorarstundenansätze und die maximale Bemessungsgrundlagen anwenden“. Ich lasse das mal so stehen. Diese Büros bekommen von der Gemeinde keine Aufträge.
2. Der Gemeinderat geht davon aus, dass alle in Köniz ansässigen Notariatsbüros, die Grundbuchgeschäfte bearbeiten, in den letzten 10 Jahren Aufträge bekommen haben.
3. Aus 1. und 2. können wir schlussfolgern, dass es in Köniz keine zu teuren Notariatsbüros gibt, jedenfalls keine, die sich mit Grundbuchgeschäften befassen. Das ist gut zu wissen.

Nun aber ein paar politische Anmerkungen:

- Zur Vergabe von Notariatsgeschäften hat der Gemeinderat keine Weisung. Die Aufträge werden freihändig vergeben. Beim Stichwort „freihändige Vergabe“ werden Parlamente hellhörig.
- Wie wir erfahren, gibt es aber bestimmte informelle Kriterien für die Wahl eines Notars oder einer Notarin, aufgelistet unter Frage 3. Zum Beispiel Vorkenntnisse, Leistungsfähigkeit und die Akzeptanz durch die involvierten Parteien. Die Kriterien erscheinen mir vernünftig. Gestolpert bin ich einzig über das Kriterium „gleichmässige Verteilung von Aufträgen“: Das tönt nach Giesskannenprinzip. Da werden liberale Parlamentsmitglieder hellhörig.

Trotz Vorhandensein dieser Kriterien könnte man die Vergabe von Notariatsaufträgen wohl noch etwas systematischer ausgestalten. So könnte man bei grossen Geschäften, wie sie die Gemeinde sicher vergibt, durchaus ein Vergabeverfahren durchführen. Für kleinere Geschäfte wäre es denkbar, einen Rahmenvertrag für eine bestimmte Dauer auszuschreiben. Dies einfach als Anregung für den Gemeinderat.

Ich schliesse mein Votum mit einer letzten Anmerkung und wechsele dazu von der Gegenwart in die Zukunft: Das Thema Notariatsgeschäfte hat auch einen aktuellen Bezug. In Kürze kommt das revidierte Notariatsgesetz in den Grossen Rat. Der Gemeinderat hält fest, dass ihn am heutigen Notariatsmarkt stört, dass kleinere Geschäfte durch grössere quersubventioniert werden. Diese Quersubventionierung bedeutet eine Abweichung von der Kostenwahrheit und damit vom Verursacherprinzip. Die Antwort des Gemeinderats erweckt daher den Eindruck, dass er Sympathien für die vom Regierungsrat vorgeschlagene Gesetzesrevision hat. Diese würde nämlich derartige Quersubventionierungen reduzieren. Im Grossen Rat gibt es allerdings Bestrebungen, der Gesetzesrevision die Zähne zu ziehen und eine marktnähere Ausgestaltung des Notariatsgesetzes zu bremsen. Ob letztere also wirklich kommt, das weiss wohl nicht einmal der Gemeinderat und da lassen wir uns überraschen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Sandra Röthlisberger trifft ein. Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/108

V1920 Interpellation (SP) „Beiträge für Kinder- und Jugendvereine“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Seit 2018 betragen die Pro-Kopf-Beiträge für Kinder- und Jugendvereine der Gemeinde Köniz Fr. 50.00. Laut Jahresbericht wurden im Jahr 2018 3178 Kinder und Jugendliche mit Pauschalbeiträgen unterstützt.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Unterlagen muss ein Verein einreichen, der Beiträge beantragt?
2. Wo ist geregelt, an wen Beiträge ausbezahlt werden?
3. Werden die Angaben der Vereine auf Plausibilität kontrolliert? Hier interessiert insbesondere die Anzahl sowie Alter der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen.
4. Der Bund verzichtet im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung seit 2014 darauf, an Vereine mit «missionarischem» Ziel Beiträge auszurichten. Wird in Köniz kontrolliert, welchen Zweck die Vereine gemäss Statuten primär verfolgen?
5. Falls ein Verein keine Beiträge erhält, obwohl er sie vorschriftsgemäss beantragt hat, wie kann er vorgehen?

Eingereicht

24.06.2019

Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern

Astrid Nusch, Franziska Adam, Christian Roth, Vanda Descombes, Arlette Münger, Reto Zbinden, Mathias Rickli, Lydia Feller, Tanja Bauer, Ruedi Lüthi, David Müller, Elena Ackermann, Michael Laufer, Iris Widmer, Christina Aebischer, Dominique Bühler, Beat Biedermann, Casimir von Arx, Heinz Nacht, Mathias Robellaz

Antwort des Gemeinderates

1. Welche Unterlagen muss ein Verein einreichen, der Beiträge beantragt?

Die Jugendorganisationen und –vereine reichen bei der Fachstelle Alter, Jugend und Integration, FAJI zusammen mit dem Gesuchsformular eine Liste mit allen jugendlichen Mitgliedern im Alter bis zu 18 Jahren ein, welche in der Gemeinde Köniz wohnhaft sind.

2. Wo ist geregelt, an wen Beiträge ausbezahlt werden?

Es gelten die „Grundsätze über die Ausrichtung von Pauschalbeiträgen für Kinder und Jugendliche“ (aktuelle Version Dezember 2017). Diese Grundsätze sind zurzeit in Überarbeitung. Auf den Erhalt von Pauschalbeiträgen besteht grundsätzlich kein Anspruch. Es kam in den vergangenen Jahren jedoch nie vor, dass ein Beitragsgesuch abgelehnt wurde, wenn die Voraussetzungen entsprechend den Grundsätzen gegeben waren.

3. Werden die Angaben der Vereine auf Plausibilität kontrolliert? Hier interessiert insbesondere die Anzahl sowie Alter der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen.

Anhand der Daten in der Einwohnerkontrolle werden die Listen durch die FAJI konsequent und vollständig hinsichtlich Alter und Wohnort überprüft. Es kann jedoch nicht überprüft werden, ob die aufgeführten Kinder und Jugendlichen tatsächlich (noch) Mitglieder der gesuchstellenden Vereine sind.

4. Der Bund verzichtet im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung seit 2014 darauf, an Vereine mit «missionarischem» Ziel Beiträge auszurichten. Wird in Köniz kontrolliert, welchen Zweck die Vereine gemäss Statuten primär verfolgen?

Die Vereine und Organisationen müssen im Antragsformular den Verwendungszweck der Beiträge deklarieren, Statuten oder ähnliche Unterlagen müssen nicht eingereicht werden und könnten durch die FAJL auch nicht konsequent überprüft werden. In den vergangenen 15 Jahren hat die FAJL jedoch in zwei Fällen bei der Fachstelle für Sektenfragen, Infosecta abgeklärt, ob bei den Gesuchstellern von einer sektiererischen Tätigkeit ausgegangen werden muss. In einem Fall wurde die Beitragsentrichtung abgelehnt. Nicht als Vereine mit missionarischem Ziel gelten hingegen jene Organisationen, die einer der offiziellen Landeskirchen angeschlossen sind oder aus diesen gegründet wurden (z.B. Pfadfinder St. Josef oder CEVI Jungschar etc.)

5. Falls ein Verein keine Beiträge erhält, obwohl er sie vorschriftsgemäss beantragt hat, wie kann er vorgehen?

Der Verein (oder die Organisation) kann sich in diesem Fall an die FAJL wenden, und der Antrag wird gemeinsam überprüft, möglichst ohne dass der Rechtsweg beschritten werden muss. Wichtig ist uns allerdings der Hinweis, dass es noch nie vorkam, dass ein rechtzeitig und ordnungsgemäss eingereichter Antrag abgelehnt wurde, sofern auch die Organisation den Voraussetzungen entsprach. Einzig im Jahr 2019 mussten drei Gesuche abgelehnt werden, die zu spät eingereicht worden waren und die das Budget deutlich überschritten. In den Vorjahren hatte das Budget jeweils ausgereicht, und damals konnten sogar zu spät eingereichte Gesuche noch berücksichtigt werden.

Köniz, 21. August 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Grundsätze über die Ausrichtung von Pauschalbeiträgen für Kinder und Jugendliche
- 2) Gesuchsformular

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Zweitunterzeichnerin Franziska Adam, SP: Ich danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Interpellation Beiträge für Kinder- und Jugendvereine wurde von Astrid Nusch eingereicht, welche im September zurückgetreten ist. Daher halte ich als Zweitunterzeichnerin das Votum nach Rücksprache mit ihr. Ich halte fest, Astrid Nusch ist von der Antwort befriedigt.

Ich habe aber noch zwei Bemerkungen: Im Jahr 2018 sind ca. CHF 160'000 an diese Kinder- und Jugendvereine ausbezahlt worden. Man hat die Beiträge ja auch von CHF 35 auf CHF 50 erhöht und diese Tendenz ist zunehmend. Der Gemeinderat schreibt, dass in der Regel alle Gesuche bewilligt werden. Im Jahr 2019 wurden jedoch drei Gesuche abgelehnt, weil diese zu spät eingereicht wurden und das Budget wurde überschritten. Ich denke, dies ist ein Problem, welches sich vermutlich in Zukunft noch mehr manifestieren wird. Wenn das Budget überschritten wird, was passiert dann? Welche Vereine bekommen dann Geld? Ich bin mir bewusst, dass ich keine Fragen stellen kann, doch dies ist ein Thema, welches sicherlich noch angeschaut werden müsste. Im Reglement ist dies nicht klar geregelt.

Nach einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil im Jahr 2015 sind von Seiten des Bundes keine Förderbeiträge mehr an christliche Organisationen ausbezahlt worden, welche einen missionarischen Hintergrund haben. Die Fachstelle für Alter, Jugend und Integration prüft diese Beitrittsgesuche, wie wir lesen konnten. Im Reglement ist dies aber auch noch nicht enthalten. Der SP ist es wichtig, dass die Gemeinde diese Beiträge für Kinder und Jugendvereine weiterhin ausrichtet und so auch die freiwillige Arbeit gestärkt wird. Sie möchte den Gemeinderat aber bitten, bei der Überarbeitung dieser Grundsätze, die obgenannten Punkte zu berücksichtigen, damit das Geld auch wirklich jenen Personen zukommt, welche laut Reglement beitragsberechtigt sind.

Christina Aebischer, Grüne: Auch wir danken den Interpellanten für die wichtigen Fragen und dem Gemeinderat für diese Antworten, welche aber auch für uns gewisse neue Fragen aufwerfen. Die Vorrednerin hat es schon gesagt, wir stellen fest, dass sehr akribisch überprüft wird, ob es die Kinder und Jugendlichen real auch wirklich gibt. Doch dann hört es auf. Wir denken auch, spätestens wenn das Budget ausgeschöpft ist und man das Geld verteilen muss, doch auch grundsätzlich müsste man die Qualität anschauen, was genau unterstützt wird. Wir haben uns beispielsweise gefragt, ob es eine Rolle spielt, ob ein Verein wöchentlich eine Aktivität mit Kinder und Jugendlichen durchführt, so wie dies Pfadi etc. machen, oder ob einer zweimal im Jahr zum Beispiel ein Kerzenziehen und ein Oster-eiersuchen macht. Erhalten diese beiden Vereine dieselben Beiträge pro Kopf, unabhängig von dieser Frequenz? Und dann gibt es noch Angebote, welche die Kinder und Jugendlichen so gut wie nichts kosten und andere, welche relativ teuer sind, da Leitungspersonen, Trainer etc. bezahlt werden. Ist dies allenfalls etwas, was unterschieden werden könnte? Und dann auch die ganze inhaltliche Qualität dieser Angebote. Dies ist sicherlich schwierig zu überprüfen, aber trotzdem würden wir es sehr begrüßen, wenn man sich hier Kriterien überlegen würde.

Alles in allem finden wir es total richtig und wichtig, dass die Gemeinde Köniz diese Beiträge an Kinder- und Jugendvereine auszahlt. Aber das Reglement oder die Grundsätze, sind aus unserer Sicht unbedingt zu überarbeiten, damit man hier mehr Klärung erhält und auch allfällige Ungleichbehandlung ausschliessen kann.

Reto Zbinden, SVP: Auch wir danken den Interpellantinnen und dem Gemeinderat für die Antworten und die Beilagen. In den Beilagen wäre es noch schön gewesen, wenn man vielleicht die Liste mit den Begünstigten, welche wir 2017 erhalten haben, auch noch beigelegt hätte. Dies als kleine Anmerkung. Wir sehen sehr viel gleich wie Christina Aebischer. Auch wir würden es begrüßen, wenn die Kriterien noch etwas detaillierter festgelegt werden würden. Einer dieser Punkte wäre sicherlich, wie viel Aufwand von diesen Vereinen betrieben wird. Dies ist hier im Moment gar nicht abgebildet. Bei den Jugend+Sport-Beiträgen erfolgt dies dann sehr, sehr detailliert. Dies wäre dann vielleicht wieder zu viel administrativer Aufwand. Doch es war in der Antwort auch ersichtlich, dass das Ganze überarbeitet werden wird und das begrüßen wir sehr.

Wichtig erachten wir auch die Frage 4, dass die missionarischen Vereine ausgeschlossen sind. Auch dort gilt, dass man bei religiösen Vereinen zumindest klar definiert, was noch gefördert wird und was nicht. Ob jetzt eine Freikirche hier wirklich profitieren soll, das stellen wir hier in Frage. Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, wie es läuft und begrüßen es auch, wenn der Gemeinderat hier noch etwas genauer hinschaut.

Matthias Müller, EVP: Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp ist zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats. Die Antwort ist gut. Wir sind im Speziellen zufrieden damit, wie pragmatisch, ohne grossen Kontrollaufwand und recht unbürokratisch die Verteilung dieser vom Parlament beschlossenen Beiträge für Kinder- und Jugendvereine organisiert ist.

In der Fraktion hatten wir aber doch noch Nachfolgefragen oder Überlegungen zu zwei Punkten: Wir selber gehen davon aus, dass in jedem Jahr, die vom Parlament gesprochene Summe pro Jugendlichen ausbezahlt wird, sobald ein Gesuch eingegangen und positiv geprüft worden ist. Wir erachten die Verbindlichkeit des Parlamentsentscheides vom Dezember 2017 als hoch und gehen davon aus, dass die Beiträge auch bezahlt werden, wenn das Total der Gesuche über dem Budget liegen würde. Dies zeigt, dass man sicherlich das eine oder andere noch genauer definieren müsste.

Der Zweite Punkt ist, dass auch wir uns fragen, ob beispielsweise ein Familienverein, in welchem eine Familie als Ganzes Mitglied ist und wo die Aktivität nicht so systematisch, regelmässig und wöchentlich ist, wie beispielsweise in einem Sportverein, ob dieser dann in gleichem Ausmasse von den Gemeindebeiträgen profitieren soll oder kann? Das führt mich dann auch zur abschliessenden Bemerkung, dass die aktuelle Interpellation nur einen sehr kleinen Teil der Fragen abdeckt, welche im Zusammenhang mit Aufgaben und Unterstützung der Gemeinde an Dritte bestehen.

Infolge der Interpellation der Mitte und der FDP werden wir die grundlegenden Informationen über die Unterstützung Dritter durch die Gemeinde - wir haben ja bereits schon Unterlagen erhalten - an der nächsten Sitzung diskutieren. Meine erste Lesung der Antworten hat bei mir noch keine klare Durchsicht ergeben. Darum sind wir sehr auf die nächste Sitzung gespannt.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Es ist effektiv so: So wie wir dies heute handhaben, ist es eine pragmatische Lösung, welche gar nicht so schlecht funktioniert.

Doch zu sämtlichen Voten, welche abgegeben wurden, muss ich sagen, dass ihr absolut Recht habt. Ich bin über diesen Vorstoss im Grunde auch froh, denn es bestehen tatsächlich noch viele offene Fragen. Zum Beispiel die Frequenz der Aktivitäten. Kommt man nur einmal in der Woche oder einmal pro Jahr zusammen? Und wie ihr bei den Grundsätzen lesen konntet, ist dies auch das, was im Gemeinderat zu diskutieren gab. Es steht ja „Vereine, Organisationen und Gruppen“. Wie wird dies definiert? Dies umfasst ja beinahe alles. Man könnte überspitzt gesagt, hier und heute eine Gruppe definieren, an welcher Kinder beteiligt sind und dann die Gelder abholen. Wie ich gesagt habe, es ist eine pragmatische Lösung und wir müssen dies anschauen und die Grundsätze überarbeiten und noch Klarheit schaffen, wer in den Genuss dieser Gemeinde- sprich Steuergelder kommt.

Es wurde bereits angetönt: Das nächste Mal wird das Ganze noch weiter geöffnet, dann wird es sicherlich auch berechtigt zu diskutieren geben. Doch wir wollen hier Transparenz schaffen und dort wo es nötig ist, soll es auch verbessert werden. Man kann ja immer noch besser werden.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/109

V1921 Interpellation (Mittefraktion BDP, CVP, EVP, glp) „Informatikstrategie“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Das Informatikzentrum Köniz-Muri wies im Jahr 2018 einen Nettoaufwand zulasten Gemeinderechnung Köniz von rund 1.4 Mio. CHF aus. Gegenüber 2017 ist dieser Betrag um 0.25 Mio. CHF tiefer. Dies ist aus Sicht Finanzen eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Damit das IZ Köniz-Muri auch künftig zuverlässig, sicher, nachhaltig und kostengünstig betrieben werden kann, braucht es eine entsprechend zukunftsgerichtete Könizer Informatikstrategie.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Verfügt die Gemeinde Köniz über eine aktuelle Informatikstrategie (allenfalls gemeinsam mit der Gemeinde Muri), welche sowohl die Aspekte des Bezugs zum Geschäft wie auch die Leistungserbringung abdeckt?
2. Wann wurde diese Strategie letztmals überarbeitet, wann ist die nächste Aktualisierung vorgesehen?
3. Gibt es in der Strategie Aussagen zur Auslagerung des Informatikbetriebes? Was ist diesbezüglich konkret vorgesehen?
4. Könnte die Auslagerung von Teilen der Leistungserbringung an externe Dienstleister wirtschaftliche Vorteile bringen?
5. Gibt es aus Sicht Gemeinderat Gründe, welche gegen eine Auslagerung sprechen?
6. Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation bezüglich Schutz des Amtsgeheimnisses bei Auslagerung von Daten in eine Cloud (gehostete private Cloud oder public Cloud)?
7. Wie gut ist die IT Köniz-Muri gegen aktuelle Sicherheitsrisiken (z. Bsp. Pass-the-Hash Angriffe) geschützt?
8. Wie gross ist der Gesamtenergieverbrauch des RZ?
9. Welchen Wert weist das RZ beim PUE (Power Using Effectiveness: Verhältnis Gesamtenergieverbrauch RZ zu Energieverbrauch der Rechner, https://en.wikipedia.org/wiki/Power_usage_effectiveness) auf?

Eingereicht

24.06.2019

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

Andreas Lanz, Beat Biedermann, Roland Akeret, Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Bernhard Zaugg, Christina Aebischer, Iris Widmer, Elena Ackermann, David Müller, Ruedi Lüthi, Tanja Bauer, Christian Roth, Vanda Descombes, Franziska Adam, Astrid Nusch, Michael Lauper, Reto Zbinden, Beat Haari, Heidi Eberhard, Toni Eder, Matthias Müller, Katja Niederhauser, Lucas Brönnimann

Antwort des Gemeinderates

Frage 1: Verfügt die Gemeinde Köniz über eine aktuelle Informatikstrategie (allenfalls gemeinsam mit der Gemeinde Muri), welche sowohl die Aspekte des Bezugs zum Geschäft wie auch die Leistungserbringung abdeckt?

Ja.

Die "Informatik-Strategie 2015 für die Gemeinden Köniz und Muri b. Bern" deckt die Aspekte bezüglich

- Gestaltung, Führung und Organisation
- Wirtschaftlichkeit und Kostentransparenz
- Qualität und Standardisierung
- IT-Infrastruktur
- Sicherheit
- Schulung, Kommunikation, Begleitung ab.

Frage 2: Wann wurde diese Strategie letztmals überarbeitet, wann ist die nächste Aktualisierung vorgesehen?

Die aktuelle "Informatik-Strategie 2015 für die Gemeinden Köniz und Muri b. Bern" wurde durch die Gemeinderäte Köniz und Muri am 25. März 2015 an einer gemeinsamen Sitzung beschlossen.

Eine Überarbeitung des Strategie-Dokumentes ist zwischenzeitlich nicht erfolgt. Eine Überarbeitung ist angedacht, aber im Zusammenhang mit den laufenden Abklärungen bezüglich möglichen Sourcing-Strategien oder Teilausgliederungen von IT-Services aufgeschoben.

Frage 3: Gibt es in der Strategie Aussagen zur Auslagerung des Informatikbetriebes? Was ist diesbezüglich konkret vorgesehen?

Die Strategie umschreibt die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der verschiedenen Akteure. Explizit wird dem Informatikzentrum Köniz-Muri (IZ) die Aufgabe erteilt, verwaltungsintern ein eigenes Rechenzentrum für Köniz und Muri sowie die angeschlossenen zahlenden Kunden zu betreiben. Mit der Aussage, ein eigenes internes Rechenzentrum zu betreiben, haben sich die Gemeinderäte von Köniz und Muri damals gegen eine Auslagerung der IT – also Einkauf der IT-Dienstleistungen und Services - entschieden. Unter dem Aspekt eines wirtschaftlichen und sicheren IT-Betriebs wird dem IZ aber die Kompetenz erteilt, IT-Services extern zu betreiben (z.B. Server-/Storage-Sourcing). Zwischenzeitlich hat sich der Führungs- und Koordinations-Ausschuss Informatik (FKA-I), basierend auf der gemeinderätlichen Legislaturplanung 2018-2021 (Köniz) „Grobanalyse für interne/externe Dienstleistungen“ und im Hinblick auf die bevorstehende Pensionierung des IZ-Leiters vorgenommen, extern einen Bericht in Auftrag gegeben zur Klärung der nachfolgenden Fragen:

- Make or buy der Informatik inkl. der Klärung einer möglichen Verselbständigung. Für jede heutige Miteigentümer-Gemeinde separat und für das gemeinsame IZ beantwortet.
- Sind allenfalls Teilauslagerungen des ICT-Leistungsspektrums des IZ möglich und/oder sinnvoll?
- Welches ist die optimale Organisationsform der gemeinsamen Informatik-Organisation und wie kann diese gesteuert werden? (Falls Frage 1 mit "make" beantwortet wird)

Der Bericht wird im Q3/Q4/2019 abgeschlossen und den Gemeinderäten Köniz und Muri vorgelegt. Sie werden über das weitere Vorgehen entscheiden.

Frage 4: Könnte die Auslagerung von Teilen der Leistungserbringung an externe Dienstleister wirtschaftliche Vorteile bringen?

Beim Betrieb von Servern und Storage-Komponenten, deren Funktion bei "end of life" statt intern ersetzt zu werden von einem externen Rechenzenter-Anbieter eingekauft werden, können sich Vorteile ergeben. Der vorerwähnte Sourcing-Bericht nimmt sich dieser Frage an. Ebenfalls werden im erwähnten Bericht die Vor- und Nachteile einer Ausgliederung des IZ in ein selbständiges Unternehmen diskutiert.

Frage 5: Gibt es aus Sicht Gemeinderat Gründe, welche gegen eine Auslagerung sprechen?

Bei Auslagerung von Server- und Storage-Services ist die Abhängigkeit vom externen Anbieter und die erschwerte Einflussnahme auf die möglichen Dienstleister zu erwähnen. Allfällige Anbieterwechsel sind mit hohem technischem, organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden mit möglichen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit der Systeme. Auf Grund der vermuteten Überschreitung der Schwellenwerte für Dienstleistungen müsste jeweils aufwändig ausgeschrieben werden.

Bei externem Einkauf von Applikations- und User-Support sowie IT-Projektleistungen ginge die Nähe zu Verwaltung (Personal, User, Organisation, Aufgaben, Daten, Prozesse) verloren

Frage 6: Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation bezüglich Schutz des Amtsgeheimnisses bei Auslagerung von Daten in eine Cloud (gehostete private Cloud oder public Cloud)

Die aktuelle IT Strategie lässt eine public Cloud Nutzung nicht zu - da damals noch keine CH-datenschutzkonforme public Cloud Lösungen verfügbar waren.

Eine Auslagerung von Daten, sofern nicht verschlüsselt, birgt in jedem Fall die Gefahr von potentieller Amtsgeheimnisverletzung. Mit der Unterstellung des Cloud-Anbieters unter das CH-Datenschutzgesetz wären zumindest juristische Interventionen seitens Kőniz möglich. Interventionen bei Stabilitäts- oder Verfügbarkeits-Problemen wären bei privaten Clouds möglich. Bei Public Clouds, bei denen kaum Support- oder Hotline-Kontakte bekannt sind, wäre das eher schwierig.

Anmerkung: Das IZ Kőniz-Muri erbringt für die zahlenden Kunden verschiedene IT Services und betreibt dafür auch eine im gehostete private Cloud Lösung. Geschäftliche Daten von Kőniz und Muri sind weder in einer privaten (extern vom Rechenzentrum) noch public Cloud gespeichert.

Frage 7: Wie gut ist die IT Kőniz-Muri gegen aktuelle Sicherheitsrisiken (z. Bsp. Pass-the-Hash Angriffe) geschützt?

Wir erachten es aus Datensicherheitsgründen nicht als sinnvoll, in der Beantwortung der Interpellation öffentlich die Massnahmen aufzuzeigen, die wir vorkehren, um die IT-Sicherheit auf unserem Netzwerk sicher zu stellen.

Im IZ ist ein Dokument verfügbar, das die technischen Massnahmen auflistet zur Verhinderung der heute bekannten Hacker-Angriffe. Unter anderem wird auch die Thematik Hack the Hash behandelt.

Frage 8: Wie gross ist der Gesamtenergieverbrauch des RZ?

Lastgangmessungen im 2018 ergaben einen Stromverbrauch von 188'000 kWh (= 47 Schweizer Durchschnittshaushalte). Der Server-Raum, der IZ-Schulungsraum, die Büros der IZ-Mitarbeitenden sowie die Arbeitsplätze und Schulungsräume der sich auf dem gleichen Stockwerk befindlichen Institutionen sind am gleichen Stromzähler angeschlossen. Das Leistungsmaximum betrug 33.6 kW was leistungsabhängige Kosten von ca. CHF 5'600.-/Jahr ausmacht. Der effektive Gesamtenergieverbrauch des Rechenzentrums ist nicht bekannt und kann ohne zusätzlichen Aufwand nicht deklariert werden. Zwischenzeitlich werden im RZ die IT-Ressourcen, die aus Performance-Gründen nicht benötigt werden, heruntergefahren.

Frage 9: Welchen Wert weist das RZ beim PUE (Power Using Effectiveness: Verhältnis Gesamtenergieverbrauch RZ zu Energieverbrauch der Rechner, https://en.wikipedia.org/wiki/Power_usage_effectiveness) auf?

Das Verhältnis Gesamtenergieverbrauch RZ zu Energieverbrauch der Rechner kann wegen der fehlenden Einzel-Erfassung der Stromverbraucher nicht ausgewiesen werden.

Es ist davon auszugehen, dass auf Grund der eher geringen Anzahl Server- und Storage-Komponenten im Verhältnis zu den grosszügigen Server-/USV-Räumen, dieser Wert eher ungünstig ausfällt.

Köniz, 21. August 2019

Der Gemeinderat

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichner Andreas Lanz, BDP: Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung dieser Fragen. Ich selber bin seit vielen Jahren im Bereich Informatik tätig. Wenn ich diese Zeit etwas überblicke - das sind 40 Jahre oder so - dann fällt mir ein Trend auf: Ein Trend hinsichtlich Komplexität dieses Fachgebietes. Für die Nutzer sollte es immer einfacher werden, aber der Betrieb wird immer komplexer. Dieser Umstand ist relativ einfach nachzuvollziehen: Um das sogenannte User-Erlebnis möglichst einfach zu machen, braucht es dahinter viel Technik. Diese Technik muss man beherrschen, will man sich nicht in vollständige Abhängigkeit der amerikanischen Grosskonzerne begeben, welche in diesem Bereich tätig sind. Nebst diesen Anforderungen nach möglichst einfacher Bedienbarkeit gibt es aber noch weitere Umstände, welche die Komplexität eines IT-Betriebes beeinflussen. Früher hat man einen Computer gekauft, hat diesen an den Strom und an das Kommunikationsnetz angeschlossen, hat etwas Software installiert und dann konnte man damit arbeiten. Heute gibt es mehrere Alternativen einfach nur um etwas in Betrieb zu nehmen. Es gibt mehrere Alternativen: Kaufe ich jetzt so einen Server? Miete ich einfach Rechenleistung und Speicherplatz irgendwo - die Frage ist dann noch wo? Oder lasse ich die ganze Anwendung von jemandem betreiben? Das sind Fragen oder Möglichkeiten, welche man hat und man muss Fragen betreffend IT-Sicherheit, von Datenschutz, von Kosten, von Service-Qualität und so weiter berücksichtigen um so einen Entscheid zu treffen.

Das ist aber noch nicht alles: Die IT-Industrie entwickelt sich rasant weiter und dringt immer mehr in die Bereiche unseres Lebens ein. Das Smartphone ist ein eindrückliches Beispiel, oder auch ein Tesla, welcher mehr ein Computer auf Rädern, als ein Auto ist. Dann gibt es auch Themen, ihr habt es sicher auch schon gehört, wie digitale Transformation, Smart City, Internet of Things, künstliche Intelligenz. Das prägt im Moment die Diskussion über die künftige Entwicklung der IT und Morgen werden wieder andere neue Sachen kommen, welche sich die Marketing-Experten der IT ausgedacht haben.

An diesem Ganzen nicht zu vernachlässigen ist die Frage des Personals. Wir können immer wieder in der Presse und in Fachzeitschriften lesen, wie viele 10'000 Informatiker in der Schweiz fehlen oder in den nächsten Jahren fehlen werden. Geeignetes und qualifiziertes IT-Personal zu finden, ist auch eine spezielle Herausforderung. Mit all diesen Themen und Fragestellungen muss sich auch die IT-Strategie des Informatikzentrums Köniz-Muri befassen. Aufgrund der dargestellten Komplexität ist dies keine einfache Aufgabe, dafür aber eine spannende und herausfordernde für alle Beteiligten.

Nach dieser Tour d'Horizon gehe ich jetzt auf die Fragen resp. die Antworten dazu ein:

Zu den Fragen 1 und 2: Wir begrüssen es sehr, dass die Überarbeitung der Informatikstrategie angedacht ist. Gerade weil sich in der IT eben alles in einem rasanten Tempo weiter entwickelt, muss auch die Strategie in regelmässigen Abständen angepasst und aktualisiert werden. Themen, wie eben die Digitalisierung oder digitale Transformation, Smart City, Cyber Security – da geht es um die IT-Sicherheit – sind in dieser Strategie angemessen zu berücksichtigen.

Zur Frage 3 und 4: Das Make or buy, diese Frage stellt sich je länger je mehr. Bedingt durch ihre Grösse und die starke Automatisierung, können heute Grossrechenzentren die Kosten je Server auf einen Bruchteil der Kosten von Inhouse-Rechenzentren senken. Und das bei gleichzeitig sehr hohen Standards bei der Sicherheit. Ein wesentlicher Nachteil dieser Lösungen ist zumindest heute noch die Abhängigkeit von ausländischen, sprich vor allem amerikanischen Grosskonzernen. Eine schweizerische Lösung, eine sogenannte Schweizer Government-Cloud, könnte hier Abhilfe schaffen.

Es ist aus unserer Sicht sehr positiv zu werten, dass der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt, dass man hier eine Studie macht und wir werden uns gerne zur gegebenen Zeit über die Inhalte, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen dieser Studie informieren lassen.

Zur Frage 5: Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Nähe der IT zur Verwaltung, zu den Anwendern, ein wichtiges Kriterium bei der Festlegung einer IT-Organisation ist. Und das ist insbesondere bei den gemeindespezifischen Fachanwendungen der Fall. Bei den Standardanwendungen trifft dies etwas weniger zu, aber bei den gemeindespezifischen Fachanwendungen erscheint uns dies ein wichtiges Kriterium, welches auch berücksichtigt werden muss.

Zur Frage 6 habe ich keine Bemerkungen.

Zur Frage 7: Ich bin hier damit einverstanden, dass man die heiklen, sicherheitsrelevanten Aspekte nicht in der Öffentlichkeit bespricht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Thema Cyber Security doch überall in aller Munde ist. Kürzlich hat man in Zürich ein Center der Cyber Security oder Cyber Defense eröffnet und in der Bundesverwaltung wurde kürzlich ein Delegierter für die Cyber Security angestellt. Ich bitte diesem ganzen Thema IT-Sicherheit und Cyber Security auch die notwendige Beachtung zu schenken.

Die Fragen 8 und 9 will ich hier nicht mehr weiter kommentieren.

Ich halte fest, dass ich mit den Antworten des Gemeinderats befriedigt bin.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi: Merci Andreas Lanz für die gute Aufnahme unserer Antworten. Im Hinblick auf die Pensionierung des langjährigen Leiters Daniel Kreuzer, welcher nächstes Jahr im Herbst pensioniert wird, war es mir wichtig zu schauen, ob unser IZ noch richtig aufgestellt ist. Aus diesem Anlass haben wir im Führungs- und Koordinationsausschuss Informatik, welcher das IZ leitet – dieses gehört zu $\frac{3}{4}$ Köniz und zu $\frac{1}{4}$ der Gemeinde Muri – beschlossen, dass wir einen Bericht genau zu diesem Thema, welches Andreas Lanz gefragt hat, erstellen lassen wollen. Es geht um das Sourcing. Ist das IZ noch richtig aufgestellt? Wie viel soll man selber machen? Wie viel sollen wir einkaufen?

Dieser Bericht wird am Mittwoch dem Gemeinderat vorgestellt und darum kann ich hier noch nicht so viel dazu sagen. Aber etwas kann ich sagen: Ein Fazit in diesem Bericht ist, dass das IZ Köniz-Muri sowohl technisch wie auch organisatorisch gut aufgestellt ist. Dies hat ein externer Experte bescheinigt. Mit diesem Rechenzentrum verfügen wir über eine Infrastruktur, welche dem heutigen Stand der Technik entspricht und erbringen dadurch kostengünstige Dienstleistungen für die Gemeinden Köniz, Muri und auch für die weiteren Kunden.

Die Kosten pro Arbeitsplatz sind vergleichsweise tief. Es hat mich sehr gefreut, dieses Fazit zu hören - trotz diesen Trends, welche durch Andreas Lanz erwähnt wurden. „Trend zur Komplexität“, das macht es natürlich schwierig, ein relativ kleines Informatikzentrum zu betreiben. „Zunehmende Digitalisierung“, da sind wir auch daran und konnten noch etwas Personal aufstocken, um dies voranzutreiben. „Fachkräftemangel“. Dies ist bei uns ein Thema, doch wir haben in den vergangenen knapp zwei Jahren, welche ich jetzt im Amt bin, unsere Stellen immer besetzen können. Dies vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil wir hier auch ein gutes Team und eine sehr spannende Arbeit anzubieten haben, so dass wir auch Leute gewinnen können, für welche nicht nur der Lohn das Wichtigste ist, sondern auch ein gutes Arbeitsumfeld.

Bei den „Grossrechenzentren“ ist uns bewusst, dass es diese Entwicklung gibt. Diese Entwicklung verfolgen wir sehr genau, aber im Moment sehen wir noch nicht, dass ein teilweises Outsourcing von Serverleistungen billiger kommt, als wenn wir dies Inhouse machen. Zur „Cyber Security“, welche ebenfalls erwähnt wurde kann ich sagen, dass dies auch für mich ein grosses Thema ist und ich habe zum Beispiel sehr kritisch bei unserer Trinkwasserversorgung nachgefragt, ob diese auch wirklich sicher sei. Denn jene, welche Pikett haben, nehmen den Trinkwasser-Laptop nach Hause und wenn etwas ist, dann können sie sich von dort einloggen. Da habe ich schon sehr genau nachgefragt, ob dies wirklich sicher ist oder können hier irgendwelche Leute irgendwo auf der Welt in unsere Systeme eindringen können. Dies hat man untersucht und es wurde uns attestiert, dass wir hier ein sehr hohes Sicherheitsniveau haben.

Insgesamt nochmals vielen Dank an Andreas Lanz für die gute Aufnahme des Berichts.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/110

V1922 Motion (Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp, Grüne, SP) „Einführung der parlamentarischen Initiative in Köniz“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, in der Gemeinde Köniz das Instrument der parlamentarischen Initiative einzuführen.

Begründung

Die parlamentarische Initiative ist ein etabliertes parlamentarisches Instrument. Das Bundesparlament¹ und der Grosse Rat des Kantons Bern² kennen sie, aber auch verschiedene Gemeindeparlamente, z. B. der Stadtrat von Bern³ und der Stadtrat von Thun⁴.

Anders als die Motion oder das Postulat erlaubt es die parlamentarische Initiative der Legislative, ihre Rolle als Gesetzgeberin direkt, ohne Umweg über die Exekutive, wahrzunehmen. Das Instrument stärkt somit die Unabhängigkeit des Parlaments von der Regierung. Bedarf für den Einsatz dieses Instruments gibt es seltener als bei Motionen oder Postulaten. Im Bedarfsfall ist es aber umso wichtiger, dass dieses Instrument existiert.

Parlamentarische Initiativen werden üblicherweise wie folgt behandelt:

- Die parlamentarische Initiative wird eingereicht.
- Das Parlament entscheidet über die vorläufige Unterstützung.
- Gewährt das Parlament keine Unterstützung, ist das Geschäft erledigt.
- Gewährt das Parlament vorläufige Unterstützung, so arbeitet eine Parlamentskommission ein Gesetz (bzw. ein Reglement) aus und stellt dem Parlament Antrag.
- Das Parlament entscheidet über den Antrag.

Die genaue Ausgestaltung des Instruments unterscheidet sich von Parlament zu Parlament. Zu regeln sind insbesondere folgende Punkte:

Einreichung und Überweisung

- Kann eine parlamentarische Initiative den Wortlaut oder die Grundzüge des Wortlauts für ein neues oder geändertes Reglement direkt vorschlagen? Kann sie ein Ziel vorgeben, zu dem ein neues Reglement oder eine Reglementsänderung ausgearbeitet wird?
- Sind parlamentarische Initiativen ausgeschlossen, solange zum selben Gegenstand bereits ein Parlamentsgeschäft hängig ist?
- Wie viele Parlamentsmitglieder braucht es, um eine parlamentarische Initiative einzureichen?
- Wie viele Parlamentsmitglieder braucht es, um die vorläufige Unterstützung zu gewähren?

Ausarbeitung

- Welche Parlamentskommission behandelt das Geschäft?
- Wie wird die Erstunterzeichnerin/der Erstunterzeichner einbezogen, wenn sie/er nicht Mitglied jener Kommission ist?
- Wie werden Sachverständige aus der Verwaltung oder von ausserhalb beigezogen?
- Wie wird die Regierung einbezogen? Hat sie ein Antragsrecht?

¹ <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20010664/index.html#a107>

² <https://www.belex.sites.be.ch/frontend/versions/1076>, Kapitel 7.1

³ https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_21#pos58

⁴ http://www.thun.ch/fileadmin/media/reglemente_verordnungen/grundlagen_organisation_behoerden/stadtrat/151.201.pdf, Artikel 50 und 50a

- Besteht die Möglichkeit der Vernehmlassung?
- Welche Fristen gelten?

Köniz, Juni 2019

Eingereicht

24.06.2019

Unterschrieben von 28 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Toni Eder, Erica Kobel, Dominic Amacher, Ronald Sonderegger, Mathias Robellaz, Michael Lauper, Ruedi Lüthi, David Müller, Elena Ackermann, Iris Widmer, Christina Aebischer, Dominique Bühler, Bernhard Zaugg, Matthias Müller, Tanja Bauer, Astrid Nusch, Franziska Adam, Christian Roth, Vanda Descombes, Markus Willi, Katja Niederhauser, Lucas Brönnimann, Mathias Rickli

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag. (Beilage 1: Motionsprüfung).

2. Ausgangslage

Mit der vorliegenden Motion V1922 wird verlangt, in der Gemeinde Köniz als neues zusätzliches parlamentarisches Instrument die „parlamentarische Initiative“ einzuführen. Mit diesem Instrument könnte das Parlament selbstständig Reglementsunterlagen einreichen bzw. ausarbeiten.

Nach geltendem Recht werden in Köniz Vorlagen für ein neues Reglement bzw. eine Reglementsanpassung vom Gemeinderat zu Händen des Parlaments erarbeitet.⁵ Das Parlament kann dabei den Gesetzgebungsprozess mittels einer Motion (parlamentarischer Vorstoss) in Auftrag geben, welche den Gemeinderat verpflichtet, dem Parlament „einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentswurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen“ (Art. 53 GRP).

In der vorliegenden Antwort des Gemeinderats wird das Instrument der parlamentarischen Initiative kurz dargestellt (inkl. Vergleich mit anderen Gemeinden) und vom Gemeinderat beurteilt. Fragen zur detaillierten Ausgestaltung des Instruments müssten bei einer Erheblicherklärung der vorliegenden Motion diskutiert und geklärt werden.

3. Das Instrument der parlamentarischen Initiative

Im Folgenden soll kurz auf das Instrument der parlamentarischen Initiative eingegangen werden.

3.1 Bund

Auf der Stufe Bund können Ratsmitglieder einen Gesetzesentwurf vorschlagen oder beantragen, dass die zuständige Kommission einen solchen ausarbeitet (Art. 107 Parlamentsgesetz; ParlG). Nach der Eingabe erfolgt ein Vorprüfungsverfahren. Die zuständige Kommission entscheidet zunächst, ob sie der Initiative Folge geben will oder nicht. Entscheidet die Kommission dem Entwurf nicht Folge zu geben, so stellt sie dem Rat den Antrag auf Abweisung. Folgt der Rat dieser Empfehlung, so gilt die Initiative als erledigt. Wenn die Kommission der Initiative Folge leisten möchte, so braucht sie die Zustimmung der Kommission des zweiten Rates. Erhält sie diese nicht, so müssen stattdessen beide Räte der Initiative zustimmen (Art. 109 ParlG). Stimmt der Zweirat nicht zu, so ist die Initiative endgültig abgelehnt.

⁵ In Ausnahmefällen sind Reglementsanpassungen in der Zuständigkeit des Stimmvolks, z.B. Reglement für Abstimmungen und Wahlen

Bei der Vorprüfung wird geklärt, ob das Mittel der parlamentarischen Initiative in der vorliegenden Sache zweckmässig ist. Zweckmässig ist es nur dann, wenn die Initiative einen Erlassentwurf im Bereich des Parlamentsrechts vorschlägt, die von überwiesenen Motionen verlangte Ausarbeitung eines Erlassentwurfs nicht rechtzeitig erfolgt ist oder die Ausarbeitung eines Erlassentwurfs auf diesem Wege voraussichtlich zeitgerechter erreicht werden kann als auf dem Weg über die Motion (Art. 110 Abs. 1 und 2 ParlG). Die parlamentarische Initiative ist also nur subsidiär zur Motion zulässig.

Nach dem Vorprüfungsverfahren wird eine Kommission des Rates, aus dem die Initiative hervorging, mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs beauftragt. Dabei gilt der ursprüngliche Initiativtext nur als eine politische Richtlinie und stellt keine zwingende Vorgabe dar (Baslerkommentar BV- Daniela Thurnherr, Art. 160, Rz. 19). Die ausarbeitende Kommission hat die Möglichkeit, die zuständigen bzw. betroffenen Departemente beizuziehen (Art. 112 ParlG). Diese Möglichkeit rechtfertigt sich zwar aus Praktikabilitätsabwägungen, birgt aber Loyalitätskonflikte für die Bundesverwaltung (Baslerkommentar BV- Daniela Thurnherr, Art. 160, Rz. 20).

Der Vorentwurf gelangt danach in die Vernehmlassung (Art. 112 Abs. 2 ParlG). Nach der Vernehmlassung hat der Bundesrat die Möglichkeit, zum Erlassentwurf Stellung zu nehmen (Art. 112 Abs. 3 ParlG).

Schliesslich folgt die Beratungs- und Beschlussphase in den Räten. Wenn nötig wird ein Differenzbereinigungsverfahren durchgeführt (Pierre Tschannen, Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 3. Aufl., §45, Rz. 71).

Im Bund machten Gesetzänderungen, die auf eine parlamentarische Initiative zurückzuführen sind zwischen 2007 und 2011 27% aus. Dabei zeigte sich, dass sich das Instrument eher für den Erlass einfacherer Gesetze eignete. In der Lehre wird ferner die Qualität der auf diesem Weg entstandenen Gesetze kritisiert (Baslerkommentar BV- Daniela Thurnherr, Art. 160, Rz. 23 f.).

3.2 Kanton Bern

Das Verfahren im Kanton Bern ist weniger komplex als beim Bund mit seinen zwei Räten. Aber auch im Kanton Bern wird eine parlamentarische Initiative durch die zuständige Kommission vorberaten (Art. 67 Gesetz über den Grossen Rat; GRG). Die Kommission kann dabei auf sachverständige Gutachter zurückgreifen (Art. 70 Geschäftsordnung des Grossen Rates; GO). In der Regel sind dies externe Experten und/oder Sachverständige aus der Verwaltung. Ein Grossteil der Unterstützungs-Arbeit wird zudem vom Kommissionssekretariat des Grossen Rates (Kommissionsdienste, Rechtsdienst des Grossen Rates) erbracht.

Im Kanton Bern wurden seit 2012 insgesamt 11 parlamentarische Initiativen eingereicht.⁶

3.3 Regelung in anderen Gemeinden

Von den Berner Gemeinden kennen die Städte Bern und Thun das Instrument der parlamentarischen Initiative. In Bern sind seit Einführung des Instruments vor 21 Jahren insgesamt 6 parlamentarische Initiativen eingereicht worden. In Thun wurde das Instrument im Jahr 2010 eingeführt. Bisher wurde das Instrument vom Stadtrat noch nie angewandt.

In anderen grösseren und mittleren Berner Parlamentsgemeinden wie Biel, Muri, Ostermundigen, Langenthal, Zollikofen, Münchenbuchsee und Burgdorf existiert das Instrument der parlamentarischen Initiative nicht. In Biel wurde eine mögliche Einführung im Hinblick auf die laufende Revision der Stadtordnung diskutiert, aber schliesslich nicht aufgenommen.

Eine kurze Rechtsanalyse mit Köniz vergleichbaren Gemeinden in anderen Kantonen (La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Schaffhausen, Chur, Sion, Uster, Neuchâtel, Frauenfeld, Nyon) zeigt, dass das Mittel der parlamentarischen Initiative unter Gemeinden nicht weit verbreitet ist. Von diesen neun Gemeinden kennt nur die Stadt Neuchâtel die parlamentarische Initiative.

⁶ <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/parlamentarischeinstrumente/parlamentarische-initiativen.html> (Stand 14. August 2019); zu beachten ist, dass auf der Liste neben den 11 parlamentarischen auch zwei Standesinitiativen aufgeführt sind.

4. Beurteilung durch den Gemeinderat

Die kurze Darstellung der Situation im Bund, im Kanton Bern und in anderen Gemeinden zeigt auf, dass das Instrument primär auf Bundesebene zur Anwendung kommt. Im Kanton Bern sowie in der Stadt Bern wird das Instrument angewandt, aber eher selten. In mit Köniz vergleichbaren Gemeinden ist das Instrument nur in ganz wenigen Gemeinden vorgesehen. In denjenigen Gemeinden, in denen das Instrument eingeführt wurde, wurde es kaum angewandt. Dies lässt darauf schliessen, dass sich das Instrument primär für „grössere“ Parlamente eignet, welche auch über eigenständige und grössere fachliche Unterstützungsdienste verfügen.

Das Beispiel der Stadt Bern – bei der das Instrument nicht subsidiär zur Motion zur Anwendung gelangt - zeigt zudem auf, dass die mit parlamentarischer Initiative auf Gemeindeebene eingebrachten Themen/Anliegen (Wahlverfahren, preisgünstiger Wohn- und Gewerberaum, Einführung einer Schuldenbremse, Förderung Fuss- und Veloverkehr)⁷ auch mit anderen parlamentarischen Instrumenten (z.B. einer Motion) oder allenfalls mittels Volksinitiative eingebracht werden können.

All dies weist auf einen geringen Bedarf für das Instrument der parlamentarischen Initiative auf Gemeindeebene hin.

Das Könizer Parlament verfügt nach Ansicht des Gemeinderats über verschiedene und wirkungsvolle Instrumente um den Gesetzgebungsprozess vom Zeitpunkt der Initiierung bis zum Beschluss mitzugestalten. Mit einer Motion kann es den Gemeinderat beauftragen, einen Reglementsentwurf auszuarbeiten. Im Motionstext kann es die Ziele vorgeben und konkrete inhaltliche Vorgaben machen. Wo zusätzlicher Klärungsbedarf besteht, nimmt der Gemeinderat häufig während der Ausarbeitung einer Vorlage mit den Motionären Kontakt auf, damit deren Anliegen in der konkreten Vorlage angemessen aufgenommen werden. Zudem kann das Parlament bei wichtigen Vorlagen eine parlamentarische Kommission einsetzen, welche direkt an der inhaltlichen Ausarbeitung des Entwurfs mitwirkt. Schliesslich entscheidet das Parlament als Gesetzgeber über jede Reglementsänderung, d.h. es kann über die Vorschläge des Gemeinderats und Anträge der zuständigen parlamentarischen Kommission, von Parlamentsmitgliedern oder Fraktionen als zuständiges Organ beschliessen. Das Argument der grösseren Unabhängigkeit des Parlaments von der Regierung ist deshalb nach Ansicht des Gemeinderats kein überzeugender Grund für die Einführung des Instruments. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament ist nach Ansicht des Gemeinderats gut und vertrauensvoll, unter Berücksichtigung der jeweiligen Rollen und Kompetenzen. Überwiesene Motionen zu Reglementsänderungen werden in der Gemeinde Köniz innerhalb der vorgegebenen Verfahren, Fristen und inhaltlichen Vorgaben umgesetzt. Ein konkreter „Bedarfsfall“ für das Instrument der parlamentarischen Initiative - wie die Motionäre ausführen - ist für den Gemeinderat, auch als subsidiäre Anwendung zur Motion, nicht ersichtlich.

⁷ In Bern wurden bisher folgende parlamentarischen Initiativen eingereicht:

2017: Interfraktionelle Parlamentarische Initiative GLP/JGLP, FDP/JF, SVP, BDP/CVP, AL/GPB-DA/PdA (Melanie Mettler, GLP/Bernhard Eicher, FDP/Alexander Feuz, SVP/Philip Kohli, BDP/Daniel Egloff, PdA): Neutrales Wahlverfahren bei den Stadtberner Wahlen

2012: Interfraktionelle parlamentarische Initiative SP/JUSO, GB/JAI, GFL/EVP (Rithy Chheng, SP/Christine Michel, GB/Rahel Ruch, JAI/Daniel Klausner, GFL/Martin Trachsel, EVP): Förderung und Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Bern

2010: Parlamentarische Initiative Fraktion GLP (Michael Köpfli): Gesunde Finanzen für die kommenden Generationen. Die Stadt Bern braucht eine Schuldenbremse!

2009: Interfraktionelle Parlamentarische Initiative FDP, GFL/EVP, SVPplus, BDP/CVP, GLP (Bernhard Eicher, JF/Jacqueline Gafner Wasem, FDP/Peter Künzler, GFL/Erich Hess, SVPplus/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Michael Köpfli, GLP): Zustimmung zu einem Reglement über die Übertragung von freiwilligen Aufgaben an die Regionalkonferenz bzw. eine Teilkonferenz: Entscheidkompetenz beim Stadtrat unter Vorbehalt des fakultativen Referendums

2007: Parlamentarische Initiative Daniele Jenni (GPB), Franziska Schnyder (GB): Kein Kundgebungsverbot mehr auf dem Bundesplatz während den Sessionen!

1998: Fuss- und Velo-Initiative des Grünen Bündnisses (GB) / Reglement über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV)

Das für den Gemeinderat wichtigste Argument gegen die Einführung des Instruments der parlamentarischen Initiative sind die dafür zusätzlich erforderlichen Ressourcen. Gesetzgebung ist ein aufwändiger und arbeitsintensiver Prozess, welcher spezialisiertes Fach- und Verfahrenswissen erfordert, das von einem Parlamentsmitglied nicht verlangt bzw. erwartet werden kann. Köniz verfügt über ein gut funktionierendes Milizparlament, welches durch eine effiziente und effektive Fachstelle Parlament unterstützt wird. Beim Instrument der parlamentarischen Initiative würde das Parlament, je nach Ausgestaltung, entweder einen ausformulierten Reglements-vorschlag einreichen oder die Grundzüge vorschlagen und das Reglement anschliessend selbständig in einer parlamentarischen Kommission ausarbeiten. In beiden Fällen wäre eine administrative und fachliche Unterstützung erforderlich. Der Gemeinderat sieht hierfür drei mögliche Optionen: 1.) Unterstützung durch die Fachstelle Parlament; 2.) Unterstützung durch die Verwaltung (Fachstelle Recht und Fachabteilung/en); oder 3.) externe Fachunterstützung finanziert via Gemeindebudget; allenfalls wären auch Kombinationen denkbar. Bei Option 1 (Unterstützung durch die Fachstelle Parlament) müsste die Fachstelle Parlament personell aufgestockt werden und auch dann wäre eine Abdeckung der verschiedenen Fachgebiete nicht gewährleistet. Option 2 (Unterstützung durch die Verwaltung) würde der Zielsetzung der Motionäre (Gesetzgebung ohne „Umweg über die Regierung“, Unabhängigkeit des Parlaments von der Regierung) widersprechen, zudem wären Loyalitätskonflikte der involvierten Verwaltungspersonen im Fall von unterschiedlichen Meinungen des Parlaments und des Gemeinderats unvermeidbar. Option 3 (externe Fachunterstützung finanziert via Gemeindebudget) wäre kostspielig und nach Ansicht des Gemeinderats unverhältnismässig. Andere Lösungen wie z.B. eine Drittfinanzierung (z.B. durch Parteien oder Dritte) wären demokratiepolitisch fragwürdig und wohl nicht im Interesse des Parlaments und der Könizer Bevölkerung.

5. Fazit

In der Gemeinde Köniz existieren verschiedene und wirkungsvolle Instrumente und Verfahren, mit welchen das Könizer Parlament den Gesetzgebungsprozess initiieren und bis zum Beschluss mitgestalten kann. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament funktioniert gut, basierend auf gegenseitigem Vertrauen. Vom Parlament überwiesene Motionen zu Reglementsänderungen werden in Köniz umgesetzt. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt, dass das Instrument der parlamentarischen Initiative auf Gemeindeebene nur selten vorgesehen ist. Wo es existiert, wird es spärlich angewandt. Das Instrument der parlamentarischen Initiative kommt vor allem auf Bundesebene und eingeschränkt im Kanton und in der Stadt Bern zur Anwendung, also bei grösseren Parlamenten mit eigenständigen fachlichen Unterstützungsdiensten. Die Notwendigkeit und der Bedarf und somit der konkrete Nutzen für die Könizer Bevölkerung sind für den Gemeinderat nicht ersichtlich. Eine Umsetzung wäre - bei effektiver Anwendung des Instruments durch das Parlament - teuer und angesichts der laufenden Aufgabenüberprüfung und Spardiskussionen nicht angemessen. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat dem Parlament, die Motion abzulehnen.

6. Finanzielle Auswirkungen

Bei Anwendung der parlamentarischen Initiative muss mit zusätzlichen Ressourcen (Personal und Finanzen) gerechnet werden (vgl. Kapitel 4).

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 18. September 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion der stellvertretenden Gemeindeschreiberin vom 8. Juli 2019

Diskussion

Erstunterzeichner Casimir von Arx, GLP: In der Schweiz besteht die Staatsform der Demokratie. Das ist schon lange der Fall. Aber die Demokratie, ihre Institutionen und Instrumente, sind nicht statisch, sondern immer in Entwicklung. Um einen solchen Entwicklungsschritt – hier in Köniz – geht es auch in der vorliegenden Motion.

Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Seine Ablehnung teile ich natürlich nicht. Dass die Regierung eine Stärkung des Parlaments ablehnt, ist im Grundsatz nicht überraschend. Es geht dabei ja auch um eine Machtverschiebung. Einige von Euch erinnern sich vielleicht daran: In der letzten Legislatur hatte der Gemeinderat noch Mitglieder, die schon zu Zeiten politisierten, in denen es keine Finanzkommission gab. Nicht allen fiel es gleich leicht, sich daran zu gewöhnen, denn auch die Schaffung einer Finanzkommission vergrösserte den Einfluss des Parlaments. Mittlerweile ist die Finanzkommission aber etabliert und bei den heutigen Gemeinderatsmitgliedern akzeptiert. So wird es auch mit der parlamentarischen Initiative sein, wenn wir diese einführen.

Ich gehe auf einige Überlegungen des Gemeinderats ein:

- Der Gemeinderat sieht bei der Einführung des neuen Instruments ein grosses Ressourcenproblem. Schliesslich braucht man für die Erarbeitung von Gesetzesartikeln Fachwissen. Geschickt blendet der Gemeinderat aus, dass dieses Wissen natürlich auch dann benötigt wird, wenn er selbst resp. die Verwaltung ein Gesetz entwirft. Der Aufwand ist natürlich in beiden Fällen im Wesentlichen derselbe. Im einen Fall haben einfach die Gemeinderatsmitglieder etwas mehr Arbeit, im anderen die Parlamentsmitglieder. Und die sind ja bekanntlich nicht so teuer.
- Ausserdem ist die parlamentarische Initiative eine Vorstossart, die mit Bedacht und daher eher selten eingesetzt wird. Auch aus diesem Grund ist das Ressourcenargument des Gemeinderats nicht sehr stichhaltig.
- Aber es stimmt, dass auch das Parlament von fachlicher Unterstützung profitiert, wenn es ein Gesetz entwirft. Je nach Thema bietet sich hierfür natürlich die Verwaltung an. Der Gemeinderat orte nun Loyalitätskonflikte. Auch dieses angebliche Problem ist von untergeordneter Bedeutung. Wir Parlamentsmitglieder lassen uns regelmässig von der Verwaltung beraten, bevor wir in einer Parlamentssitzung Anträge stellen. Beispielsweise Anträge für eine Gesetzesänderung. Manche unserer Anträge passen dem Gemeinderat, andere nicht. Sprich: Auch in der heutigen Praxis kann es zu Loyalitätskonflikten kommen. Ich habe bisher niemanden gehört, der sich darüber beschwert hat. Es gibt nämlich auch keine Probleme. Die Verwaltung berät ja auch das Parlamentsbüro, wenn es bspw. das Geschäftsreglement des Parlaments ändert. Es gibt keine Probleme, denn die Verwaltung berät das Parlament sachlich und neutral. Das würde sie auch bei der Anwendung der parlamentarischen Initiative tun.
- Aber machen wir ein Gedankenspiel: Wenn es wirklich ein Thema für eine parlamentarische Initiative gäbe, bei dem die Verwaltung ganz schwerwiegende Loyalitätskonflikte hätte, dann würde das ja heissen, dass der Gemeinderat und das Parlament in diesem Thema völlig unvereinbare Meinungen vertreten. In einem solchen Fall wäre es wohl klüger, wenn das Parlament sein Gesetz selber erarbeitet, statt es dem Gemeinderat zu überlassen. Und genau dazu braucht man wiederum die parlamentarische Initiative.
- Einer anderen Aussage des Gemeinderats stimme ich hingegen zu: Die parlamentarische Initiative eignet sich eher für einfache Gesetze. Vor allem aber eignet sie sich für Änderungen bestehender Gesetze. Eher untypisch ist, dass das Parlament auf diesem Weg ein vollständiges, neues, komplexes Gesetz erlässt. Als ich die Antwort des Gemeinderats las, hatte ich allerdings den Eindruck, es gehe vor allem vollständige, neue, komplexe Gesetze. Das trifft natürlich nicht zu.
- Die Antwort des Gemeinderats bietet auch ein gewisses Unterhaltungspotenzial. Er bringt nämlich ein, man könne statt einer parlamentarischen Initiative ja auch eine Volksinitiative lancieren. Natürlich könnte man das. Man könnte auch die Motion abschaffen und stattdessen immer eine Volksinitiative einreichen. Allerdings habe ich grosse Zweifel, dass man auf diese Weise Ressourcen sparen kann. Zusätzlich zu den inhaltlichen Arbeiten käme dann nämlich noch die Abwicklung der Unterschriftensammlung und ggf. eine Volksabstimmung dazu. Es erstaunt mich daher ein bisschen, dass der scheinbar so ressourcenbewusste Gemeinderat so etwas zur Debatte stellt.
- Das Ausweichen auf eine Volksinitiative ist aber auch aus einem zweiten Grund keine sinnvolle Alternative. Es gibt zwei Möglichkeiten, eine Volksinitiative einzureichen:
 - Entweder man reicht einen fertig formulierten Text ein. Es ist aber nicht ganz einfach, das so zu machen, dass es gleich auf Anhieb verfängt. Genau darum kann das Parlament bei einer parlamentarischen Initiative den Text ändern und einen eingereichten Text verbessern.

- Oder man reicht eine Initiative nicht fertig ausformuliert, sondern in Form der einfachen Anregung ein. In diesem Fall ist es aber der Gemeinderat, der aus der Initiative ein Gesetz macht. So steht es in Art. 16 der Gemeindeordnung geschrieben. Dadurch würde die Verwendung einer Volksinitiative aber gerade den springenden Punkt verfehlen: Der Sinn der parlamentarischen Initiative ist ja gerade, dass das Parlament den Lead bei der Erarbeitung eines Gesetzes hat, nicht der Gemeinderat.
- Der Gemeinderat argumentiert weiter, eine parlamentarische Initiative sei vor allem etwas für grössere Parlamente. Sicher meint der Gemeinderat damit nicht die Anzahl Parlamentsmitglieder, sondern die Grösse des Gemeinwesens. Ich rufe dem Gemeinderat gerne in Erinnerung, dass Köniz die dreizehntgrösste Gemeinde der Schweiz ist, wie es die Gemeindepräsidentin ja auch in Interviews betont. Was, wenn nicht Köniz, ist eine grössere Gemeinde? Mit einer Ausnahme sind denn auch alle vom Gemeinderat aufgelisteten Gemeinden ohne parlamentarische Initiative kleiner als Köniz. Man hätte natürlich auch anders suchen können. So wäre man auf die Gemeinde Winterthur gestossen. Die hat letztes Jahr die parlamentarische Initiative eingeführt.

So viel zu dem, was in der Antwort geschrieben steht. Jetzt noch eine Bemerkung zu dem, was nicht geschrieben steht: Der Gemeinderat umschiff in seiner Antwort die Tatsache, dass es bei der Einführung eines neuen parlamentarischen Instruments auch um die Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament geht. Worin besteht die Machtumverteilung? Vor allem in zwei Dingen:

1. Wenn man eine Motion für ein Reglement einreicht, hat der Gemeinderat den Lead. Er hat dann einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Timings. Als Politikerinnen und Politiker wissen wir, dass darin wesentliches Steuerungspotenzial liegt.
2. Der Gemeinderat hat faktisch das Recht auf den ersten Formulierungsvorschlag. Er macht nämlich den Entwurf für das Reglement. Als Politiker und Politikerinnen wissen wir, dass man mit dem ersten Vorschlag Einfluss nehmen kann, weil man bereits die ersten Pflöcke einschlägt.

Es gibt beim Thema Machtverteilung aber noch einen dritten Aspekt: Schon nur die Existenz des Instruments parlamentarische Initiative entfaltet seine Wirkung, weil alle wissen, dass das Parlament, wenn es will, auch alleine Gesetze erlassen kann.

Ich komme zum Schluss: Bei der Einführung der parlamentarischen Initiative geht es im Grunde um nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Das Parlament ist die Legislative, der Gesetzgeber resp. die Gesetzgeberin. Es ist daher selbstverständlich, dass das Parlament in der Lage sein muss, eigenständig Gesetze zu erlassen. Die parlamentarische Initiative ist ein etabliertes Instrument mit genau diesem Zweck.

Vertrauen ist gut, die Zügel selbst in die Hand nehmen ist manchmal besser. Die Einführung eines neuen parlamentarischen Instruments ist kein Misstrauensvotum, sondern einfach eine Weiterentwicklung des demokratischen Systems. Das Recht des Gemeinderats, von sich aus ein Reglement oder eine Reglementsänderung vorzuschlagen, wird nicht beschnitten.

Ich bitte Euch, die Motion zu unterstützen, damit wir anschliessend beraten können, wie das Instrument in Köniz am besten ausgestaltet wird. Dabei geht es um Fragen, wie sie in der Motionsbegründung stehen. Zum Beispiel braucht es eine angemessene Einstiegshürde oder es muss geklärt werden, wann und wie der Gemeinderat seine Meinung einbringen darf.

An dieser Stelle noch eine Frage an den Gemeinderat: Wie geht es bei einer Annahme der Motion weiter? Ich gehe davon aus, dass das Geschäftsreglement des Parlaments angepasst werden muss. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat hierfür die Federführung hat. In welcher Form würde das Parlament oder das Parlamentsbüro hier einbezogen? Wenn es hier schon Überlegungen dazu gibt, wäre ich froh, diese zu hören.

Fraktionssprecherin Tatjana Rothenbühler, FDP: Die Fraktion der FDP. Die Liberalen lehnt die Motion aus folgenden Gründen ab: Das Instrument der parlamentarischen Initiative kommt primär auf Bundesebene zur Anwendung. Im Kanton Bern sowie in der Stadt Bern wird das Instrument eher selten angewendet und in mit Köniz vergleichbaren Gemeinden ist dieses Instrument nur in ganz wenigen Gemeinden vorgesehen. Beispielsweise kennen Biel, Muri, Ostermundigen, Langenthal, Zollikofen, Münchenbuchsee und auch Burgdorf, welche eine ähnliche Grösse wie Köniz haben und Parlamentsgemeinden sind, dieses Instrument der parlamentarischen Initiative nicht. In jenen Gemeinden, welche dieses Instrument eingeführt haben, wurde es selten angewendet. Beispielsweise in Bern seit der Einführung vor 21 Jahren insgesamt nur sechsmal und in Thun, wo die Einführung 2010 stattfand, wurde sie noch gar nie angewendet. Es erscheint uns, dass sich dieses Instrument primär für eher grössere Parlamente eignet, welche über zusätzliche fachliche Unterstützungsdienste verfügen. Die vom Gemeinderat ausgeführten Beispiele zeigen, dass etwa auf Stufe Bund die parlamentarische Initiative nur subsidiär zur Motion zulässig ist.

In der Stadt Bern kommt dieses Instrument nicht subsidiär zur Motion zur Anwendung, doch die mit parlamentarischer Initiative auf Gemeindeebene eingereichten Anliegen können auch mit anderen parlamentarischen Instrumenten eingebracht werden, wie eben mit der Motion.

In Köniz ist es so, dass das Parlament den Gesetzgebungsprozess mittels einer Motion in Auftrag geben kann, welche den Gemeinderat verpflichtet, dem Parlament einen bestimmten Beschluss oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Wo Klärungsbedarf besteht, ist der Gemeinderat in Kontakt mit den Motionären um den Anliegen der Motionäre gerecht zu werden. Weiter kann das Parlament bei wichtigen Vorlagen eine parlamentarische Kommission einsetzen, welche an der inhaltlichen Ausarbeitung eines Entwurfs direkt mitwirkt. Und letztlich entscheidet das Parlament als Gesetzgeber über jede Reglementsänderung. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Rollen und Kompetenzen und basierend auf gegenseitigem Vertrauen wird die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament als gut funktionierend erachtet und empfunden. Insofern sind die Argumente der grösseren Unabhängigkeit des Parlaments von der Exekutive sowie ein konkreter Bedarfsfall für dieses Instrument aus Sicht der FDP. Die Liberalen nicht stichhaltig und keine überzeugenden Gründe für die Einführung der parlamentarischen Initiative. Hinzu kommen, die bei der Einführung dieses Instruments anfallenden Kosten durch zusätzliche erforderliche Ressourcen, welche aus unserer Sicht ein entscheidendes Gegenargument darstellen. Unweigerlich müssen zusätzliche fachliche und personelle Unterstützungen eingefordert werden, welche wie bereits gesagt, beim Bund und bei grösseren Parlamenten vorhanden sind und in Köniz erst noch aufgebaut werden müssten.

Das ist aus der Sicht der FDP. Die Liberalen ein unnötiger Aufwand, zumal in der Gemeinde Köniz bereits wirkungsvolle Instrumente und Verfahren, mit welchen das Könizer Parlament den Gesetzgebungsprozess initiieren und bis zum Schluss mitgestalten kann, vorhanden sind. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es zudem aus unserer Sicht angesichts der laufenden Aufgabenüberprüfung und der Spardiskussionen nicht angemessen, so ein kostspieliges Instrument einzuführen. Aus diesem Grund steht die Fraktion der FDP. Die Liberalen hinter den Ausführungen des Gemeinderats und stützt diese. Wie eingangs erwähnt folgen wir dem Antrag des Gemeinderates und lehnen die Motion ab.

Fraktionssprecher Christian Roth, SP: Die SP-Fraktion hat diese Motion ja miteingereicht, das könnt ihr ja lesen, und auch mehr als die Hälfte der SP-Fraktion hat diese unterzeichnet. Und doch wird das Anliegen zur Einführung der parlamentarischen Initiative der SP-Fraktion inzwischen kontrovers diskutiert. Die unterstützende Seite der Fraktion betont, dass mit der parlamentarischen Initiative die Balance zwischen dem Gemeinderat und dem Parlament gestärkt wird. Und das ist ja immer wieder etwas, was intensiv und zu Recht diskutiert wird: Wo geht genau diese Balance durch? Wo kippt sie hin? Weil das Parlament aus Milizleuten besteht und weil der Gemeinderat aus professionellen Politikerinnen und Politiker, braucht es aus Sicht der befürwortenden Seite eine klare Stärkung des Parlaments. Das Instrument der parlamentarischen Initiative kann dem dienen. Die Unterstützer weisen darauf hin, dass die parlamentarische Initiative es dem Parlament auch ermöglicht, direkt legislierend, ohne Umweg über den Gemeinderat, tätig zu werden. Damit kann das Parlament stärker Einfluss auf die zu diskutierenden Vorschläge nehmen – Casimir von Arx hat dies sehr schön ausgeführt. Es ist manchmal nicht ganz unerheblich: Wann kommt welcher Vorschlag in welcher Form. Die unterstützende Seite innerhalb der SP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die Umsetzung eben auch durchaus pragmatisch gemacht werden kann. Dies zeigt in unseren Augen die Stadt Bern, wo dieses Instrument zwar nicht häufig, aber doch regelmässig zur Anwendung kommt und somit eine Nachfrage für diese Möglichkeit besteht.

Und genau da setzt nun eben auch die skeptische Seite der SP-Fraktion an: Es stellt sich für uns die Frage, ob es dieses Instrument in Köniz überhaupt braucht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament doch grundsätzlich gut funktioniert und man deswegen nichts ändern muss. Kritiker innerhalb der SP befürchten auch, dass dieses Instrument der parlamentarischen Initiative ein Papiertiger bleiben könnte. Denn diese dürfte, wenn überhaupt, nicht oft zur Anwendung kommen. Das Pro-Argument der pragmatischen Umsetzung kontern die Skeptiker in unserer Fraktion mit dem Hinweis, dass es sich bei der parlamentarischen Initiative doch eher um ein aufwendiges Instrument handeln könnte. Es braucht eben vielleicht doch nicht unerheblich personelle Ressourcen innerhalb der Verwaltung und das kostet dann auch wieder. Und es ist schon gesagt worden, dies ist nicht etwas, was in Zeiten der knappen Könizer Finanzen gewünscht ist. Ehrlicherweise muss man hier aber auch sagen, dass das Erarbeiten eines Reglements, welches aufgrund einer überwiesenen Motion notwendig wird, die entsprechend gleichen Ressourcen in der Verwaltung brauchen dürfte. Ihr seht, die SP ist hier durchaus vielseitig unterwegs.

Gerne erlaube ich mir an dieser Stelle noch eine persönliche Bemerkung:

Unabhängig der Einführung dieses zur Diskussion stehenden Instruments steht für mich jedoch auch die interessante Frage im Raum, ob es in Köniz nicht notwendig wäre, etwas, was im Geschäftsreglement des Parlaments im Art. 64 bereits als Möglichkeit formuliert ist: Es besteht nämlich die Möglichkeit, zu Berichten, welche der Gemeinderat traktandiert hat, eigene Erklärungen abzugeben. Ich staune eigentlich, dass wir dies noch nie genutzt haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass in dieser inzwischen doch längeren Zeit – ich habe mit 40 Jahren im Parlament begonnen, die Meisten wissen, wie alt ich inzwischen bin – dies je angewendet worden wäre. Damit könnte das Parlament nämlich bei der Stellungnahme zu einem Bericht des Gemeinderats Erklärungen abgeben, welche mehrheitsgemittelt dem Gemeinderat klare Hinweise geben, in welcher Richtung er doch ein gesellschaftspolitisches Feld – zum Beispiel ein Alterskonzept oder ein Integrationskonzept – weiterentwickeln soll. Derzeit nehmen wir den Bericht des Gemeinderates ohne eigene Erklärung zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis. Die Diskussion im Parlament findet schon statt, doch sie lässt einen eher ungenauen Rückschluss auf die Stimmungslage im Parlament zu. Das kann zu Missverständnissen und zu Falschinterpretationen führen. Und mich dünkt es, um diese persönliche Bemerkung abzuschliessen, an dieser Praxis könnten wir in meinen Augen noch etwas feilen und diese Möglichkeit, welche zur Verfügung steht, noch mehr zu nutzen.

Fraktionssprecher Reto Zbinden, SVP: Auf den ersten Blick wirkt dieser Vorstoss sympathisch. Der Einfluss des Parlaments soll gestärkt werden, es soll möglich werden, direkt aus dem Parlament Gesetze und Reglemente zu erlassen. Nach einer IP sollen wir also noch eine PI bekommen. Das klingt eigentlich alles gut und schön und darum hat diese Motion wohl auch so viele Unterschriften erhalten. Trotzdem unterstützt die SVP-Fraktion diese Motion nicht.

Warum findet dieser gutgemeinte Vorstoss keine Unterstützung? Für uns stimmen der Aufwand, der Ertrag für die Erarbeitung und die Einführung dieses Instruments auf Gemeindeebene nicht. Es wird uns viel Geld kosten, es werden Reglementsänderungen notwendig, die Ausarbeitung ist aufwändig und ob das ausgearbeitete Reglement dann auch dem Willen der Motionäre entspricht, ist auch noch nicht sicher. Bereits die Einführung der Initiative ist aufwändig und teuer und dann geht es erst richtig los: Für jede Initiative braucht es fachliche Unterstützung, was auch wieder mit Kosten verbunden ist. Wie hoch die Gesamtkosten dann schlussendlich sein werden, können wir nicht abschliessend beurteilen. Und auch wie hoch die Mehrkosten bei einem Gesetzesentwurf des Gemeinderats sind, ist für uns schwierig zu beurteilen. Wir rechnen aber klar mit Mehrkosten.

Wie aber schon häufiger gesagt, ist die effektive Höhe der Kosten aber nur ein Faktor. Wichtiger ist aber, was wir für das ausgegebene Geld bekommen: Hier erhalten wir ein Instrument, welches in anderen Gemeinden kaum oder gar nicht genutzt worden ist. So erfahren wir aus der Antwort des Gemeinderats, dass in Thun seit der Einführung dieses Instruments im Jahr 2010 noch keine einzige parlamentarische Initiative eingereicht worden ist. In der Stadt Bern waren es in den letzten 21 Jahren sechs Initiativen, was heisst, rund alle 3.5 Jahre eine. Und die Stadt Bern ist dann doch noch etwas grösser als Köniz. Die letzte wurde beispielsweise im Jahr 2017 eingereicht und diese wurde durch den Stadtrat abgelehnt. Es ist also fraglich, wie viele parlamentarische Initiativen in Köniz denn tatsächlich jemals umgesetzt werden und ob man das Ziel, welche die Initiative gehabt hätte, nicht auch anders hätte erreichen können.

Die Motionäre werden sicherlich viele Beispiele liefern können, warum die Situation in Köniz anders ist und wie sie dieses Instrument nutzen wollen. Wir werden es dann sehen. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort noch weitere Gründe für den Status Quo geliefert, welche für uns auch einleuchtend sind: Bereits heute können wir grossen Einfluss nehmen und Christian Roth hat zuvor ein weiteres schönes Instrument erwähnt, welches man durchaus einmal anwenden könnte. Auf Stufe Bund und Kanton ist die Situation auch noch etwas anders. Dort gibt es bereits parlamentarische Fachkommissionen, welche diese Initiativen bearbeiten und Reglementstexte entwerfen können. In der Gemeinde müsste man dann vermutlich jedes Mal eine solche Kommission gründen.

Dieser Vorstoss gibt uns so Gelegenheit, die vielen Vorstösse, welche im Parlament immer wieder eingereicht werden, etwas kritisch zu beleuchten: Wir sollten uns vielleicht auch hier etwas mehr bewusst werden, dass es jedes Mal einen grossen Aufwand für die Verwaltung gibt und doch auch erhebliche Kosten verursacht. Manchmal wäre es auch dienlich, einzelne Vorstösse direkt mit dem zuständigen Gemeinderat oder mit der Verwaltung anzuschauen, das würde sicherlich weniger Kosten verursachen. Und sollte diese Antwort nicht befriedend sein, kann man immer noch einen Vorstoss nachreichen. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass diese Motion für erheblich erklärt werden wird. Nach dem Votum von Christian Roth bin ich aber nicht mehr so sicher.

Falls sie doch erheblich erklärt werden sollte, wären wir froh, wenn wir auch die Kosten, welche das Ganze verursacht, aufgelistet erhalten. Vielleicht könnte man bei dieser Gelegenheit auch mal den Durchschnitt aller Vorstossarten aufzeigen, was beispielsweise eine Motion kostet, was ein Postulat und was eine Interpellation.

Fazit, wir können bereits heute Einfluss auf Gesetze und Reglemente nehmen. Das Instrument der parlamentarischen Initiative ist unserer Ansicht nach auf Gemeindeebene nicht notwendig. Die SVP-Fraktion wird dem Gemeinderat folgen.

Fraktionssprecher Iris Widmer, Grüne: Man merkt der Antwort des Gemeinderats sehr gut an, dass er sich mit Händen und Füßen gegen dieses Instrument wehrt. Der Gemeinderat findet dieses Instrument – ich möchte es ganz grob zusammenfassen – unnötig, zu teuer und er hält das Parlament tendenziell - ich überspizte hier etwas - für unfähig. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Die Gegenargumente des Gemeinderats überzeugen die Grüne-Fraktion in keiner Art und Weise. Ja, lieber Gemeinderat, es ist richtig, dass es auch andere parlamentarische Instrumente gibt, mit welchen Anliegen eingebracht werden können, wie Motion und Volksinitiative. Der grosse Vorteil der parlamentarischen Initiative ist aber der Zeitfaktor. Der Gemeinderat hat eine Motion innert vier Monaten zu beantworten und nachher hat er zwei Jahre Zeit, diese Motion zu erfüllen. Dies gibt dem Gemeinderat einen gewissen Spielraum, auch in taktischer Hinsicht, und er kann Anliegen des Parlaments verzögern. Bei einer parlamentarischen Initiative kann dies alles viel schneller gehen. Vor allem kann das Parlament die Zügel in den Händen halten. Ich nenne ein aktuelles Beispiel auf Bundesebene: Die Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 sind im Rat 2014 bereits ein Thema. Mittlerweile erhalten die Opfer von Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen einen Solidaritätsbeitrag ausbezahlt. Die Auszahlung dieses Betrages führt in Einzelfällen dazu, dass die Ergänzungsleistung gekürzt wird. Im August dieses Jahres, gab es im Kassensturz einen Bericht dazu. Am 3. September hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates beschlossen, eine parlamentarische Initiative einzureichen und das Gesetz so anzupassen, dass die Auszahlung der Solidaritätsbeiträge nicht zu einer Kürzung der Ergänzungsleistung führen darf. Nach der Zustimmung der Schwesterkommission am 29. Oktober ist ein Erlassentwurf bereits verabschiedet worden und nach Wunsch der Kommission soll die Vorlage noch in dieser Wintersession behandelt und verabschiedet werden. Ihr seht, das geht sensationell schnell, nämlich im Fall vom Entschluss bis zur Verabschiedung, vier Monate. Wir wären da erst bei der Erheblicherklärung. Und es kann durchaus Fälle geben, wo ein schnelles Vorgehen sinnvoll ist.

Der Gemeinderat sagt dann auch noch, dass dieses Instrument kaum gebraucht werde. Dies ist aber überhaupt kein Argument dagegen, es zeigt vielmehr, dass mit diesem Instrument sehr vorsichtig umgegangen und dieses sehr umsichtig eingesetzt wird. Wir denken, dieses ist vor allem dann sinnvoll, wenn das normale Verfahren über eine Motion nicht zum Erfolg führt. Das Parlament kann nämlich in letzter Instanz die Regie über den Rechtssetzungsprozess in den eigenen Händen halten.

Dann noch zum Kostenargument: Wenn die Fachstelle Parlament aufgestockt werden müsste, wenn Externe beigezogen werden müssten, wenn es zu Loyalitätskonflikten in der Verwaltung kommen könnte. Meine Vorredner haben bereits aufgezeigt, dass auch die Umsetzung einer Motion Kosten verursacht.

Nun noch zu diesem Loyalitätskonflikt: Ich kann hier aus meinem eigenen Arbeitsalltag berichten. Auch ich muss als Teil der Verwaltung regelmässig parlamentarische Initiativen umsetzen helfen. Diese angeblichen Konflikte werden meines Erachtens aber wirklich völlig überschätzt. Verwaltungsangestellte haben ja auch nicht immer die gleiche politische Einstellung wie der Direktionsvorsteher und trotzdem müssen sie die Vorgaben umsetzen. Es gehört meines Erachtens zu einer professionellen Arbeitshaltung, dass man sein Fachwissen einsetzt um eine gute Gesetzgebung zu machen, auch wenn man politisch eine andere Auffassung vertritt. Ich traue unserer Verwaltung und insbesondere unserem Rechtsdienst das ohne weiteres zu.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Satz auf Seite 5. Es heisst dort „Gesetzgebung ist ein aufwändiger und arbeitsintensiver Prozess, welcher spezialisiertes Fach- und Verwaltungswissen erfordert, was von einem Parlamentsmitglied nicht verlangt wird bzw. nicht erwartet werden darf.“ Dieser Satz ist bei uns sauer aufgestossen. Die Gesetzgebung gehört zur ureigenen Aufgabe des Parlaments auch in einem Milizsystem. Vielleicht kann der Gemeinderat hier noch erklären, wie er das genau gemeint hat. Und ich bin überzeugt, dass wir hier als Könizer Parlament dazulernen könnten, auch bei einer parlamentarischen Initiative.

Fazit, die parlamentarische Initiative trägt zur Stärkung des Parlaments bei und die Grünen werden helfen, die Motion einstimmig erheblich zu erklären.

Lucas Brönnimann, glp: Ich möchte nur kurz Bezug auf das Argument der Kosten nehmen: Ich habe leider kein Notizblatt gehabt, deshalb musste ich mein Argument auf einen Post-it-Zettel schreiben. Ich denke durch die Kürze der Voten kann man Geld sparen.

Wenn ich diese Motion selber umsetze, also selber diese Reglemente schreibe, so würde ich für die Verwaltung eine Entlastung bringen. Leider kann ich das nicht, da die parlamentarische Initiative nicht vorhanden ist. Was will ich damit sagen: Die parlamentarische Initiative kostet nicht nur, sondern mit dieser kann man auch Geld sparen, indem ich zum Beispiel als Jurist mein Wissen einbringen könnte und so die Verwaltung entlasten könnte. Diese müsste meinen Entwurf eventuell nur noch kurz prüfen. Ich habe das Gefühl, wenn das treibende Argument ist, dass die Einführung des Geschäfts oder die Umsetzung der Motion grosse Kosten verursacht, insbesondere wenn es nur eine Gesetzesänderung ist, dann hat man keine anderen Argumente mehr. Ich persönlich bin für die Demokratie. Ich persönlich bin für die Herrschaft des Volkes und nicht der Verwaltung. Entsprechend bin ich für die parlamentarische Initiative.

Ruedi Lüthi, SP: Wir sprechen nicht das erste Mal über die Einführung eines neuen Instruments. Denken wir zurück an das Antragsrecht oder an die Volksmotion, welche wir hier auch diskutiert haben. Interessant ist, dass wir immer dieselben Gegenargumente hören. Wir hören immer, es wird nicht gebraucht, wir haben ein Referendum, welches auch nie gebraucht wird, wir haben die Volksinitiative, welche in den letzten 30 Jahren glaube ich zweimal angewendet worden ist. Wir schaffen dies ja nicht ab und daher ist es doch auch wichtig, dass man dem Parlament neue Instrumente gibt und dass man die Volksrechte besser und auch schneller ausüben kann. Ich bin auch überzeugt, dass wenn diese Initiative mal legalisiert und aufgenommen ist, wir dann auch Geld und Kosten sparen können. Dies weil wir die Fachkräfte, welche wir im Parlament haben, nutzen können. Wir haben es zuvor gehört, es gibt auch hier Leute, welche sich sicherlich gut mit diesen Themen auseinandersetzen können und mithelfen, dass es sogar effizienter wird.

Die Argumente sind wieder genau dasselbe wie bei den anderen Sachen, welche eingeführt werden sollten: Es wird ja nicht gebraucht und es kostet mehr. Das ist nicht so. Man kann immer andere Gemeinden bringen. Wie das letzte Mal, als wir über das Antragsrecht gesprochen haben, damals hatte man auch andere Gemeinden vorgebracht. Man könnte auch sehr viele Gemeinden bringen, welche dies heute erfolgreich umsetzen und dies nicht missbrauchen, sondern eben genau nur dann, wenn es effizient ist und auch etwas bringt. Darum werde ich sicher diesem Antrag zustimmen.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Merci für diese vielen interessanten Voten. Ich kann euch in grossen Teilen folgen. Ich war schliesslich selber auch 12 Jahre auf der anderen Seite. Dass man als Parlamentarier findet, das Parlament müsse gestärkt werden, das ist einfach so. Ich möchte hier aber vorausschicken, dass es dem Gemeinderat in der Antwort auf diese Motion nicht darum gegangen ist, die Arbeit des Parlaments, welche durchaus die Gesetzgebung umfasst, zu machen. Wir haben kein Interesse daran, euch in irgendeiner Form einzuschränken, denn ihr braucht eure Kräfte und ihr setzt diese munter ein. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Balance heute da ist.

Zum Bedarf: Als wir an diese Antwort herangegangen sind, haben wir geschaut, was vergleichbare Gemeinden und Parlamente machen. Haben diese dieses Instrument? Wenn ja, brauchen sie es? Und gleich gross bedeutet nicht etwa, wie viele Einwohner, sondern vor allem auch, wie viel Personal im Parlamentssekretariat und im Kommissionssekretariat vorhanden sind. Und hier sind wir in Köniz sehr schlank unterwegs, wenn man mit anderen Parlamenten vergleicht. Wir haben ein Parlamentssekretariat, welches mit 50% besetzt ist. Hier sind wir tatsächlich sehr schlank unterwegs und wenn das Parlament dann zusätzliche Instrumente hat und diese auch einsetzt, dann ist automatisch auch mehr Bedarf für Unterstützung da.

Ich habe in den letzten Minuten aber auch Widersprüchliches gehört: Einerseits heisst es, dass die reine Existenz dieses Instruments bereits schon eine Wirkung entfaltet. Dies bedeutet doch einfach nur, dass man dies einfach haben möchte, doch im Grunde weiss man noch gar nicht, ob man dieses überhaupt braucht. Und hier muss ich sagen, dass wir meiner Erfahrung nach in Köniz einen pragmatischen Ansatz haben, in dem wir nicht Sachen schaffen, welche wir mit grosser Wahrscheinlichkeit gar nicht brauchen.

Ein anderer Widerspruch war, dass man nicht ganze Gesetze machen wolle, sondern man wolle hier Änderungen von bestehenden Gesetzen machen oder dann ganz einfache, welche im Grunde jeder Jurist oder Juristin selber schreiben könne. Da möchte ich niemanden unterstellen, dass er dies nicht kann, ich weiss, es hat hier ausgewiesene Juristinnen und Juristen, welche sich mit der Gesetzgebung sehr gut auskennen.

Doch ich selber bin auch Juristin und ich würde mir hier nicht zutrauen, einfach so ein Gesetz niederzuschreiben. Selbst ein einfaches Gesetz ist unter Umständen keine einfache Sache. Ich glaube hier darf man wirklich nicht unterschätzen, dass es Unterstützung aus der Verwaltung braucht.

Und damit sind wir bereits beim nächsten Widerspruch: So sagt das Parlament auf der einen Seite, es wolle selber Gesetze erlassen, doch im nächsten Atemzug muss wieder die Verwaltung ran, welche in Köniz ja nicht dem Parlament zugeordnet ist. Hier hat der Gemeinderat das Ganze nun mal wirklich zu Ende gedacht.

Und was den Zeitfaktor angeht, da haben wir ein sehr eindrückliches Beispiel aus der Bundespolitik gehört. Da lehne ich mich so weit hinaus zu sagen, dass wir hier keine solchen einschneidenden Beispiele haben. Und wenn es eine einfache Änderung ist, dann hätte ich noch nicht erlebt, dass der Gemeinderat absichtlich verzögert, sondern wenn etwas auf der Hand liegt, dann sind wir durchaus auch bereit, die Zusammenarbeit zackig voran zu treiben und vorwärts zu machen.

Es wurde einige Male das Wort „Vertrauen“ gebraucht. Der Gegensatz dazu ist „Misstrauen“ und wenn ich euch zugehört habe, dann hatte ich den Eindruck, dass doch viel Misstrauen durchsickert und das ist schade. Denn wir haben mit den bestehenden Instrumenten gute Möglichkeiten, die Änderungen, welche von Seiten des Parlaments gewünscht oder angeregt werden, effizient und im Sinne aller umzusetzen.

Noch kurz zu den Kosten: Hier möchte ich darauf hinweisen, dass einerseits die Umsetzung ein grosser Aufwand bedeutet, dies haben wir in der Antwort angedeutet. Wenn es dann effektiv mal eine solche parlamentarische Initiative gibt, dann ist der Aufwand nicht zu unterschätzen, mit all den Abklärungen, welche man noch machen muss. Und damit kann ich noch die Frage beantworten, wie es weitergehen würde, wenn die Motion erheblich erklärt wird: Wir haben noch nicht so weit gedacht. Dies werden wir machen, wenn wir den Auftrag effektiv erhalten. Dann werden wir auch das Parlament einbeziehen, das wäre selbstverständlich. Damit habe ich den Kreis auch schon wieder geschlossen zum Thema Vertrauen, welches wir hier gegenseitig haben.

Ja, der Gemeinderat ist der Auffassung, der Bedarf für dieses Instrument ist nicht gegeben. Der Aufwand, welcher betrieben werden muss, um so ein Instrument überhaupt in Kraft zu setzen und auch in der effektiven Anwendung ist gegenüber dem Nutzen für den Gemeinderat zu gross. Und darum empfiehlt der Gemeinderat, diese Motion abzulehnen.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 20 für erheblich Erklärung, 15 für Ablehnung)

PAR 2019/111

V1923 Interpellation (Grünliberale, BDP) „Ökologische Bewirtschaftung von Gärten“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

In der Gemeinde Köniz bestehen zahlreiche Gärten, zusammengezählt eine beachtliche Fläche. Nicht selten ist ein Grossteil des Gartens mit Rasen bedeckt. Längst nicht immer aufgrund konkreter Nutzungsbedürfnisse, sondern auch wegen bestimmter ästhetischer Vorstellungen (Rasenteppich, englischer Garten) oder einfach, weil es so üblich ist, werden der Rasen und anderes Gewächs immer wieder kurzgeschnitten. So entstehen, ähnlich wie zuweilen in der Landwirtschaft, auch im Gartenbereich Monokulturen, die in Bezug auf die Biodiversität nur durch Steingärten unterboten werden, welche in diesem Zusammenhang leider als Nonkulturen bezeichnet werden müssen.

Für die Bewirtschaftung der Gärten mit dem Ziel einer einheitlichen, kurzen Grasbedeckung und rechtwinkliger Gewächsvolumina wird beträchtlicher Aufwand betrieben.

Von aussen betrachtet wirkt dies manchmal grotesk, etwa wenn eigens Gärtnereiunternehmen aufgeboden werden, die mit einem hochmotorisierten Maschinenpark anrücken, um Grashalme, Blumenstiele, Zweige und Hecken in die Schranken zu weisen. Besonders im Sommerhalbjahr ist dies aufgrund der grossen Lärmemissionen ein Ärgernis für die Bewohner/-innen von Gartenstadt-Quartieren. Vor allem aber ist es ein Problem für die Biodiversität, denn in der Bewirtschaftung von Gärten liegt Potenzial für deren Stärkung. Dabei gilt oft «weniger ist mehr», z. B.:

- Mit dem Verzicht auf einen Kurzschnitt (d. h. mindestens 10 cm stehen lassen) und den Einsatz von Rasenmärobotern und sog. Fadenmähern werden weniger Insekten und andere kleine Tiere getötet.
- Wenn Altholz- und Laubhaufen liegen gelassen werden, finden Igel darin Unterschlupf.
- Blumenwiesen weisen in der Regel eine grössere Artenvielfalt auf als Rasen, insbesondere, wenn man sie nicht mehrmals pro Jahr mäht, sondern zulässt, dass die Pflanzen wachsen.
- Ohne den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden gedeihen mehr Pflanzen und können mehr Tierarten den Garten als Lebensraum nützen.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass in der Bewirtschaftung von (Privat-)Gärten ein Potenzial für die Stärkung der Biodiversität liegt?
2. Besteht aus Sicht des Gemeinderats ein gewisser gesellschaftlicher Erwartungsdruck, Gärten ordentlich zu pflegen und sie in Entsprechung mit den oben beschriebenen ästhetischen Idealen zu bringen?
3. Welche Unterstützung bietet die Gemeinde Köniz Personen, die den Bewuchs ihres Gartens nur selten zurückschneiden, dann aber grössere Mengen an Schnittmaterial entsorgen oder verwerten müssen?
4. Wie nimmt der Gemeinderat bei der Bewirtschaftung der Gärten im Gemeindebesitz (Liegenschaften, Schulhäuser etc.) auf die Biodiversität Rücksicht?
5. Verfügt die Gemeinde Köniz über ein Merkblatt für Hausbesitzende, mit dem für den Zusammenhang zwischen Gartenbewirtschaftung und Biodiversität sensibilisiert wird? Wenn nein, ist der Gemeinderat bereit, ein solches zu erstellen und dieses bspw. zusammen mit den Informationen über das Lichtraumprofil von Strassen und Wegen⁸ zu verteilen?
6. Sieht der Gemeinderat weitere Möglichkeiten, mit einfachen Mitteln das Biodiversitätspotential auszuschöpfen, welches in der Bewirtschaftung von Gärten liegt, z. B. mit einem Ideenwettbewerb, durch Bekanntmachung von Aktionen wie Mission B⁹ oder mit Anregungen aus dem Projekt «Natur findet Stadt»¹⁰?

Köniz, Juni 2019

Eingereicht

24.06.2019

Unterschrieben von 13 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Matthias Müller, Christina Aebischer, Dominique Bühler, Iris Widmer, Elena Ackermann, Katja Niederhauser, Lucas Brönnimann, David Müller

⁸ Vgl. <https://www.koeniz.ch/wohnen/verkehr/baeume-und-straeucher.page/216>.

⁹ Vgl. <https://missionb.ch/>.

¹⁰ Vgl. <http://www.naturfindetstadt.ch/de>.

Antwort des Gemeinderates

1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass in der Bewirtschaftung von (Privat-)Gärten ein Potenzial für die Stärkung der Biodiversität liegt?

Ja, der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass in der Bewirtschaftung von (Privat-)Gärten ein Potenzial für die Stärkung der Biodiversität liegt. Privatgärten bilden oft Konglomerate kleinstrukturierter Flächen, die grosses Potential für eine reiche Artenvielfalt haben (Bsp. Gartenstadt, Einfamilienhausquartiere). Die Gemeinde kann keine restriktiven Auflagen in Bezug auf Biodiversität in Privatgärten machen.

Rasenflächen haben den Vorteil, dass sie als Spiel- und Aufenthaltsflächen genutzt werden können. Blumenwiesen sind Insektenweiden, was aus Biodiversitätssicht sehr positiv ist, jedoch für die Nutzer durch Insektenstiche unangenehm oder gar gefährlich sein kann. Auch gewisse Pollenallergiker sind darauf bedacht zu verhindern, dass in ihrem Garten bestimmte Gräser blühen. Gemüsegärten dienen der Selbstversorgung. Bauerngärten sind oft Nutzgärten und haben zudem einen kulturhistorischen Wert, der erhalten bleiben soll. Gärten haben ausserhalb der Biodiversitätsförderung verschiedene Nutzen, die durchaus auch ihre Daseinsberechtigung haben.

Es besteht ein grosses Potential für eine Förderung der Biodiversität, jedoch sollen Gärten auch vielfältig genutzt werden können.

2. Besteht aus Sicht des Gemeinderats ein gewisser gesellschaftlicher Erwartungsdruck, Gärten ordentlich zu pflegen und sie in Entsprechung mit den oben beschriebenen ästhetischen Idealen zu bringen?

Der Gemeinderat erachtet es nicht als seine Aufgabe zu beurteilen, ob ein gewisser gesellschaftlicher Erwartungsdruck besteht, Gärten ordentlich zu pflegen und sie in Entsprechung mit den eingangs beschriebenen ästhetischen Idealen zu bringen.

3. Welche Unterstützung bietet die Gemeinde Köniz Personen, die den Bewuchs ihres Gartens nur selten zurückschneiden, dann aber grössere Mengen an Schnittmaterial entsorgen oder verwerten müssen?

Wie dem Abfallkalender der Gemeinde Köniz zu entnehmen ist, bietet die Gemeinde eine Grüngutsammlung an, die zwischen März und November alle zwei Wochen stattfindet. Das Grüngut kann in Rollcontainer oder als Astbündel mit Grüngutmarken bereitgestellt werden. Das gesammelte Grüngut wird in der Gemeinde zu Kompost verarbeitet und als Dünger der Landwirtschaft zugeführt.

Bei der laufenden Aktion bezüglich Buchsbaumzünsler und Neophyten können vom Buchsbaumzünsler befallene Buchspflanzen sowie gerodete Neophyten nach Vorgaben der Abfallbewirtschaftung (in Säcke abgepackt und telefonisch angemeldet) der regulären Kehrrichtabfuhr gratis mitgegeben werden.

4. Wie nimmt der Gemeinderat bei der Bewirtschaftung der Gärten im Gemeindebesitz (Liegenschaften, Schulhäuser etc.) auf die Biodiversität Rücksicht?

Bei den Grünflächen im Liebefeld Park, dem Schlosspark, den Friedhöfen und den öffentlichen Spielplätzen wird grosser Wert auf einen angemessenen Ausgleich zwischen Nutzungsanforderungen, effizienter Bewirtschaftung und einem Beitrag zur Förderung der Biodiversität gelegt. Zur Förderung der Biodiversität werden die Grünflächen wenn möglich gestaffelt gemäht, Bereiche ausgelassen, das Schnittgut abgeführt (ausmagern der Flächen), Neophyten bekämpft und Strukturen geschaffen (Bienenhotel, Tümpel, etc.). Die biodiversitätsfreundliche Pflege gemeindeeigener Flächen stösst auf positives Echo.

Wie bereits erwähnt haben Gärten bzw. Aussenräume von Liegenschaften Nutzungen zu erfüllen. Wohnliegenschaften müssen in deren Umgebung mit Wegen erschlossen sein, Parkplätze für Velos und andere Fahrzeuge anbieten und Raum für Begegnungen ermöglichen (Sitz- und Aufenthaltsflächen sowie Spielangebote). Schulhausumgebungen sind in erster Linie Pausenplätze, Sportanlagen und Spielorte.

In anderen Bereichen wie dem Strassenunterhalt stehen die Verkehrssicherheit und die effiziente Bewirtschaftung (Personalressourcen, möglichst geringe Beeinträchtigung des Verkehrs) im Vordergrund. Die Gemeinde ist jedoch bestrebt wo möglich und sinnvoll Biodiversitätsförderungen zu leisten.

5. Verfügt die Gemeinde Köniz über ein Merkblatt für Hausbesitzende, mit dem für den Zusammenhang zwischen Gartenbewirtschaftung und Biodiversität sensibilisiert wird? Wenn nein, ist der Gemeinderat bereit, ein solches zu erstellen und dieses bspw. zusammen mit den Informationen über das Lichtraumprofil von Strassen und Wegen¹¹ zu verteilen?

Ja, die Gemeinde verfügt über Merkblätter zur ökologischen Aussenraumgestaltung. Da diese bereits einige Jahre alt sind, müssten sie überarbeitet und den neusten Erkenntnissen angepasst werden.

Im Rahmen des Legislaturziels 3.3 „Köniz wertet seine Aussenräume auf und sichert die Qualität der Natur und Kulturlandschaften“ mit der Massnahme „Biodiversität fördern“ und dem Indikator dafür, „Biodiversitätskonzept ist erarbeitet“ wird die Thematik in den nächsten Jahren angegangen.

6. Sieht der Gemeinderat weitere Möglichkeiten, mit einfachen Mitteln das Biodiversitätspotential auszuschöpfen, welches in der Bewirtschaftung von Gärten liegt, z. B. mit einem Ideenwettbewerb, durch Bekanntmachung von Aktionen wie Mission B¹² oder mit Anregungen aus dem Projekt «Natur findet Stadt»¹³?

Dies wird im Rahmen des oben erwähnten Biodiversitätskonzepts ermittelt. Die Gemeinde hat das Umweltforum Köniz dabei unterstützt ein Floreninventar aufzubauen. Dieses soll dereinst als Grundlage für konkrete Biodiversitätsfördermassnahmen auch für Gärten dienen. Ideenwettbewerbe und andere Partizipationsmassnahmen werden in Betracht gezogen.

Köniz, den 21.8.2019

Der Gemeinderat

Beilagen

--

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichner Casimir von Arx, GLP: Der Rückgang der Biodiversität ist, wie der Klimawandel, eine der grossen ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. In den letzten Jahren müssen wir leider eine Hiobsbotschaft nach der anderen zur Kenntnis nehmen. Die neueste solche Meldung, die ich vor wenigen Tagen gelesen habe, handelte von einer langjährigen Studie aus Deutschland. Das Ergebnis: Ein Drittel der Insektenarten ist innerhalb von zehn Jahren verschwunden. Die Biomasse der Insekten, also das Gewicht aller Insektenkörper, ging in den Graslandschaften um sage und schreibe zwei Drittel zurück. Bei der Eidgenössischen Anstalt für Wald, Schnee und Landschaft geht man davon aus, dass das Ausmass der Probleme in der Schweiz dasselbe ist. Diese Entwicklung ist dramatisch. Kommen wir nach Köniz. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung der Interpellation. Auch von dieser Antwort bin ich befriedigt.

¹¹ Vgl. <https://www.koeniz.ch/wohnen/verkehr/baeume-und-straeucher.page/216>.

¹² Vgl. <https://missionb.ch/>.

¹³ Vgl. <http://www.naturfindetstadt.ch/de>.

Es freut mich, dass die Ansicht teilt, dass nicht nur in der Landwirtschaft, sondern eben auch in den Privatgärten ein grosses Potenzial liegt, um die Biodiversität zu fördern!

Nun ein paar Bemerkungen zu einzelnen Fragen:

- In der Antwort zur Frage 1 schreibt der Gemeinderat gleich, er könne in Privatgärten keine restriktiven Biodiversitätsauflagen machen. Darum geht es auch nicht. Ich weiss, dass es in der Einleitung der Interpellation ein paar kritische Bemerkungen zu gewissen Gartenbewirtschaftungspraktiken hat. Das Ziel der Interpellation ist die Sensibilisierung. Es geht nicht um Verbote. Das ist vielleicht gar nicht so selbstverständlich. In letzter Zeit wurden, ich habe das erst nach Einreichung der Interpellation gesehen, in der Schweiz mehrere Vorstösse überwiesen, in denen es unter anderem um den Zusammenhang von Gartengestaltung und Biodiversität und um rechtliche Massnahmen ging. Vielleicht hat der Gemeinderat diese Vorstösse mit meiner Interpellation verwechselt. Zum Beispiel im Parlament von Olten, der Gemeinderat von Grenchen. Auch die Gemeinde Heiden in Appenzell Ausserrhoden wurde aktiv und hat neue Richtlinien für Baubewilligungen erlassen. Sogar der Bundesrat ist bereit, Massnahmen gegen die Verschotterung von Grünflächen zu prüfen. Hier und heute geht es aber um Sensibilisierung. Das sollte ein aussichtsreiches Unterfangen sein, schliesslich geht es darum, die Gartenbesitzerinnen und -besitzer für etwas Schönes zu sensibilisieren und zu motivieren. Nämlich dafür, einen wuchernden, lebendigen Garten zu schaffen.
- In Frage 3 geht es darum, dass es der Biodiversität zuträglich sein kann, wenn man auf regelmässige Millimeterschnitte verzichtet und die Wiese stattdessen seltener mäht, dafür aber jedes Mal grosse Mengen an Schnittmaterial anfallen. Der Gemeinderat macht in seiner Antwort freundlicherweise auf die Grüngutsammlung aufmerksam. Herzlichen Dank dafür. Es war mir tatsächlich schon bekannt. Der springende Punkt bei der Frage sind aber die grossen Mengen. Wenn man selten schneidet, können auch in Privatgärten schnell einmal drei oder mehr Rollcontainer an Schnittmaterial anfallen. Die Hersteller von Rollcontainern würde es sicher freuen. Die Frage zielte aber eher darauf ab, ob der Gemeinderat sich auch andere Unterstützung vorstellen kann.
- Die Antwort auf Frage 4 tönt gut. Der Gemeinderat versucht, auch selbst vorbildlich zu sein bei der Biodiversität. Trotzdem sind in der Antwort auch zahlreiche Relativierungen enthalten. Klar: Grünflächen werden von verschiedenen Nutzungsgruppen beansprucht. Es geht nicht nur um Biodiversität. Vielleicht könnte der Gemeinderat aber angesichts des immer dringlicher werdenden Problems die Prioritäten doch noch etwas nachjustieren.
- In seiner Antwort auf Frage 5 gibt der Gemeinderat bekannt, dass er über nicht ganz aktuelle Merkblätter zur ökologischen Aussenraumgestaltung verfügt. Er kündigt an, sich dem Thema anzunehmen. In seiner Antwort hat der Gemeinderat aber vergessen, die Frage ganz zu beantworten: Ist der Gemeinderat auch bereit, die Merkblätter unter die Leute zu bringen, zum Beispiel zusammen mit den Informationen über das Lichtraumprofil von Strassen und Wegen, die ohnehin jedes Jahr verteilt werden? Vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch etwas sagen.

Ich will mich aber nicht beschweren: Der Gemeinderat wird von sich aus aktiv und gibt sich auch offen, Vorschläge zu prüfen, wie sie in Frage 6 angetönt sind. Andernorts wurden schon grössere Projekte lanciert, um auf Grünflächen im Siedlungsgebiet Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen, beispielsweise im Kanton Aargau das Projekt „Natur findet Stadt“.

Bleiben wir also gespannt, welche konkreten Sensibilisierungsmassnahmen der Gemeinderat für die Gemeinde Köniz präsentiert. Und vor allem: Wann. Noch einmal zehn Jahre warten wäre keine gute Idee.

Dominique Bühler, Grüne: Ich möchte kurz meine Interessensbindung offen legen: Ich bin im Vorstand des Umweltforums Köniz. Das ist der Trägerverein des Floreninventars Köniz (Flok), welchen ich selber leite und an welchem ich auch mitmache. Und ich bin im Vorstand des Infozentrums Eichholz.

Schon seit Jahren brennt das Thema „Naturnahe Gartengestaltung“ oder „Gestaltung von Aussenräumen“. Und es haben schon etliche Diskussion mit motivierten Interessensvertreterinnen und Interessensvertreter aus politischen Parteien, Umweltvereinen und auch aus dem Bereich nachhaltiges Bauen stattgefunden. Es gibt bereits einige wirklich coole Angebote in der Gemeinde Köniz. Das Infozentrum Eichholz hat in diesem Jahr Veranstaltungen zu Bienengärten durchgeführt und in ihrem neu eröffneten Bienenlehrpfad kann man sehr viele Inspirationen für das eigene Daheim holen. Auch das Umweltforum Köniz ist seit Jahren daran, zum Beispiel mit dem Schnitt von Strassenrändern und wird zukünftig Gartenführungen mit einem Biologen anbieten. Aber es gibt noch viel zu tun und darum vielen Dank für den Anstoss durch diese Interpellation. Vor allem weil je länger je mehr die Siedlungsgebiete mehr für die Biodiversität tun, als die ländlichen Ortsteile.

Nun noch einige Punkte zur Interpellation: Es sind nicht nur Privatgärten, welche einen wertvollen Beitrag zur Biodiversität liefern, sondern auch Balkone. In der Gemeinde Köniz sind Tausende Wohnungen vorhanden und damit auch eine grosse Fläche an Balkonen. Vergesst also die Balkone im Biodiversitätskonzept nicht. Wenn man sich mit der Natur im Garten auseinandersetzt, dann weiss man, dass die Gemeinde wirklich über veraltete Flyer verfügt. Auf dem Internet sind aber sehr gute Ressourcen vorhanden. So beispielsweise von ProNatura oder von Städten oder anderen Gemeinden. Es ist fragwürdig, ob ein neuer Flyer wirklich einen Mehrwert bringt. Es wäre vielmehr wünschenswert, dass der Gemeinderat seine Ressourcen für ein gutes Biodiversitätskonzept einsetzt. Die Aktion „Natur findet Stadt“ ist sehr gut aufgebaut, es gibt aber auch andere interessante Beispiele, wie das Gartenrotschwanzprojekt in La Chaux-de-Fonds. Eigentümer/innen und Mieter/innen sind aufgerufen worden, ihre Grünflächen so zu gestalten, dass Lebensraum für den Gartenrotschwanz, also einem Singvogel, geschaffen wird.

Wie ich bereits erwähnt habe, wird sehr viel Interesse und auch viel freiwilliges Engagement in das Thema naturnahe Gärten gesteckt. Es ist begrüssenswert, dass der Gemeinderat dieses Thema aufnimmt und hoffentlich in Verbindung mit einem guten Biodiversitätskonzept auch umsetzt. Es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderat alle Interessensvertreter ins Boot holt und mit allen meine ich zum Beispiel auch Landschaftsgärtner, Gärtner:innen oder Förster, denn es ist wirklich ein Widerspruch, wenn man Pflanzen, welche nicht sehr viel Biodiversität bieten, an einem Ort ausreisst und dann an einem anderen Ort wieder verkauft und einpflanzt.

Jetzt noch kurz ein Wort zum Floreninventar Köniz: Im Floreninventar haben wir schon über 9'000 Datenpunkte in der Gemeinde erfasst. Nicht in Privatgärten, aber sonst im ganzen Gemeindegebiet. Und wir begrüssen die Antwort des Gemeinderats sehr, dass er die neuen Biodiversitätsmassnahmen auf das Flok aufbauen wird.

David Burren, SVP: Ich will nicht mehr zu lange machen, aber ich muss jetzt doch noch etwas sagen: Von hochkomplexen Initiativen bis zu gartenbautechnische Interpellation. Ja, ich staune über das Wissen des Interpellanten sehr. Nach dieser Interpellationsflut jetzt noch das Wort zu ergreifen ist eigentlich zu viel des Guten. Und ähnlich geht es mir im Grunde mit dieser Interpellation. Es geht mir nicht einmal um die Sache, diese enthält ganz gute Sachen, doch geht es eigentlich nur noch darum, Verwaltungsaufwand zu generieren? Oder Wahlpropaganda zu führen? Ich verstehe dies nicht ganz. Ein Telefonat hätte in meinen Augen völlig ausgereicht, aber das ist meine Ansicht. Und wenn man dies alles durchsetzen will: Die Gärten sind immer noch privat, vergesst dies nicht. Empfehlungen sind super, aber alles vorzuschreiben, erachte ich doch etwas schwierig. Zum Glück ist es eine Interpellation und ich hoffe, es bleibt auch dabei.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi: Merci für diese spannende Diskussion. David Burren hat es gesagt, Gärten sind privat und das ist das Hauptproblem, welches wir haben. Wir können und wollen keine Vorschriften machen und der Weg, dass wir vielfältige Gärten haben, welche der Biodiversität eine Chance geben, das läuft nur über die Sensibilisierung, wie dies richtig gesagt worden ist. Das Biodiversitätskonzept, welches wir am Erarbeiten sind, enthält genau diese Massnahmen, welche wir für private Grundstücke vorsehen. Einfach informieren und mit guten Beispielen vorangehen.

Ich denke auch, dass dies gute Hinweise waren, die Website „Natur findet Stadt“ und andere. Letzten Sommer war auch die „Mission B“ sehr prominent im Fernsehen. Ich denke, dies sind alles sehr gute Initiativen, dass man dort wo man kann in den Privatgärten der Biodiversität eine Chance gibt. Denn wenn man diese Studie, welche Casimir von Arx erwähnt hat, oder auch andere Studien genauer anschaut, dann kommt man wirklich zum Schluss, dass es absolut dramatisch mit dem Insektensterben ist. Man weiss auch, dass in den letzten 30 Jahren, die Insekten um 75% zurückgegangen sind. Die älteren Autofahrenden unter uns kennen dies: Früher als Kind war die Windschutzscheibe des Autos voller toten Insekten und heute stellt man dies nicht mehr so fest und ich glaube das ist nicht nur so, weil die Autos aerodynamischer geworden sind.

Ihr müsst euch auch vorstellen: Es sind nicht nur die Insekten. Die Insekten bestäuben unsere Nahrung, wir sind auf sie angewiesen. Ohne Insekten haben auch wir langsam ein Problem und Insekten sind auch Nahrung für Vögel, für Fische, für Frösche, für Eidechsen und für Schlangen. Ohne Insekten haben auch all diese Tiere ein Problem. Im eigenen Interesse können wir auch hier etwas für die Erhaltung der Biodiversität und in unserem kleinen privaten Umfeld machen und dem Artensterben so etwas entgegenwirken.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/112

Verschiedenes

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Damit haben wir unsere Pendenzenliste abgearbeitet. Ich bin froh, dass ich meiner Amtsnachfolgerin nicht noch Traktanden übergeben muss. Ich danke euch, dass ihr so zahlreich an dieser zweiten Sitzung teilgenommen habt. Wenn wir können, versuchen wir eine zweite Sitzung jeweils zu vermeiden. Besten Dank, konnten wir die heutige Sitzung so konstruktiv abschliessen.

Folgender Vorstoss wird eingereicht:

1933 Interpellation (Mitte-Fraktion BDP-CVP-EVP-glp) „Widmung von Privatstrassen in Niderscherli“

Diskussion

Bernhard Zaugg, EVP, und Christian Roth, SP: Nebst dem Novum, dass zwei Parlamentarier am selben Tag Geburtstag und an diesem Tag auch noch Parlamentssitzung haben – das werden wir in den nächsten 100 Jahren nicht mehr erleben – erweitern wir dies, indem zum ersten Mal zwei Parlamentarier gemeinsam ein Votum halten - dies zumindest seit ich hier mit dabei bin.

Ich ergänze gerne, dass dies ganz spontan entstanden ist. Da wir heute gemeinsam Geburtstag feiern dürfen und nicht ganz gleich alt sind - der eine sieht jünger aus, der andere etwas älter, der eine ist älter, der andere jünger – laden wir euch ganz herzlich zu einem Apéro im Anschluss an die Sitzung ein. Das heisst, diejenigen, welche dabei sein möchten, dürfen sich gerne etwas zum Trinken nehmen und einen Strich machen lassen. Seid herzlich eingeladen, hier mit uns noch etwas zu feiern.

Übrigens glaubt nicht, das sei das erste Mal, dass wir zusammen feiern. Wir gehen jedes Jahr zusammen Essen.

Christina Aebischer, Grüne: Ganz kurz, doch leider nicht so lustig: Musikschule. Wir konnten diese Woche aus den Zeitungen und aus der Medienmitteilung der Gemeinde entnehmen, dass es zwei Rücktritte im Vorstand gegeben hat. Es gibt verschiedene Fragen für mich. Eine Frage ist, dass ich in der Medienmitteilung der Gemeinde lese: „Im Zusammenhang mit diesem Beschluss hat der Gemeinderat auch dafür gesorgt, dass die Musikschule Köniz weiterhin in keine liquiden Engpässe gerät.“ Das finden wir natürlich sehr positiv, doch wir würden gerne wissen, was dies heisst und ob hier ein Entscheid in Bezug auf das Darlehen oder auf die Finanzierung gefallen ist. Und es wäre vermutlich auch für die Leute der Musikschule gut, dies genauer kommuniziert zu bekommen.

Reto Zbinden, SVP: Ich versuche mich auch kurz zu fassen. Merci vielmals für die Einladung an Bernhard Zaugg und Christian Roth.

Ich wurde vergangene Woche von einem Könizer Bürger darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Website der Gemeinde Köniz eine Umfrage zu den sportlichen Bedürfnissen in der Gemeinde gelaufen ist. Ich war etwas überrascht, da ich dies zuvor noch nie gehört habe. Ich habe mich dann kurz bei der Verwaltung gemeldet und dort auch eine ausführliche und zufriedenstellende Antwort erhalten. Vielen Dank hierfür.

Die Umfrage wurde für die Revision des Bewegungs- und Sportanlagenkonzepts gemacht. Es wurden zwei Umfragen durchgeführt: Einerseits eine, welche an alle Ortsvereine und Sportvereine gegangen ist, also eine spezifische Umfrage und andererseits lief eine öffentliche Umfrage vom 15. Oktober bis vergangenen Freitag auf der Website. Dies ist auch auf der Website und in den Social Media so kommuniziert worden, ich habe dies wohl übersehen. Ich begrüsse es natürlich, dass man diese Bedürfnisse aufnimmt und dort Fragen stellt. Ich finde es aber etwas schade, dass das Parlament nicht informiert worden ist. Es gäbe ja einen Newsletter oder per Mail oder auch unter Verschiedenes. Ich wäre noch froh gewesen, wenn ich dies gewusst hätte, denn ich stand etwas blöd da, weil ich davon nichts gewusst habe.

Diese Revision wird nun in Angriff genommen. Ich danke hierfür dem Gemeinderat und der Verwaltung. Und im Wissen, dass nicht jeder Wunsch wird erfüllt werden können, hoffe ich doch, dass denn auch die obere Gemeinde und der Eissport eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Lösung in diesem Konzept erhält.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Ich möchte hier ganz schnell noch eine Antwort wegen der Musikschule geben. Das kann ich problemlos jetzt beantworten: Wie man es vielleicht in den Medien gesehen hat, habe ich immer versucht, den Ball flach zu halten. Das ist auch richtig so. Ich hätte das ganze gerne mit Ueli Studer fertig gemacht, er hat sich nun anders entschieden. Es geht hier um ein Finanzgeschäft, welches wir im Frühling koordiniert mit dem Schlussbericht darlegen werden. Ihr wisst ja noch, was ihr im November 2018 mit den Darlehen gesprochen habt. Die GPK-Präsidentin und ich haben uns heute zum ersten Mal besprochen, wie wir dies für nächstes Jahr planen werden. Das Finanzgeschäft kommt dann noch zu euch ins Parlament. Was angetönt worden ist, betrifft das Darlehen 2017, welches ja noch in der alten Legislatur gesprochen wurde. Der Gemeinderat hat kürzlich beschlossen, dass man dieses Darlehen aus dem Jahr 2017 nochmals um ein Jahr verlängert, damit alles ruhig bleibt. Die liquiden Mittel sind sowieso vorhanden und operativ läuft es gut. Was dann das Schlussfinanzgeschäft betrifft, so wird dieses im Frühling ins Parlament kommen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Mitteilungen seitens des Präsidiums gibt es keine. Damit ist diese Sitzung geschlossen. Wir sehen uns am 2. Dezember wieder. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Im Namen des Parlaments

Mathias Rickli
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament